

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1.10 Mark
Wochenpreis 0.25 Mark
Einzelnummer 5 Pf.

Vorwärts

Die Interaktions-Gebühr
beträgt für die fest-gelagerten Anzeigen
über deren Raum 10 Pf.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Dienstag, den 30. April 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Arbeiter! Rüstet zur Maifeier!

Die österreichische Sozialdemokratie im Wahlkampf.

Aus Wien wird uns geschrieben:
Zum ersten Male tritt an die Sozialdemokratie in
Oesterreich die Aufgabe heran, sich in einem großen Wahl-

Ueber die Aussichten von Wahlen vorher zu prophezeien,
ist eine riskante Sache; man soll den Wahltag nie vor dem
Skrutinium loben. Erschwert wird uns der Ueberblick vor

Der Parteitag der badischen Sozialdemokratie.

Am letzten Sonnabend und Sonntag fand in Freiburg
im Breisgau der Parteitag unserer badischen Genossen statt.
Auf der Tagesordnung stand: Bericht des Landes-

Die erste Wirkung des neuen Wahlrechts wird sich vor
allen in einer starken Zunahme der Stichwahlen zeigen.
Während Stichwahlen in Oesterreich bisher zu den

In Böhmen kämpft die Partei vorzugsweise gegen die
Agrarier und gegen jene bürgerlichen Rationalen, die sich
„Freiwillige“ nennen, sich um die Fahne der Volkscharen

Die Anträge bezweckten das Parteisekretariat in Karlsruhe
aufzuheben und dafür zwei Sekretäre in Heidelberg-Mannheim
und in Freiburg anzustellen. Die badische Parteileitung

Die Aufgabe, die von der Sozialdemokratie zu allererst
zu leisten war, war die Aufstellung der Kandidaten. Das
ist heilsame keine Kleinigkeit gewesen: wird doch statt wie

Von den im Auslande bekannten Genossen kandidiert
Adler diesmal in Favoriten II, Bernerstorfer in Böhmen
(Warnsdorf), Schummeier und Seitz, die ihre sicheren Wiener

Den Bericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen
Landtagsfraktion erstattete Genosse Ad. Sed. Dem erschöpfenden
Vortrage folgte nur eine unerhebliche Debatte.

Die tschechische Partei, die innerhalb einer Chauvinistisch
so erregbaren Nation das Banner des Sozialismus mit so viel
Tatkraft aufgefing hat, wird diesmal die Niederlage des Jahres

Genosse Kolb sprach über die Reform des Gemeindevahlrechts;
seine Ausführungen gipfelten in dem Verlangen, daß von uns
eine energische Agitation für das allgemeine, gleiche

Die polnische Partei, die in Daszynski in Parlamenten
einen Repräsentanten besaß, kämpft natürlich auf kleinerem
Feld; doch hat sie in den städtischen Bezirken gute

Das Reserat über die Kreistagswahlen ward von der Tagesordnung
abgesetzt, da die Zeit zu weit vorgeritten war. Zum internationalen
Kongress in Stuttgart entsendet Baden fünf Delegierte.

An Kampffreudigkeit und agitatorischer Kraft gebricht
es der Sozialdemokratie in Oesterreich nicht; das hat schon
ihre großen Wahlrechtskämpfe offenbart. Hoffen wir, daß der

Die Frage, wo der Landesvorstand im nächsten Jahre seinen
Sitz haben soll, war auch noch Gegenstand einer kurzen und
heftigen Aussprache; es war beantragt, den Sitz von Karlsruhe nach

und die Presse. Die hessischen und die elsass-lothringischen Organisationen hatten Vertretungen entsandt. — Der Verlauf des Parteitages war ein durchaus guter und mit Recht konnte der Vorsitzende am Schlusse hervorheben, daß auch diese Tagung die badische Partei wieder ein gut Stück voran bringen wird.

## Clemenceau, der Gesellschaftsretter.

Paris, 26. April. (Fig. Ber.)

Die Sozialistenfrage ist in vollem Gange. Clemenceau ist mit Erfolg bemüht, die Gewalttaten aller reaktionären Regierungen gegen die Arbeiterklasse in einer verstärkten Auflage zu rekapitulieren. Von Rouvier übernimmt er die Verfolgung der Antimilitaristen, von Dupuy die Schlichtung der Arbeitsbörsen, von Casimir Perier das Verbot der Beamtenvereinigungen. Und aus eigenem Gut er reichlich hinzu.

Die Wiederholung des sinnlosen, die Republik so sehr kompromittierenden Antimilitaristenprozesses wird jetzt mit Eifer präpariert. Vor kurzem ist ein antimilitaristischer Anruf angeschlagen worden, der von 20 Gewerkschaften unterzeichnet war. Die Staatsanwaltschaft hat ihre Verhaftung angeordnet, und heute vormittag wurden sieben von ihnen unter Schloß und Siegel gebracht, unter ihnen Genosse Anagnier, Sekretär des Gewerkschaftsverbandes des Seine-Departements. Die Verhaftung geschah auf Grund des 1893 modifizierten Artikels 25 des Gesetzes von 1881 (Aufreizung von Soldaten zum Ungehorsam). Die in diesem Artikel vorgesehene Strafe beträgt 1—5 Jahre Gefängnis! Vor 1893 betrug sie nur 1—6 Monate.

Heute früh hat der Bürgermeister von Nancy im Einvernehmen mit dem Präfecten die Arbeitsbörsen schließen lassen! Als Vorwand gilt die angebliche Verübung von „sabotage“ (Verpfänden von Arbeitsmaterial und Verderben von Arbeitsmitteln) durch streikende Schuhmacher und Maler. Die Streikenden, die ihre gewöhnliche Versammlungsstätte nicht mehr betreten durften, antworteten auf die Regierungsmahregel mit einer Demonstration.

Etwas viel Unangenehmeres ist gestern den Herren Clemenceau und Briand im Departement des Volksschulwesens zugefallen. Diese Körperschaft hat nämlich den Genossen Rögge, gegen den das Verfahren wegen seiner Mitgliedschaft bei der Arbeitskonföderation und wegen seiner Unterschrift unter dem offenen Brief an Clemenceau eingeleitet worden war, freigesprochen! Dabei hatte die Regierung alles getan, um die Situation des Beschuldigten zu verschlechtern. Nicht einmal die Zuziehung eines Anwalts wurde ihm bewilligt. Ein Verfahren, gegen das die Liga der Menschenrechte vergebens Protest erhob, die einst in den Tagen der Dreyfußkrise, als Clemenceau noch den Vorläufer des „Gerechtigkeitsideals“ posierte, zum Schutze des Individuums gegen Justizmißbrauch gegründet worden ist. Die von ihren Kollegen delegierten Lehrer und Lehrerinnen, die die Mehrheit im Disziplinarrat bilden, ließen sich nicht einschüchtern, auch nicht, als der Seinepräfect die Gewalt und Verbrechen der Arbeitskonföderation in den brennendsten Farben schilderte; vielmehr legten sie sachlich und ruhig die Gründe der gewerkschaftlichen Bewegung in der Lehrerschaft und die Berechtigung zur Organisation dar. Bei der Abstimmung ergaben sich 15 Stimmen gegen, 10 für die Absetzung Rögges, außerdem wurde ein zweiter Beizettel abgegeben.

Was wird nun der Präfect tun? — Er scheint Lust zu haben, die Absetzung trotz des Spruches des Departementrates auszuführen, obwohl der Bericht der Kammerkommission anlässlich der Schaffung des Gesetzes über das Disziplinarverfahren dieses Vorgehen geradewegs ausschließt. Aber was kümmert die wütende Reaktion sich um Geist und Buchstaben des Gesetzes? —

Jedenfalls ist die Regierung durch die Entscheidung des Departementrats in eine arge Verlegenheit geraten. Denn wenn Rögge im Amte bleibt, ist die Entsetzung der Postbeamten, gegen die genau die gleiche Anklage erhoben worden war, unmöglich aufrecht zu halten. Es ist auch nicht anzunehmen, daß Clemenceau und Briand die Ohreife von gestern ruhig einstecken werden. Aber es scheint wenigstens, daß doch viele Angehörige der bürgerlich-radikalen Parteien in weiser Furcht vor den Wählern die tolle Hege gegen die Beamten nicht werden mitmachen wollen. Das Exekutivkomitee der radikalen und radikalsozialistischen Partei hat sich in einer Beratung bezeichnenderweise um das eigentliche Problem verlegen herumgedrückt. Clemenceau arbeitet freilich darauf los, einen sozialreaktionären Majoritätsblock zu gewinnen, dessen Basis auf der Rechten ruht.

In welche lächerliche Kleinlichkeit das „große Ministerium“ des Bourgeoisradikalismus verfallen ist, das wird durch eine Episode beim Leichenbegängnis des sozialistischen Senators Chantagrel beleuchtet, das heute früh in Clermont-Ferrand stattgefunden hat. Zum Begräbnis des ehrwürdigen Seniors der Partei hatten sich die sozialistischen Vereine von Clermont und Mirel mit ihren roten Fahnen eingefunden. Das veranlaßte den Präfecten, in Befolgung des neuen Gesetzes des Ministerpräsidenten, sich zurückzuziehen! Die Regierung war also beim Begräbnis dieses freien Parlamentariers, der Jahrzehntelang der Vorkämpfer der republikanischen Ideen in seinem Departement gewesen war, nicht vertreten — und das um der schredlichen roten Fahne willen. 1896, bei der Enthüllung des Denkmals des Triumpfes der Republik, hat Doubet, Präsident der Republik, die Proletariatsmassen unter der roten Fahne vorbeiziehen lassen. 1907, unter der Regierung Georges Clemenceaus ist die rote Fahne wieder für staatsgefährlich erklärt worden, und die Präfecten müssen die Würde der Republik wahren, indem sie vor ihr davonlaufen.

Paris, 29. April. Der Ministerrat beriet in seiner heute im Einvernehmen abgehaltenen Sitzung nicht über die Entlassung des Lehrers Rögge, dem die Möglichkeit einer Berufung an den Minister offen steht. Entsprechend dem kürzlich gemachten Vorschlag des Disziplinarrates beschloß der Ministerrat die Entlassung von fünf Postbeamten.

## Verfassungskonflikt im elsass-lothringischen Landesausschuß.

Die wiedergewonnenen Brüder, wie man in hurratriotischen Kreisen die Elsass-Lothringer nennt, haben auch heute nach 36 Jahren der Wiedervereinigung mit Deutschland so gut wie nichts in die Politik ihrer Erbauer hineinzubringen. Das mußte kürzlich das Zerbröckeln einer Volkswertretung, der Landesausschuß, von neuem erfahren. Alles brave Verhalten der „Volkswertretung“ während der letzten 36 Jahre, alles Entgegenkommen der reichsständischen Gesetzgeber, alle Nachahmung preussischer Verwaltungs- und Gesetzgebungsgang haben in Berlin noch keine Sinnesänderung den Reichslanden gegenüber bewirkt. Nur im Reichstage nimmt man sich ab und zu Elsass-Lothringens an und hat ein wachsames Auge auf die Tätigkeit der preussisch-deutschen Reichslandregierung.

Diese feste Zurückhaltung der Reichslande hat endlich auch den Landesausschuß zu einer schärferen Tonart bestimmt. Wie berichteten früher bereits einmal, daß ein in der vorjährigen Tagung des Landesausschusses angenommener Ini-

tiationsantrag über die Heranziehung der Reichslandbahnen — von deren Ueberflüssen kein Fleckchen im Reichslande bleibt — zur Gewerbesteuer vom Reichsland nicht an den Bundesrat weiter gegeben worden sei. Im Anschluß an dieses Vorwissen beantragte der Abgeordnete Blumenthal, der Landesausschuß wolle beschließen: „die Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die vom Landesausschuß beschlossenen Gesetzentwürfe dem Bundesrat zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden“. Vor der Beratung dieses Antrages teilte Staatssekretär v. Köller mit, daß wegen des die Reichslandbahnen betreffenden Antrages der Statthalter sich an den Kaiser zur Einholung der landesherlichen Genehmigung gewandt habe, nachdem die früheren Verhandlungen mit dem Reichsland zu keinem Erfolge geführt hätten. Der Kaiser aber habe entschieden, daß die Sache vorläufig auf sich beruhen bleibe. Diese Erklärung brachte den Landesausschuß in Harnisch und die Abgeordneten Blumenthal (Dem.), Wetterlé (Merilal), Preiß (Merilal) und Winterer (Merilal) griffen die Regierung heftig an. Das Verhalten der Regierung sei verfassungsmäßig und staatsrechtlich nicht zu billigen. Das Gesetzgebungsrecht des Landesausschusses sinke auf Null herab, wolle man bei Initiativgesetzen dem Kaiser ein Vortrecht einräumen. Erst nachdem Landesausschuß und Bundesrat sich über den Inhalt eines Gesetzes geeinigt hätten, habe es der Kaiser zu sanktionieren. Der Kaiser könne unmöglich zwischen Landesausschuß und Bundesrat stehen. Eine solche Verfassung sei ein Hohn und eine Demütigung für das Volk. Der Reichslandkanzler mißachte die Rechte des Landesausschusses, er handele gegen seine Pflicht. Sein Verhalten laufe darauf hinaus, das Initiativgesetzrecht in verfassungswidriger Weise dem Landesausschuß zu rauben.

Staatssekretär v. Köller verwahrte den Reichslandkanzler gegen den Vorwurf, daß er die Rechte des Landesausschusses mißachte und seine Pflicht verleihe. In dem vorliegenden Falle scheide dieser vollständig aus. Statthalter und Regierung hätten sich unmittelbar an den Kaiser gewandt. Der Landesausschuß solle seines Initiativrechtes nicht beraubt werden. Alle Regierungsvorlagen müßten erst an den Kaiser gerichtet werden, und gingen erst dann an den Bundesrat. Bei Initiativanträgen liege es freilich etwas anders. Die Regierung habe sich in entscheidenden Momenten an den Kaiser gewandt, da sie eine direkte Korrespondenz mit dem Bundesrat zu führen nicht in der Lage sei. Das Recht des Landesausschusses sei, Gesetzentwürfe zu beschließen; ebenso aber sei es das Recht der anderen Faktoren, diesen Gesetzentwürfen nicht zuzustimmen. Auch er sei der Meinung, daß die Frage vor den Reichstag gehöre. Der Antrag Blumenthal wurde dann ohne Widerspruch angenommen.

Die Regierung hat sich mit ihrem Verhalten gegenüber dem genannten Initiativgesetzentwurf bis in die Reflexen gesetzt. Sie dürfte die Sache nicht auf sich beruhen lassen. Sie mußte vielmehr darauf drängen, daß der Beschluß des Landesausschusses an den Bundesrat gelange, auch nachdem die Verhandlungen mit dem Reichslandkanzler ergebnislos verlaufen waren. Sie hatte gar kein Recht, sich an den Kaiser zu wenden. Dieser konnte, ohne daß der Bundesrat Kenntnis von dem Beschluß des Landesausschusses erlangt und ohne daß der Bundesrat darüber beschloß, über den Beschluß des reichsständischen Parlamentes keine Entscheidung treffen. Das einzige, was er tun konnte, um einen Verfassungskonflikt zu vermeiden, war, daß er die Angelegenheit an den Bundesrat verwies. Für diese Auffassung spricht klar und deutlich das Gesetz vom 2. Mai 1877:

§ 1. Landesgesetze für Elsass-Lothringen ... werden mit Zustimmung des Bundesrats vom Kaiser erlassen, wenn der ... Landesausschuß denselben zugestimmt hat.

§ 2. Die Erlassung von Landesgesetzen im Wege der Reichsgesetzgebung bleibt vorbehalten.

Daraus geht deutlich hervor, daß der Bundesrat sich zunächst mit den Gesetzen zu beschäftigen hat.

## Die neueste Preßflage Woermanns.

Herr Woermann setzt seinen Feldzug gegen die Presse, die nicht auf dem Niveau der „Hamb. Nachrichten“ steht, fort. Wie wir bereits mitteilten, hat er auch gegen den für den politischen Teil der „Frankfurter Zeitung“ als verantwortlichen zeichnenden Redakteur Albert Wälschig eine Privatklage wegen Beleidigung durch die Presse anhängig gemacht. Die Verhandlung fand am Montag vor dem Schöffengericht I zu Hamburg statt.

Dem Prozeß liegt ebenfalls, wie im Prozeß gegen den „Simplicissimus“, Woermanns „scharfe Ausnutzung der Konjunktur“ an seinem Afrikaunternehmen zugrunde. In einem Entreelet der „Frankfurter Zeitung“ vom 1. Dezember 1896 über die tags zuvor stattgehabte Reichstagsverhandlung heißt es u. a.:

„Er (Erzberger) schilderte, wie seit zehn Jahren jegliche Kontrolle und Rechnungslegung von den Kolonien fehle, deutete an, daß in Kolonien Fonds gebildet wären, die für Champagner, Bier und Lachjeseln verwendet würden. Er kennzeichnete noch einmal die unerhörten Verdienste, die Tuppelstreich und Woermann gehabt haben, und wie Woermann das Reich geradezu über Ohr gehauen hat, besonders bei Berechnung der Diegegelde.“

Da der Ausdruck „über Ohr gehauen“ im Stenogramm über die Reichstagsverhandlungen nicht enthalten ist, nimmt der Privatkläger an, daß es sich nicht um eine einfache Beleidigung handle, sondern daß wider besseres Wissen eine ehrenkränkende Tatsache behauptet worden sei, die der Wahrheit zuwiderlaufe. Der Beklagte ließ in seinem Antrag auf Abweisung der Klage einwenden: er gebe zu, daß der Ausdruck „über Ohr gehauen“ in der Rede des Abgeordneten Erzberger nicht vorkomme, was aber belanglos sei, denn in einer Besprechung könne er die Rede nicht wörtlich, sondern nur dem Sinne nach wiedergeben. Der Sinn dieser Rede gebe dahin, daß Woermann sich in ungebührlicher Weise am Deutschen Reich bereichert habe, indem er seine Fädeln und seine wirtschaftliche Ueberlegung der Regierung gegenüber mißbraucht, um ungebührliche Gewinne zu erzielen. Allgemein bekannt sei ja auch, daß die von der Woermann-Linie mit der Reichsregierung abgeschlossenen Verträge im Reichstage und in der Presse als die Interessen des Reiches schädigend bezeichnet worden seien. Der Ausdruck „über Ohr gehauen“ enthalte keine Beleidigung, er sei ein dem Zweifelskomplex entlehntes Bild.

Als Vertreter Woermanns fungiert sein Schwiegersohn, Rechtsanwält Dr. Hauers, als Verteidiger des Beklagten Bürgerchaftsmittglied Dr. Petersen.

Nach kurzer Verhandlung kommt ein Vergleich zu stande. Redakteur Wälschig verpflichtet sich zu folgender Erklärung:

„Es ist richtig, daß Erzberger nach dem Stenogramm den Ausdruck „über Ohr gehauen“ nicht gebraucht hat. Ich habe mit diesem Ausdruck nur den Sinn der Ausführungen Erzbergers wiedergeben wollen. Eine Veranlassung, in dem betreffenden Teil meine eigene Ansicht zum Ausdruck zu bringen, bestand nicht. Eine Absicht, den Privatkläger zu beleidigen, hat mir völlig fern gelegen.“

Durch den Vergleich ist leider die gerichtliche Austragung der Frage verhindert worden, ob nur jene Verichte über Reichstags-

verhandlungen strafrei sind, die sich genau an den Wortlaut der von den Reichstagsabgeordneten gehaltenen Reden halten, oder auch jene Verichte, die nur kurz den Sinn und die Tendenz der Ausführungen wiedergeben. Es erscheint deshalb nicht ausgeschlossen, daß Geistesverwandte Woermanns den Versuch, die Presse für nicht genau dem Wortlaut des amtlichen Stenogramms entsprechende Reichstagsreferates und Reichstagsberichte gerichtlich in Anspruch zu nehmen, wiederholen werden.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. April 1907.

### Postalische Kleinräumerei.

Der kleinliche Bureaufraßismus macht unter dem jetzigen Staatssekretär des Reichspostamts Fortschritte. Kein freier, großer Zug geht durch seine Maßnahmen.

Ein postalischer Fachmann, der Zentrumsabgeordnete Samacher, hatte am Sonnabend die Schilken gegen den Postassistentenverband scharf beleuchtet. Seine gab Genosse Singer ein anschauliches Bild von der verkehrsfeindlichen Rückläufigkeit und von den bureaukratisch-politischen Praktiken der Postverwaltung. Er geißelte die Blumacherei zugunsten des Postassistentenverbandes, die Blumacherei an den Gehältern der Unterbeamten und Arbeiter der Post ins rechte Licht.

Die politische Parteinahme der Postverwaltung gegen die organisierten Postbeamten, zu der die Resolution Camp auf neue drängt, indem sie eine Ostmarkenzulage für die unteren und mittleren Beamten in Posen und Westpreußen verlangt, verurteilte Singer aufs schärfste, und er forderte die Ablehnung der Resolution.

Mit abendem Spott übergoß Singer schließlich die Kleinräumerei, die das Reichspostamt durch seinen Einspruch gegen die Einrichtung eines Postbureaus für den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim dokumentiert hat; er bezeichnete dieses Vorgehen als kleinlich, schikanös und — kindisch, es verurteilte, so sagte er, russische Diktaturgelüste. Was für andere Parteien gelte, müsse auch für die sozialdemokratische gewahrt werden, zumal es den Postdienst in dergleichen Fällen vereinfache und erleichtere.

Die der Reichslandkanzler sich räuspert und wie er spult, das hat ihm Herr Kraetke abgequackt — denn in seiner Erwiderung verteidigte er unter dem Gelächter der Abgeordneten die Maßnahmen gegen den Assistentenverband mit der Bemerkung: er könne nicht dulden, daß der Verband eine Nebenregierung bilde!

Von völliger Unkenntnis zeugten auch des Staatssekretärs Ausführungen zur Verteidigung der Verweigerung eines Bureaus für unseren Parteitag in Mannheim. Er war z. B. der Ansicht, unser Parteitag tage nur zwei bis drei Tage. Seinen Haupttrumpf spielte er aus, indem er erklärte, er werde stets verhindern, daß der Beamte eines solchen Bureaus die Reden des Parteitages anhören müsse! —

Selbst dem Abgeordneten Kopsch (frei.) war diese mit so vielen Unrichtigkeiten operierende Kleinräumerei zu stark, und er bezeichnete die Gründe des Staatssekretärs höflich als „nicht durchschlagende“. — Der Abgeordnete v. Chlapowski bekämpfte die Resolutionen, die der polenfeindlichen Politik dienen. Nachdem der Präsident dem edlen Polen einen Ordnungsruf erteilt hatte, wurde die Beratung vertagt.

Morgen unter anderem: Beratung des Etats der Reichslandkanzlei.

### Sekundärbahnen.

Das preussische Abgeordnetenhaus nahm heute die erste Lesung der Sekundärbahnvorlage vor. Im Saale waren 28 Abgeordnete, auf der Rednerliste 88. Es gab keinen Frieden in Preußen, für den nicht eine neue Eisenbahnverbindung verlangt wurde. Von größtem Interesse waren aus der Fülle der Reden nur drei: Zunächst die Einleitungsrede des Ministers Breitenbach, der großartig davon machte, wie sehr er die Verkehrsverwicklung in Preußen gefördert hätte und wie wunderbar viel er noch zu tun gedenke. Dabei entschäufte ihm das Gefühl, daß von den Reuanlagen 60 Proz. auf das im Verkehr doch weniger weit entwickelte ostelbische Gebiet entfallen und nur 40 Proz. auf Westelbien. Dem Minister gab der nationalliberale Abg. Wacco, ein gründlicher Kenner des Eisenbahnwesens, eine so scharfe Antwort, wie man sie von einem Nationalliberalen kaum erwartet hätte. Aber in Reden zeigen ja die Nationalliberalen noch manchmal Entschlossenheit. Er wies dem Minister nach, daß das großzügige Bauprogramm, das man für die Kolonialbahnen geschaffen habe, in Preußen noch immer fehle, daß die Geschwindigkeit der Kleinbahnzüge viel zu gering und die Tarife viel zu hoch seien, als daß Handel und Wandel daraus den möglichen und notwendigen Nutzen ziehen könnten. — Die Antwort auf diese schweren Vorwürfe blieb ihm der preussische Eisenbahnminister schuldig.

Schließlich sei noch ein Ausfall des konservativen Herrn v. Erffa gegen den Allerpölpelminister Müller-Reinigen erwähnt; dieser hat sich nämlich erlaubt, in einer Versammlung daran zu erinnern, daß die thüringischen Kleinstaaten durch die preussische Eisenbahnpolitik schwer geschädigt würden. Das Verlangen, einen Teil der preussischen Eisenbahnüberschüsse als Entschädigung an die Kleinstaaten abzugeben, bezeichnete Herr v. Erffa als „Raubzug auf die preussische Staatskasse“. Hieraus blieben wieder die wackeligen Freisinnigen die gebührende Antwort schuldig.

Morgen beginnt die Sitzung schon früher, damit noch mehr Abgeordnete ihre Lokalschmerzen auslösen können. —

### Die Magdeburger Terrorismus-Legende.

Bei der letzten Reichstagswahlbewegung wußten die nationalen Parteien allerlei Geschichten über sozialdemokratischen Terrorismus aufzutreiben. Eine der grauigsten dieser Art, die auch der Reichslandkanzler in seiner Rede im Reichstage am 26. Februar zu drittverwerten suchte, ist ein Bericht über einen Vorkall, der sich am 6. Februar in Magdeburg ereignet haben soll. Dort war angeblich der reichstreue „Arbeiter“ Haase, als er am Abend von seiner Arbeitsstätte, dem Bekannten Krupp-Grauwinkel, kam, von einer aus dem Hinterhalt kommenden Horde von Genossen, die etwa zweihundert Mann zählte, überfallen, „Lump“, „Verräter“ usw. beschimpft, mit Eisenstücken und sonstigen harten Gegenständen furchtbar mißhandelt und dann hingeworfen worden, so daß er schwer krank daniederlag. Nur mit Mühe und Not hätte er, so wurde berichtet, sein Leben retten können. Das alles sollte deswegen geschehen sein, weil Haase während der Reichstagswahl ein nationalem Sinne gewirkt“ habe.

Dieser Arbeiter Haase ist ein Mensch mit sehr zweifelhafter Vergangenheit und hat früher, obwohl er seine gefunden Gliedmaßen hat, als „einarmiger“ Drehorgelspieler die Bewohner der Magdeburger Vorstädte mit Musik begeistert. Die dabei erhaltenen Groschen legte er in Schnaps an, so daß man ihn abends häufig neben seinem Beier-

fasten im Stein finden konnte. Schließlich nahm sich jedoch der Reichstagenverband seiner an und ließ ihn, da er in ihm eine wertvolle Kraft erkannt hatte, in seiner Berliner Rednerschule zum Agitator gegen die Sozialdemokratie „ausbilden“. Als solcher hat Haase in der Wahlbewegung mit Ausdauer „in nationalem Sinne gewirkt“.

Die Hochachtung der Magdeburger Arbeiter errang er sich damit natürlich nicht. Es ist begreiflich, daß sie ihm wiederholt ihre Verachtung bekundeten.

Daß das in der oben geschilderten Weise geschehen sein soll, ist jedoch Schwindel. Es handelt sich um einen verhältnismäßig harmlosen Vorfall, der enorm aufgebauscht worden ist. Die zweihundertköpfige „Motte“ setzte sich aus einigen Arbeitern zusammen, die gleichzeitig mit Haase nach Feierabend den Betrieb verließen und mit ihm einen gemeinsamen Heimweg hatten. Von der Polizei wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Bis auf fünf wurden die Inhaftierten aber nach mehr oder weniger längerer Untersuchungshaft wieder entlassen.

Gegen achtzehn Arbeiter, darunter einige Lehrlinge, ist nun Anklage wegen Landfriedensbruchs erhoben worden, und zwar steht außer dem oben geschilderten noch ein zweiter Fall zur Anklage, der sich zwei Tage früher ereignet haben soll.

Der Prozeß hat heute am Montag vor dem Magdeburger Schwurgericht seinen Anfang genommen. Den Angeklagten wird vorgeworfen, daß die Zusammenrottungen und Gewalttätigkeiten nach einem wohl vorbereiteten Plan begangen worden sind. Die Angeklagten Oswald Wed und Paul Wed, Vater und Sohn, werden der Mädelräuferei beschuldigt. Auch der Eisendreher Bremer soll ein Hauptbeteiligter sein. Er war Vertrauensmann des Metallarbeiterverbandes in der Mühlenbauabteilung des Krupp-Werkes. Zu der Verhandlung sind etwa 60 Zeugen geladen. Den Angeklagten stehen vier Verteidiger zur Seite. Der Prozeß wird voraussichtlich drei Tage dauern.

Ueber das Ergebnis werden wir berichten.

### Zentrum und Wahlrecht.

Die der „Vorwärts“ mitgeteilt hat, erklärt Graf Spee, der Kandidat der Zentrumsbauern für die Reichstagswahl in Ralmsby-Montjoie-Schleiden, daß er und mit ihm eine ganze Anzahl Zentrumsgewählte den Wahlrechtsantrag des preussischen Zentrums nicht unterschrieben haben, weil sie gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Preußen sind. Die Erklärung des Grafen Spee ist auch noch durch folgenden Passus interessant:

„Zugleich der Beseitigung der Einrichtung der geborenen Gemeinderatsmitglieder siehe ich mit der Mehrzahl der rheinischen Zentrumsgewählten auf dem Standpunkt, daß die Abschaffung dieser Einrichtung nicht zweckmäßig erscheint, weil durch die Beseitigung der geborenen Gemeinderatsmitglieder die Gefahr vorliegt, daß unter Verdrängung des Bauernstandes aus den Gemeinderäten über die Gemeindeangelegenheiten und den Gemeindefiskus verfügt wird.“

Die „geborenen Gemeinderatsmitglieder“ sind diejenigen im Gemeindebezirk angelegenen Grundeigentümer, die als Höchstbefeuerte (mindestens 150 M. Hauptgrundsteuer) von vornherein, ohne daß sie gewählt zu werden brauchen, nach den Bestimmungen der Landgemeindeordnung zum Gemeinderat gehören. Das Unrecht des Dreiklassenwahlrechts wird in den Landgemeinden durch die besondere Bevorzugung des Großgrundbesitzes noch verstärkt, und es verdient in Erinnerung gebracht zu werden, daß nach dem Geständnis des Grafen Spee die Mehrzahl der rheinischen Zentrumsgewählten nicht gewillt ist, an diesem doppelten Unrecht etwas zu ändern.

### Die Justizdebatte im württembergischen Landtag.

Stuttgart, 28. April. (Fig. Ver.)

Die Generaldebatte zum Justizetat wurde heute fortgesetzt. Zuerst sprachen einige Volksparteiler, die einen grundsätzlich anerkenntniswerten Standpunkt einnahmen. Der Abgeordnete Dr. Mayer-Ullm sprach sich aufs entschiedenste gegen den Zeugniszwang der Presse gegenüber aus und empfahl der akademischen Jugend dringend, Interesse für das Studium der sozialen Verhältnisse an den Tag zu legen. Der Abgeordnete Dr. Bauer wendete sich vornehmlich gegen die Veruche des Zentrums, die pornographische Literatur durch Justizaktionen bekämpfen zu wollen. Viel wichtiger sei, die Bevölkerung gesund zu erhalten, dann würden auch nur gesunde Triebe sich geltend machen. Die sogenannten Sittlichkeitsberggänger seien zum größten Teile in den sozialen Verhältnissen und in den miserablen Wohnungsverhältnissen begründet, und wenn so ein Vermisler wegen irgendwelcher in seinen sozialen Verhältnissen begründeten Verbrechen auf der Anklagebank sitze, dann sitze neben ihm unsichtbar ein noch viel erheblich belasteter Angeklagter, und das sei die Gesellschaft! Diese Ausführungen fanden bei der Sozialdemokratie lebhaften Beifall und wurden von den liberalen Fraktionskollegen des Redners teilweise mit gemischten Gefühlen aufgenommen.

Dann sprach für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Keil, der dem Vordränger Anerkennung zollte und die Hinzuziehung aller Stände, also auch der Arbeiter, zu den Schöffen oder Geschworenen dringend forderte. Die Entscheidung für die Zeitversäumnisse könne den Schöffen und Geschworenen nicht mit dem Hinweis darauf verweigert werden, daß diese Ämter Ehrenämter wären. Auch die Ämter der Abgeordneten seien Ehrenämter und ihre Inhaber würden dennoch entschädigt. Die Abschaffung der sogenannten Sondergerichte bekämpfe er aufs entschiedenste. Ihrer Zusammenlegung mit den Amtsgerichten könne man nur zustimmen, wenn die Wahl ihrer Mitglieder durch die Interessenten unbedingt sicher gestellt würde. Es beständen auch heute schon Gewerbegerichte in industriereichen Landorten, die kein Amtsgericht hätten. Dort müßten sie also erhalten bleiben, zumal ihre Tätigkeit auch von den Juristen immer nur rühmend erwähnt worden sei. Der Redner besprach noch kurz den im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf betr. die Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse. Dieses erste Produkt der konservativ-liberalen Paarung sei ein magerer Lohn für die von den Liberalen seit geraumer Zeit geübte Entfugung und für ihr politisches Wohlverhalten. Eine solche Reform sei aber nicht als ein Flickwerk. Es sei vielmehr die unbedingte Beseitigung des Majestätsbeleidigungsparagraphen überhaupt zu fordern. Denn die Majestätsbeleidigungsprozesse dienten weder dem Ansehen der Justiz noch der Monarchie.

Die Debatte wurde darauf nochmals vertagt.

### Polizeiliches.

Ein schwörender Polizist, dem vom Gericht nicht geglaubt wird, — das ist ein Wild, das man in Deutschland nicht für möglich halten sollte. Und doch wurde es in einer Gerichtsverhandlung gezeigt — und sogar in Breslau! Dort hatte eine Dame, die von einem Schuttmann Hoppe wiederholt beleidigt worden war, diesen angezeigt, in einer Kneipe wiederholt im Dienste Schnaps getrunken zu haben, obwohl der Wirt

zum Schnapskellner keine Konzession hatte! Ein Zeuge sagte vor Gericht unter Eid aus, er habe wiederholt den Schuttmann dort Schnaps trinken sehen; früher hätte sogar der Schuttmann selbst mit der Angeklagten gemeinsam dort Schnaps ausgespielt. Trotzdem beschwor der Wirt, der Schuttmann habe nie bei ihm Schnaps getrunken. Als nun die Angeklagte die Vernehmung des Schuttmanns als Zeugen forderte, rief widerwillig der Gerichtsvorsitzende: „Zu was denn das noch? Sollen denn noch mehr Meineide geschworen werden? Der Schuttmann wird natürlich alles abstreiten. Na, aber wie Sie wollen.“

Und richtig: Schuttmann Hoppe schwur alles ab. Er habe nie in dem betreffenden Lokal Schnaps getrunken. Der Vorsitzende redet ihm zu, sich doch nicht unglücklich zu machen. Auf einen Meineid stehe Zuchthaus. „Nein, ich habe nie dort Schnaps getrunken!“ — Vorsitzender: „Über dort der Zeuge hat Sie wiederholt Schnaps trinken sehen!“ — Schuttmann: „Nein, Schnaps nie! Nur Wermutwein.“ — Vorsitzender: „Na, sehen Sie! Der sieht wohl ähnlich so aus wie Branntwein?“ — Schuttmann: „Ja!“ — Der Zeuge: „Nein, Wermutwein ist dunkelbraun, Korn ganz weiß!“ — Der Wirt: „Ich habe gar keinen Wermut im Hause!“ — Schließlich erklärt nach langen Bemühungen des Vorsitzenden der Schuttmann: „Es sei ihm nicht bewußt, daß er Schnaps getrunken habe.“ — Vorsitzender: „Na, sehen Sie, wegen so einer Vogatelle wird man sich doch nicht einen Meineid aufhängen.“

Darauf erklärte der Schuttmann, er hätte nie die Angeklagte verdächtigt. Der Verteidiger aber stellte aus den Akten fest, daß das nicht nur un wahr sei, sondern daß gerade der Schuttmann Hoppe es gewesen sei, der zuerst von der Angeklagten behauptet, sie hätte 300 M. gestohlen, obwohl er gewußt, daß die Angeklagte längst bestwegen freigesprochen worden sei!

In der Begründung des Urteils, das auf kostenlose Freisprechung lautete, heißt es, den Aussagen des Schuttmannes habe nicht geglaubt werden können, da sie sehr unsicher gewesen seien und er zudem selbst an der Sache interessiert sei.

Ein wertvoller Beitrag zur Charakteristik der Polizei.

### Die Eisenbahn im Dienste der Arbeitsvermittlung.

Nach einer Vereinbarung der deutschen Eisenbahnverwaltungen sollen Personen, denen eine auswärtige Arbeitsstelle vermittelt worden ist, zum halben Sitzgutsfahrpreis dritter Klasse, also zu 1,5 Pf. für den Kilometer dahin befördert werden, wenn es sich dabei um eine Reise von mindestens 25 Kilometer handelt. Da, wo die vierte Wagenklasse geföhrt wird, ist diese, sonst die dritte Wagenklasse zu benutzen. Zur Erlangung der Ermäßigung haben die Arbeitsnachweisanstalten nach einem vorgeschriebenen Muster einen Ausweis zu fertigen, in dem die Person des Arbeitsuchenden, die zu befahrende Strecke, sowie der Reisetag angegeben und bezeugt werden muß, daß den Inhabern einer Arbeitsstelle vermittelt worden ist. Der Ausweis wird von der Fahrkartenausgabe abgestempelt und bildet einen Teil der Fahrkarte, mit der er vorzuzeigen und nach Beendigung der Reise abzugeben ist. Solche Ausweise dürfen aber nur Arbeitsnachweisanstalten öffentlicher oder gemeinnütziger Natur ausstellen, die dem Verband deutscher Arbeitsnachweise angehören und von den Eisenbahnen anerkannt sind.

Da diese Vereinbarung aber noch nicht vollzugreif ist, so wird sie vorerst nur in Baden, Württemberg, Bayern und der Pfalz zum 1. Mai d. J. in Kraft treten. Ihre Ausdehnung auf die übrigen deutschen Bahnen wird voraussichtlich zum 1. Juli d. J. erfolgen.

### Verufs- und Betriebszählung am 12. Juni.

Der Termin für die allgemeine Verufs- und Betriebszählung ist vom Bundesrat auf den 12. Juni d. J. festgesetzt.

### Frankreich.

#### Philisterangst.

Paris, 29. April. Die Truppen, die am 1. Mai konzentriert werden, sollen im Gegensatz zum vergangenen Jahre nicht auf den Straßen bereitgehalten werden. Es sind mehrere Konzentrationspunkte ausgewählt worden, an denen die Truppen zusammengezogen werden. Die Truppen sollen nur eingreifen, wenn sie durch die Polizeibeamten von einer in der Nähe ihres Standortes veranstalteten Kundgebung benachrichtigt und dazu aufgefordert werden. Die Pariser Truppen werden durch Truppen aus Versailles, Rambouillet und Vincennes verstärkt werden.

### Italien.

#### Philisterangst.

Rom, 29. April. Die hiesigen Behörden haben jede Kundgebung gelegentlich des 1. Mai unteragt.

### Dänemark.

#### Militärkonvention mit Deutschland?

In der vorigen Woche brachte die Abendzeitung „Etrabladet“ die Aussen erregende Mitteilung, daß zwei Vertreter Dänemarks, der Departementschef Mitten und der Kommandant von Kopenhagen Seberin, in Berlin gewesen waren und dort mit dem Generallieutenant Rolffe über die zukünftige Gestaltung des dänischen Militärlagers konferiert hatten. Es soll sich hierbei um eine Art Militärkonvention gehandelt haben, so wird behauptet.

„Social-Demokraten“ äußert sich über diese Vorgänge eine gründliche Kritik der ausländischen Politik Dänemarks und bemerkt, daß es, um das Land und dessen Hauptstadt vor dem Unglück eines Arceged zu bewahren, nur ein zuverlässiges Mittel gibt: die Abrüstung.

### Die russische Revolution.

#### Das Rekrutenkontingent.

Petersburg, 29. April. „Russk“ meldet: Bei einer gestern abgehaltenen Beratung aller oppositionellen Parteien in der Wohnung des Fürsten Dolgorukow, betreffend Stellungnahme zu der Festschließung des Rekrutenkontingents, erklärten die Kadetten, die Duma müsse den Antrag der Regierung annehmen, da sie sich sonst diskreditiere. — Gegen die Annahme erklärten sich die Sozialrevolutionäre, die Sozialdemokraten, die Arbeiterpartei und die Volkssozialisten. Viele Muselmanen wollen sich der Abstimmung enthalten. Die Polen nahmen an der Beratung nicht teil.

Die Regierungsvorlage fordert 6000 Mann weniger als im Vorjahre. Welche Folgen die Ablehnung des Regierungsantrages für den Bestand der Duma haben könnte, ist nicht bekannt.

Petersburg, 29. April, 4 Uhr nachmittags. Wie ein am Eingang der Duma angebrachtes Plakat besagt, fällt die für heute um 2 Uhr angesetzte öffentliche Sitzung aus, weil die geschlossene Sitzung fortdauert. Es stehen noch 51 Redner auf der Liste.

#### Gerüchte über Gerüchte.

Petersburg, 29. April. (Fig. Ver.)

In den letzten Tagen waren die Gerüchte über eine nahe bevorstehende Auflösung der Duma wieder besonders lebhaft geworden.

Solche Gerüchte sind ja schon mehrfach aufgekauft, und man muß sich da jedesmal fragen, ob sie nicht als taktisches Mittel gebraucht werden, um die Duma in einem der Regierung genehmen Sinne zu beeinflussen. Diesmal aber wurde mit schwerwiegenden Tatsachen argumentiert. Man wies auf die plötzlichen Militäransammlungen, die Aufstellung und Vereishaltung der militärischen Kampfbände auf den Bahnhöfen, die fortdauernden Beratungen der höheren Militärs und des Hofes in Jarosloje Sselo, die Agitation des Verbandes der christlichen Leute, ihre neuesten Dekretaten in Odesa, die Ernennung des Prof. Widno, eines der eifrigsten und bekanntesten Dunkelmänner und Feinde des Konstitutionalismus, zum Mitglied des Reichsrates usw. Alle diese Tatsachen zeugen untrüglich von einem Wachsen der reaktionären Strömungen und Intrigen. Was aber den Gerüchten der letzten Tage eine besondere Grundlage zu verleihen schien, das war die Nachricht von dem Zustandekommen einer Anleihe. Einige Blätter konnten sogar das Datum, an dem die Berliner Bankfirma Mendelssohn angeblich ihr Versprechen gegeben haben sollte, dem russischen Finanzministerium bei der Verwirklichung des Anleiheunternehmens behilflich zu sein. Man wußte auch Verschiedenes über die Bedingungen der Anleihe: Sie sollte eine Milliarde Mark betragen; bis zum 1. Juli erhielt die russische Regierung die erste Hälfte des Betrages, dann die andere in bestimmten Raten, wie das auch bei der vorjährigen Anleihe der Fall war. Ein bekanntes Blatt wollte erfahren haben, daß bei der Anleihe auch Wilhelm II. die Hand im Spiele habe: Die russische Regierung sollte Geld erhalten, um energischer gegen die Duma vorgehen zu können. Die Duma lasse nämlich die Befürchtung aufkommen, daß Polen eine Autonomie gewährt werde, was auf die polnische Frage in Preußen zurückwirken müßte! Um dem vorzubeugen, solle die Duma auseinander gesprengt und eine andere Vertretung, aus ständischen Wahlen hervorgehend, an ihre Stelle eintreten werden, etwa in der Art des preussischen Landtages! Alle diese Gerüchte machen es bei der bestehenden unklaren Lage begreiflich, daß jeder Tag mit der Frage beginnt: Wird die Duma heute oder morgen aufgelöst?

Nach einigen solchen nervösen Tagen ist nun wieder etwas Ruhe eingetreten. Es scheint eben mit der Anleihe nicht geklappt zu haben. Das ist auch zu verstehen, wenn man bedenkt, wie wenig momentan der Geldmarkt für Staatspapiere aufgelegt ist, so daß selbst die deutschen Schatzanweisungen nur unter schwierigen Bedingungen an den Mann zu bringen sind. Eine russische Anleihe aber unter ganz besonders vorteilhaften Bedingungen würde auf die Aktienpapiere zurückwirken; sie würden noch weiter fallen. Der bekannte Finanzpolitiker Prof. Wiquin erörtert diese Frage in einem soeben erschienenen Sammelwerke „Fragen der Staatswirtschaft und des Budgetrechts“, und er kommt zu dem Ergebnis, daß z. B. die 4prozentige Rente, die bei ihrem gegenwärtigen Kurse (74) sich mit 5,27 Proz. verzinst, schlechter dastünde als die 3prozentige Anleihe des vorigen Jahres, die sich mit 5,68 Proz. verzinst! Es ist also ein weiteres Sinken der 4prozentigen Rente zu gewärtigen bis hinab auf einen Kurs von etwa 67. Kommt nun eine neue, billigere Anleihe, dann ist die Gefahr vorhanden, daß die Deroute noch stärker wird. Wie man sieht, ist die Regierung so ziemlich zwischen Tür und Angel.

### Gewerkchaftliches.

#### Das „Koalitionsrecht“ in Sachsen.

Wie wir schon mitteilten, hat die Kreishauptmannschaft das von der Dresdener Polizeibehörde erlassene Verbot des Streikpostensiehens bei der Firma Seidel u. Naumann einrecht erhalten resp. die dagegen von dem Streikomitee eingelegte Beschwerde zurückgewiesen. Es dürfte nun nicht ganz uninteressant sein, die Gründe der Kreishauptmannschaft für eine solche Einschränkung des Streikrechts der Arbeiter zu erfahren. In der Tat ist der einzige Grund für die einschneidende Maßnahme der Dresdener Polizeidirektion ein Vorfall verhältnismäßig harmloser Natur. Die betreffende Stelle lautet:

Die 141. Kreishauptmannschaft hat aus den Akten zu ersehen gehabt, daß die Polizeidirektion nach Ausbruch des Streiks der bei der Aktiengesellschaft vorm. Seidel u. Naumann beschäftigten organisierten Arbeiter — Anfang April d. J. — dem Streikpostensiehens in keiner Weise entgegengetreten ist und die Gendarmen nur angewiesen hat, darauf zu halten, daß auf den in Frage kommenden Straßen genügend Raum zum unbehinderten Verlehe verbliebe. Erst nach dem 17. d. M. hat sie weitergehende Maßnahmen für erforderlich gehalten; an diesem Tage ist ein von dem Steyischen Bahnhof kommender, schon von dort aus von Stadtfahrer-Streikposten begleiteter, mit auswärtigen Arbeitswilligen besetzter Planwagen in der Nähe der Fabrik von etwa 100—120 aus einer Streikversammlung kommender Arbeiter angegriffen worden. Die Angreifer versuchten die Pläne des Wagens aufzuschlagen, haben die Pferde und damit den Wagen gewaltsam zum Stehen gebracht und die auf dem Wogen befindlichen Arbeitswilligen sowie auch Angestellte der Firma Seidel u. Naumann bedrängt, bedroht und geschlagen; ein an dieser grolligen Störung der öffentlichen Ordnung beteiligter, ein bis zum Ausbruch des Streiks in der Fabrik beschäftigter Arbeiter ist festgenommen und dem Gericht übergeben worden.

Infolge dieser Vorkommnisse, durch welche, soweit es sich zurzeit übersehen läßt, der Landbestand des § 125 des Strafgesetzbuches gegeben ist, hat sich die Polizeidirektion veranlaßt gesehen, der Gendarmen anzuweisen, das Stehenbleiben und das Hin- und Hergehen vor dem Fabrikgebäude und an der Kreuzung der Walthers- und Schäferstraße scharf zu verhindern, also auch den streikenden Arbeitern nicht zu gestatten, um dadurch den Aussenhalt der Streikenden gerade an den Stellen, an welchen die Arbeitswilligen beim Betreten und Verlassen der Fabrik vorübergehen müssen, tunlichst zu verhindern. Die Polizeibehörde war hierzu im Hinblick auf die vorerwähnten Vorgänge vom 17. April, welche die unter den Streikenden herrschende Erbitterung und Gereiztheit gegen die Arbeitswilligen und die Angestellten der Fabrik hinreichend erkennen und bei der vorhandenen Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten (!) weitere tiefer noch schwerere Gefesgesübertretungen befürchten ließen (!), berechtigt und verpflichtet, da sie berufen ist, die öffentliche Ordnung, insbesondere öffentliche Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten und drohende Gefesgesübertretungen zu verhindern.

Die von der Polizeidirektion getroffenen Maßnahmen sind sachgemäß und überschreiten jedersfalls nicht das durch die Verhältnisse gebotene Maß; sie können auch deshalb nicht als unzulässig beziehungsweise als unnötig angesehen werden, weil die Ereignisse vom 17. April seitens der Streikleitung und eines Teils der Streikenden nicht gebilligt werden, da von dieser Seite irgendwelche Gewähr dafür, daß ähnliche Vorkommnisse sich nicht wiederholen werden, in keiner Weise gegeben werden kann.

Der in Frage kommende § 125 ist der Landfriedensbruch-Paragraf. Es wird ganz entschieden bestritten, daß außer dem Anhalten der Pferde irgend etwas vorgekommen ist. Und aus solch' nichtigem Grunde wird, trotzdem selbst nach dem Zeugnis des hiesigen „Ratsblattes“ bis dahin nichts vorgefallen ist, trotz der allergrößten Provokationen der Arbeitswilligen, den 1000 Arbeitern das Koalitionsrecht beschnitten.

Nun, es wird Beschwerde beim Ministerium eingelegt werden und der als liberal „verschriene“ Minister v. Hohenhausen kann mal beweisen, ob es ihm mit seinen Ankündigungen ernst ist, die Rechte aller Staatsbürger zu schützen. Viel Hoffnung besteht zwar nicht dafür, daß Polizeidirektion und Kreishauptmannschaft reifiziert werden — dafür leben wir im kapitalistischen Gegenwartsstaat!



Reichstag.

41. Sitzung vom Montag, den 29. April 1907, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Frhr. v. Stengel, Kraetke.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung eines Entwurfes betreffend Änderungen des Reichsbeamten-Gesetzes in Verbindung mit dem Entwurf eines Beamten- und Militärschlichtengesetzes.

Reichsfinanzsekretär Frhr. v. Stengel:

Wie mir mitgeteilt ist, besteht die Absicht im hohen Hause, bei der ersten Beratung dieser drei Gesetze sich möglichst kurz zu fassen. Ich werde dies auch meinerseits tun. Es handelt sich bei diesen Gesetzen um eine materielle Verbesserung der pensionierten Beamten und der Hinterbliebenen der Beamten. Nach der Verbesserung der Militärschlichter ist dies ein Gebot der Gerechtigkeit, und diese Rücksicht gebietet, über die schwereren Bedenken hinwegzusehen, die aus der finanziellen Lage des Reiches sich ergeben. Die verbündeten Regierungen sind wegen dieser Bedenken bis an die äußerste Grenze dessen gegangen, was im Interesse der Steuerzahler noch als möglich erscheint. Drei Hauptpunkte greife ich als die wesentlichsten Verbesserungen durch die neuen Gesetze heraus: Die Erhöhung der Anfangspensionen von 1/100 auf 2/100 des Gehalts, die allgemeine Erhöhung der Mindestpensionen von 216 auf 300 M. und endlich die allgemeine Einführung des Gnadenquartals. Wir hoffen, daß die Vorlagen allseitig eine wohlwollende Beurteilung im Hause finden werden. (Bravo!)

Frhr. v. Stengel (Z.) beantragt Uebersetzung der Vorlagen an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Siebenbürger (L) und die Vertreter der übrigen Parteien erklären sich mit diesem Vorschlag einverstanden, desgleichen Abg. Dr. Siedekum (Soz.) für die Sozialdemokratie.

Das Haus beschließt demgemäß.

Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt. Abg. v. Seidelberg (nall.): Wir sind für die Ausdehnung der Sonntagsruhe und des Erholungsurlaubes der Beamten. Auch die Gehälter der Beamten müssen aufgebessert, eine Neuordnung der Vorbereitung zum höheren Dienst und eine Neuordnung der Wohnungsgeldzuschüsse muß vorgenommen werden. In der Bildung von Beamtenverbänden kann eine Gefahr liegen; doch wird sie am besten durch das Vertrauen der Verantwortung zu den Verbänden beseitigt. In dieser Beziehung ist wohl nicht immer richtig verfahren worden, man hat den Verbänden unnötigerweise Schwierigkeiten gemacht. In keiner Weise wollen wir das Petitionsrecht der Beamten einschränken lassen; der Beamte hat auch das Recht, mit den einzelnen Abgeordneten in Verbindung zu treten. Dadurch wird die Disziplin nicht geschädigt, die auch wir aufrechterhalten wollen. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.)

Abg. Singer (Soz.):

Es scheint, daß unter den vielen Vorschlägen, die wir bisher gehört haben, die Mängel, die in der Reichspostverwaltung doch auch vorhanden sind, ersticht werden sollen. Ich werde mich mehr mit den Klagen zu beschäftigen haben, die auch in diesem Jahre bedauerlicherweise nicht vermieden werden können; das Gute lobt sich schon von selbst. Daß unsere Postverwaltung auch gute Leistungen aufweist, liegt so in der Natur der Sache, daß man es wirklich nicht notwendig hat, diese Verdienste mit goldenen Lettern in die Annalen der Geschichte einzutragen. (Heiterkeit.) Zunächst muß ich — nicht zu meiner Freude — konstatieren, daß wir mit unseren Voraussetzungen über die Wirkung der Erhöhung des Ortsportos für Karten und Druck-

haben

durchaus recht gehabt haben. Diese sogenannte Reform hat in der Tat ein bößiges Fiasko erlitten. Es wird dem Herrn Staatssekretär schwer fallen, einen Beweis für die Nichtigkeit seiner im vorigen Jahre geäußerten Anschauungen zu erbringen. Möge er aus diesem Fiasko lernen, daß die Leute, die im praktischen Leben stehen, doch ein Urteil über die Dinge haben. Es gehörte wirklich keine besondere Klugheit dazu, um vorauszusagen, daß diese rigorose Maßnahme zum Schaden des Publikums und zum Schaden der Postverwaltung selbst ausschlagen müßte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich wünschte, die Herren ließen sich an dieser einen Lehre genug sein und bezügelten den Grundfatz, daß ein für das Publikum vorteilhafter Tarif auch ertragreich für die Post sein wird. Dazu kommt, daß das Vertrauen, das man bisher zur Reichspostverwaltung gehabt hat, bei dieser Gelegenheit erschüttert worden ist. Bei der Aufhebung der Privatposten ist seitens der Reichspostverwaltung die Zusicherung gegeben worden, daß das Publikum davon keinen Schaden haben würde. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir damals der Postverwaltung geglaubt haben, so werden wir sicher in diesen Fehler nicht noch einmal verfallen. Damit, daß die Reichspostverwaltung mit der Erhöhung des Ortsportos dem Wunsch der Mehrheit des Reichstages so bereitwillig nachkam, hat sie gegen Treu und Glauben verstoßen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich sehe keinen Grund, weshalb man nicht diese Maßregel wieder aufheben will. Ein Fehler braucht doch nicht, wenn man ihn als solchen erkannt hat, in alle Ewigkeit weiter gemacht zu werden. Die Behauptung eines Hebräers der Rechten, daß die Erhöhung des Ortsportos als Kompensation für die Privilegien der großen Städte sehr angebracht sei, zeugt von einer rücksichtslosen Anschauung, wie sie nur von einem in der Bolle gefärbten Agrarier ausgesprochen werden kann. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär wird den Herren befehlen, daß die Postverwaltung ihre Ueberschüsse gerade von den großen Städten und den Industriezentren herleitet. Herr v. Camp hat sogar dafür plädiert, daß die Telegraphengebühren für die Städte erhöht werden. Das ist nur ein Glied in der Kette Ihrer Maßnahmen zur Schädigung von Handel, Verkehr und Industrie. (Sehr richtig! links.) Ich wende mich nun zu den

Resolutionen.

Die Resolution des Zentrums über die Paketauslieferungen usw. entspricht durchaus unseren Anschauungen. Wir haben seit Jahren schon auf die Unzulänglichkeiten hingewiesen, die durch einen späten Schalterstich namentlich für die Diener und Angestellten entstehen, die dann im letzten Augenblick die Pakete zur Post befördern müssen, wodurch sich ihre Arbeitszeit über die gewöhnliche Dauer verlängert.

Die Resolution in bezug auf die Ostmarkenzulagen lehnen wir dagegen ab. Wir sind nach wie vor der Meinung, daß diese Ostmarkenzulagen gemißbraucht werden zu politischen Zwecken. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) daß die Beamten dadurch geneigt gemacht werden sollen, der politischen Mißhandlung der polnischen Wähler seitens der Regierung Vorschub zu leisten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich will bei der Geschäftslage des Hauses nicht auf alle bereits früher ausführlich erörterten Gründe gegen die Ostmarkenzulagen erneut eingehen. Charakteristisch ist, daß während der Herr Staatssekretär darauf verzichtet hat, in dem gegenwärtigen Etat diese Forderung der Ostmarkenzulagen aufzustellen, sie ihm jetzt als Wirkung der konservativ-liberalen Paarung auf dem Präsentierteller entgegengebracht wird. — Die Resolution Wagnide, die die Zulagen unwiderruflich machen will, ist ja eine Verbesserung, aber auch ich können wir nicht zustimmen. Interessant ist, daß wie mir mitgeteilt ist, die Regierung die Einführung der Unwiderruflichkeit ablehnt. Dadurch beweist sie, daß es ihr wesentlich darauf ankommt, mit diesen Zulagen ein Mittel in der Hand zu haben, um die Beamten zu korrumpieren und sie zu ihrem politischen Werkzeug zu machen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der Resolution v. Abg., welche die 1/2-jährige Anrechnung des Nachdienstes und Sonntagsdienstes verlangt, stimmen wir zu; der

anderen Resolution, die eine Kenderung der Personalordnung für die mittlere Beamtenlaufbahn wünscht, nur unter der Voraussetzung, daß die gehobenen Stellen besetzt werden. Mit diesem System, das in allen Teilen der Beamtenenschaft nur Unzufriedenheit erregt, muß so schnell wie möglich aufgeräumt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn eine andere Organisation möglich ist, durch welche die qualifizierteren Dienste in den Kreisen der Unterbeamten durch höhere Gehälter besetzt werden, ohne daß einzelne Beamten durch einzelne Vorgesetzte willkürlich herausgegriffen werden, dann kann man sie ja versuchen. Jedenfalls liegen in einer solchen Organisation große Schwierigkeiten, die sehr eingehend erwogen werden müßten. Also in diesem Sinne stimmen wir der Resolution v. Abg. zu.

Was die Resolution der Budgetkommission anlangt, die bis zur dritten Lesung vom Reichszentralrat die Zustimmung zu verschiedenen Gehaltsveränderungen verlangt, so glaube ich kaum, daß irgend ein Mitglied dieses Hauses die Illusion haben wird, daß der Reichszentralrat einen solchen Ergänzungsetat zuzugewilligt wird, und ich glaube ebenfalls, daß, wenn diese Erklärung ausbleibt, das Haus die betreffenden Summen in den Etat einleihen wird. Es ist ja ein sehr bequemer Weg gefunden, dies alles auf die nächstjährige Gehaltsregulierung zu verschieben. Ist doch noch nicht einmal der von der Regierung vorgeschlagene Ergänzungsetat bezüglich der Teuerungszulagen der Beamten eingegangen. Mit kolonialen Ergänzungsetats hat man es weit eiliger. Wer weiß, ob wir diesen Etat für die Teuerungszulagen noch vor Pfingsten bekommen werden.

Ich wende mich nun zu einigen anderen Erörterungen. Die Klagen über

zu häufigen Nachdienst

verstimmen immer noch nicht, wenn auch einige Verfügungen nach dieser Richtung erlassen wurden. So wird namentlich aus Dresden über langen Nachdienst geklagt, ebenso wird mir aus Leipzig mitgeteilt, daß dort sehr langer Nachdienst verlangt wird: es wird Dienst von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens verlangt, nachdem vorher schon erheblicher Abenddienst geleistet ist! Auch in Berlin wird über langen Nachdienst geklagt, wobei noch hinzukommt, daß irgend welche Vergütung für die besonderen Ausgaben, die durch den Nachdienst naturgemäß entstehen, nicht gewährt wird. Als Ursache der Ueberanstrengung geben die Beamten an, es seien zu wenig Beamte vorhanden. Bei ihrer anstrengenden Tätigkeit müßten die Beamten nicht nur eine Erholung zwischen ihren einzelnen Dienstzeiten haben, sondern es müßten ihnen vollständig freie Diensttage zur Verfügung gestellt werden.

Dann liegt eine ganz besondere Klage aus Karlsruhe vor. Auf den Wunsch des Reichstages ist eine Einschränkung des Geldausstragens am Sonntag erfolgt. Der Reichstag hat dieses gewünscht, um den Geldbriefträgern eine bessere Sonntagsruhe zu gewähren. Aber den Beamten genügt diese Reform keine Erleichterung; denn sie werden jetzt am Sonntag zu anderen Geschäftigungen verwendet! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das war die Meinung des Reichstages nicht; dann hätte es sich nicht gehört, daß der Reichstag die Anstrengung gemacht hat, um diese Reform zu erlangen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dabei herrscht in Karlsruhe eine tägliche Dienstzeit von 11 Stunden.

Auch über die Verhängung von Geldstrafen seitens der Vorgesetzten wird vielfach geklagt. Der Herr Staatssekretär würde gut daran tun, eine Verfügung zu erlassen, durch die den Vorgesetzten zum Bewußtsein gebracht wird, daß Geldstrafen bei den schlechtbegabtesten unteren Beamten nur in äußersten Fällen und mit größter Vorsicht zu verhängen sind. — Klagen über lange Dienstzeit sind mir auch aus Hamburg und Bregenz mitgeteilt. Von 5 Uhr morgens bis 10 Uhr abends wird dort Dienst geleistet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Zu ganz besonderen Klagen gibt ferner die lange Wartezeit Veranlassung. Es gibt Briefträger, die erst nach 18-jähriger Dienstzeit fest angestellt werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Ich wende mich nun zu den

Gehalts- und Lohnfragen.

Meine Meinung über die gehobenen Stellen habe ich schon früher zum Ausdruck gebracht. Das eine muß ich doch hervorheben: Daß die gehobenen Unterbeamten in diesem Jahre eine Zulage von 200 M. erhalten, während die anderen leer ausgehen, muß von diesen leer ausgehenden Unterbeamten doch geradezu als ein hohes empfunden werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Postverwaltung eine Regelung der Gehälter erst im nächsten Jahre eintreten lassen will, so ist nicht abzusehen, warum gerade die bereits befähigtesten, gehobenen Beamten jetzt schon 200 M. erhalten sollen. Jeder Unterbeamte wird diese Behandlung mit Recht als eine große Ungerechtigkeit empfinden. Wenn die Zulage gewährt wird, müßte sie allen in gleicher Weise zutreffen. Ganz besonders notwendig ist auch eine Erhöhung der Tagegelde für die Postboten; sie muß bereits in diesem Etat vorgenommen werden, und zwar mindestens bis auf 3 M. In Berlin ist es geradezu unmöglich, mit 2,50 M. die Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Durch die Festschließung des ortsbüchlichen Logierlohnes auf 2,00 M. ist dies für gewöhnliche Arbeiter auch anerkannt. Auch die Post- und Telegraphenarbeiter beziehen nur einen Lohn von 2,50 M. täglich, nach 1/2 Jahre steigen sie auf 3 M., nach 2 Jahren auf 3,25 M., nach 3 Jahren auf 3,50 M.; in der Privatindustrie werden Löhne von 2,50 und 3 M. für solche Arbeiter nicht bezahlt. Die Privatindustrie sollte sich der Herr Staatssekretär hier zum Beispiel nehmen. Noch schlimmer ist die Art und Weise, wie die Leute abgesehen werden, wenn sie nach außerhalb gehen müssen. Sie bekommen dann pro Tag nur eine Entschädigung von 75 Pf. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Staatssekretär sollte es sich zur Aufgabe machen, daß unter 4 M. überhaupt kein Arbeiter in der Postverwaltung beschäftigt wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Auch die Telegraphenboten müssen verlangen, daß in ihren Verhältnissen eine Verbesserung stattfindet. Diese jungen Leute erhalten 2 M. pro Tag. Dabei müssen sie die Kosten für ein ärztliches Attest vor ihrer Einstellung mit 5 M. selbst bezahlen! Es sollte doch eine Verfügung erlassen werden, daß sie durch den Postvertrauensorga untersucht werden, damit sich junger Mann nicht 5 M. zu bezahlen braucht, um dann eventuell zu erfahren, er könne überhaupt nicht genommen werden! — Sehr schlecht behandelt werden auch die Briefmarktenverkäuferinnen. Diese Damen bekommen einen täglichen Lohn von 2 M. und müssen etwaige Gehaltsbeträge decken, ohne daß ihnen irgend eine Manuskriptabgabe bewilligt wird, während doch bei dem starken Verkehre ein Mann ohne jedes Verschulden sehr leicht entstehen kann. 6—7 Jahre bleiben diese Damen ohne jede Zulage. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch diese Damen in den Kreis der sozialen Fürsorge, von der hier so viel gesprochen wurde, einbezogen würden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im allgemeinen ist dann noch bei den Unterbeamten der Klage darüber Ausdruck gegeben, daß ihnen die Militärdienstzeit bei der Beförderung nicht in genügender Weise angerechnet wird.

Die Poststatistik, die uns auch in diesem Jahre zugegangen ist, zeigt — wie ich gerne anerkennen will — gegen früher einige Verbesserungen. Aber so glänzend, wie es hier von verschiedenen Seiten dargestellt ist, sind die Verhältnisse denn doch nicht. Noch immer haben 80 377 Personen, also 60,9 Proz. der Beamten, eine längere Dienstzeit als 9 Stunden, 24 Proz. haben eine längere Dienstzeit als 10 Stunden, überhaupt haben 72 Proz. der Beamten mehr als 60 wöchentliche Dienststunden. Noch schlimmer ist es mit der Sonntagsruhe: 36,7 Proz. der Beamten haben nur jeden dritten Sonntag, 16,1 Proz. gar nur jeden vierten Sonntag frei! Im Interesse der Beamten ist es dringend zu wünschen, daß die Sonntagsruhe besser durchgeführt wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso sind die Verhältnisse beim Erholungsurlaub als mangelhaft zu bezeichnen. Von dem nicht etwäs-

mäßig angestellten Beamten haben nur 85 Proz. Urlaub, und zwar nur einen ganz kurzen. Erst nach fünf Jahren bekommt der Beamte zum ersten Male Urlaub. Ich kann mir wohl denken, daß man bei längerer Dienstzeit auch einen längeren Urlaub gewährt, aber die Leute fünf Jahre warten zu lassen, ehe sie überhaupt Urlaub bekommen, das scheint mir falsch und außerordentlich hart. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich halte es für richtig, daß jeder Urlaub erhält, der ein Jahr im Dienst ist. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Löhne der weiblichen Angestellten sind verarmt, daß kaum 20 Pf. auf die Stunde entfallen. Wenn in der Statistik steht, daß es sich hier zum großen Teil um Töchter von Unterbeamten und mittleren Beamten handelt, die bei ihren Eltern leben, oder um Töchter verorbener oder pensionierter Beamten, die zum Teil Pension beziehen, so sollte sich der Staatssekretär doch vergegenwärtigen, ob es angemessen und würdig ist, aus den wirtschaftlichen Verhältnissen dieser Beamtinnen Vorteil für die Staatskasse zu ziehen. Die Postverwaltung muß die Leute ihrer Dienstleistung entsprechend bezahlen, gleichgültig, ob sie noch andere Einnahmequellen haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Auch bei den Telegraphenarbeitern haben 8322 noch eine Arbeitszeit von 9—10 Stunden, 5188 eine solche von 10—11 Stunden, und als Stundenlohn kommt für diese Leute 34 Pf. heraus. Das ist eine Entlohnung, wie sie in der Privatindustrie heute nicht mehr anzutreffen ist. Der Staatssekretär sollte dafür sorgen, daß diese Leute endlich einmal einen Lohn erhalten, mit dem sie einigermaßen leben können. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sonstige Personen im Arbeiterverhältnis bei Verkehreinrichtungen beziehen bei 9- und 10stündiger Arbeitszeit 2,39 M. (Rufe rechts: Noch mehr!) Wenn ich alles Material vorbringen wollte, das wir haben, so könnte ich ganze Tage lang reden. Niemand wird zufriedener sein als wir, wenn uns diese Masse aus der Hand geschlagen wird, wenn endlich erträglichere Löhne gezahlt werden. Vorläufig, bis das geschieht, haben wir die Pflicht, diese Dinge hier vorzubringen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ich komme nun zu dem Druck, den die Postverwaltung auf die Gestaltung der Beamten ausübt. Die Illusion von den Kollegen Hamecher, daß das Reichspostamt keine Ahnung von den politischen Beeinflussungen auf einzelnen Postämtern seitens einzelner Postbetriebe hat, kann ich nicht teilen. Diese Beamten sind vielmehr überzeugt, daß sie bei ihrem Vorgehen der Zustimmung ihrer vorgelegten Behörde sicher sind. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Fest steht jedenfalls, daß in der Reichspostverwaltung genau dieselben Mittel zur politischen Beeinflussung der Beamten angewandt werden wie in anderen Reichsämtern. Das wird so lange geschehen, als innerhalb der Reichsregierung die Grundzüge gelten, wie sie bei den letzten Wahlen durch den Vertreter dieser Regierung befundet worden sind. Wenn der Reichszentralrat selbst sich an die Spitze der Wahlbewegung stellt, warum soll der Staatssekretär des Reichspostamts ihm nicht auf diesem Wege folgen?

Ich kann das Material über

die politische Parteilichkeit der Postverwaltung

nach um einen Haß vermehren: Die Postverwaltung hat die sehr verständige Gesonnenheit, bei allen Ausstellungen usw. wo große Menschenansammlungen zusammenkommen, ein Postbureau zur Erleichterung des Postverkehrs einzurichten. Das geschieht auch bei Kongressen, und es dürfte hier natürlich keinerlei Unterschied in der politischen Richtung der Teilnehmer gemacht werden. Es freut mich auch, konstatieren zu können, daß die Oberpostdirektion von Karlsruhe bei Gelegenheit des letzten Parteitages unseren Wünschen in dieser Beziehung bereitwillig entgegengekommen ist. Bezüglich des Falles, den ich vorzutragen will, wird es am besten sein, ich verlese die darüber gepflogene Korrespondenz; zunächst ertheilen die Mannheimer Genossen, die bemüht waren, für den Parteitags Beschlussempfehlungen zu beschaffen, unter dem 23. August 1906 vom kaiserlichen Postamt 1 in Mannheim folgendes Schreiben:

„Nach den bei den Postämtern in Bremen und Jena eingezogenen Erkundigungen waren während der in den genannten Orten abgehaltenen Parteitagen der deutschen Sozialdemokratie besondere Post- und Telegrapheneinrichtungen nicht getroffen und auch nicht verlangt worden. Ein Bedürfnis, für den hier abzuhaltenen Parteitags solche vorzunehmen, kann daher nicht ohne weiteres anerkannt werden.“

Das Postamt ist jedoch im Einverständnis mit dem kaiserlichen Telegraphenamt nicht abgeneigt, bei der kaiserlichen Oberpostdirektion in Karlsruhe (haben) die Genehmigung dazu zu erwirken, daß an denjenigen Tagen, an welchen die Hauptversammlungen stattfinden, während bestimmter Tagesstunden Gelegenheit zum Ankauf von Postwertzeichen, zur Benutzung einer öffentlichen Fernsprechanlage und zur Annahme von Telegrammen gegeben wird.

Um darüber in weitere Erörterungen einzutreten zu können, ist es erwünscht, wenn Sie sich an einem der nächsten Tage zur Rücksprache im Amtszimmer des Unterzeichneten einfinden. Es wird Ihnen anheim gegeben, sich vorher bei der Kanzlei (Anschlußnummer 1376) über die Anwesenheit des Unterzeichneten zu vergewissern.“

Unter dem 5. September 1906 erhielten wir dann folgenden Brief:

„Anstelle der anliegenden Erklärung vom 4. die Einrichtung einer Telegramm-Annahmestelle usw. während des sozialdemokratischen Parteitages in den Räumen des Apollo-Theaters betreffend, ist von der kaiserlichen Oberpostdirektion in Karlsruhe eine Erklärung in veränderter Form eingefordert worden, die im Entwurf beiliegt. Sie werden ersucht, die letztere zu unterzeichnen und umgehend hierher einzufenden.“

Wo unter der Voraussetzung einer bestimmten Erklärung war die Oberpostdirektion Karlsruhe bereit, dem Ersuchen der Mannheimer Parteigenossen entgegenzukommen.

Diese Erklärung, durch welche die Genossen sich bereit erklärten, der Poststelle die durch die Einrichtung einer Post- und Telegraphenbetriebsstelle im Apollo-Theater vom 23. bis 29. September erwachsenden persönlichen Betriebskosten zu erstatten, wurde dann auch unterschrieben. Nach diesem Schriftwechsel mußte man annehmen, daß alles in Ordnung sei. Wir waren natürlich im höchsten Maße erstaunt, als wir am 22. September, also einen Tag vor dem Parteitags folgendes Schreiben erhielten:

„Im Auftrage der kaiserlichen Oberpostdirektion in Karlsruhe werden Sie dahin verständigt, daß zuständigen Orts ein Bedürfnis zur Einrichtung einer Telegrammannahmestelle mit Postwertzeichenverkauf nicht anerkannt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ein Briefkasten ist wunschgemäß im Apollotheater angebracht worden.“

Das Rätsel, wer wohl die „zuständige Stelle“ sei, ist ja nicht schwer zu lösen; es ist zweifellos das Reichspostamt in Berlin gewesen, das der Oberpostdirektion in Karlsruhe klar gemacht hat, man dürfe der Sozialdemokratie nicht durch Gewährung solcher Bequemlichkeiten entgegenkommen. Ist das nicht in der Tat eine vorfindliche Auffassung? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Kann es, abgesehen davon, daß auf diese Weise nicht nur die Mitglieder des Parteitages, sondern ebenso die gesamten Vertreter der bürgerlichen Presse geschädigt werden, ein feindseliges, schändliches Vorgehen geben als diese Nadelstichpolitik, durch die man glaubt die stärkste politische Partei Deutschlands zu schädigen? Der Reichspostverwaltung sollte doch so viel an ihrem Ruf liegen, daß sie sich durch ein so kindliches Vorgehen nicht vor der ganzen Welt blamierte. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wie die Reichspostverwaltung mit zweierlei Maß mißt, dafür ist ein Beweis, daß die Reichspostverwaltung im vorigen Jahre diese Einrichtung gehabt hat. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Freilich, das war vor dem Dezember. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ob auch dem „antinationalen“ Zentrum jetzt noch die Verwirklichung einer so nationalen Einrichtung, wie es die Post ist, auf seinen Reichstagen gewährt werden wird, scheint mir zweifelhaft. (Heiterkeit.) Schließlich aber hat diese Frage doch auch ihre erste Seite. Sie beweist, daß die Reichspostverwaltung es sich herausnimmt, sich in Dinge zu mischen, die sie gar nichts angehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Postverwaltung glaubt jetzt ebenso wie andere Verwaltungen der Sozialdemokratie Knäppl zwischen die Beine werfen zu müssen, während sie doch nichts anderes zu tun hat als die Interessen des Verkehrs wahrzunehmen. Der Reichstag sollte erklären, daß es der Postverwaltung unzulässig ist, mit ziviler Macht zu verfahren. Die Zeiten, in denen der gegenwärtige Staatssekretär des Reichspostamts als ein objektiver Förderer des Verkehrs gelten konnte, sind leider längst dahin. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Reichsstaatssekretär Frhr. v. Stengel erklärt, daß der Ergänzungsetat für die außerordentlichen Verhältnisse von 100 und 150 M. schon in den nächsten Tagen an den Bundesrat gelangen und in kurzer Zeit auch dem Reichstag zugehen werde.

#### Staatssekretär Krause:

Ich muß dagegen protestieren, daß auf die Beamten der Reichspostverwaltung irgendwie politisch eingewirkt werde. Auch ist es nicht richtig, daß bei besonderen Verkehrseinrichtungen mit ziviler Macht gemessen wird. Es wird lediglich die Bedürfnisfrage geprüft. So ist es auch in Mannheim gewesen, wo gewünscht wurde, daß eine besondere Postanstalt im Apollo-Theater für zwei, drei Tage eingerichtet werde. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Für acht bis zehn Tage!) Die Genehmigung wurde versagt, nicht weil es sich um die sozialdemokratische Partei an sich handelte; aber Sie wissen selbst, welcher böser Ton immer geherrscht hat auf Ihren Parteitagen, wie Sie alles, was uns anderen heilig ist, herunterschieben. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Und nun bitten Sie mich, daß ich meine Beamten zwingen soll, das alles mit anzuhören? (Erneute große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Ich konnte höchstens darauf eingehen, in der Nähe eine Postanstalt einzurichten, wo wir die Herren sind, aber nicht auf Ihrem Parteitage, wo wir Ihre Gäste gewesen wären. (Bravo! rechts.) Ihre Interessen sind doch nicht geschädigt worden. Die Schalter in Mannheim sind reichlich besetzt gewesen und der Dienst hat sich schnell und gut abgewickelt.

Was das Verhalten der Beamten anlangt, so hat die Regierung immer auf dem Standpunkte gestanden, daß die Beamten gewisse Pflichten auf ihre dienstliche Stellung nehmen müssen. Also von einem gesetzwidrigen Verfahren der Behörden kann da nicht die Rede sein. Die Beamten muß sich vorhalten, in jedem einzelnen Falle darüber zu entscheiden, ob die Zugehörigkeit eines Beamten zu einem Verbandsorgan angängig ist. Auf keinen Fall kann die Behörde dulden, daß ein solcher Verband sich als Nebenregierung aufbaut. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Die „Deutsche Postzeitung“ ging so weit, zu schreiben, daß es jetzt, nachdem Herr Postsekretär Hammer gewählt sei, hoffentlich gelingen werde, den Zusammenhang der Verwaltung die Spitze abzubrechen. Durch solche Äußerungen muß das Vertrauen und die Achtung vor dem Vorgesetzten und damit die Disziplin untergraben werden; dagegen werde ich immer einschreiten. (Bravo! rechts.)

Weiter protestiere ich dagegen, daß die Postverwaltung durch die Erhöhung der Ortsportofläge gegen Treu und Glauben verstoßen habe. Die Mehrheit des Reichstages hat zur Schaffung notwendiger Mittel diese Erhöhung gutgeheißen und der Bundesrat stimmte ihr zu. Diejenigen Faktoren, die die Besetze machen, können doch die Besetze wieder aufheben und ändern. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Geldbrieffienst am Sonntag eingestellt ist, so ist es selbstverständlich, daß dann die Geldbriefführer, die ohnehin als bevorzugt gelten, nicht ohne weiteres frei bekommen.

Die Zahl und Höhe der Geldstrafen ist bereits ganz bedeutend heruntergegangen, nur bei großen Ausschreitungen werden solche auferlegt.

Die geäußerten Anschauungen über die gehobenen Stellen muß ich immer wieder als unredlich zurückweisen; diese haben sich im großen und ganzen sehr gut bewährt. Die Löhne der Arbeiter sind von 2,50 M. auf 2,70 M. erhöht; die Zulagen werden alle zwei Jahre gewährt, bis das

Maximum 3,50 M. Lohn

erreicht ist. (Bravo! rechts.)

Hg. Lattmann (wirtsch. Bg.) tritt für eine Ermäßigung des Wertpapiers ein sowie für die Anerkennung der bayerischen Marken in Preußen und umgekehrt.

Hg. Dr. v. Chlapowoi-Chlapowski (Pole): Daß ein überaus nachteiliges Streben bei unseren Beamten besteht und daß dieses durch die Ostmarkenzulage erheblich verstärkt wird (Sehr richtig! bei den Polen und bei den Sozialdemokraten), darüber besteht eigentlich ganz allgemeine Uebereinstimmung. Ich warne daher, auch die Postbeamten durch die Ostmarkenzulage zu korrumpieren.

Hg. Köpff (fr. Bp.): Die Gründe, die der Postsekretär für die Nichteinrichtung des Postamtes in Mannheim vorgebracht hat, müssen auch außerhalb der sozialdemokratischen Partei, in den Reihen der freisinnigen Fraktionen, als nicht ausschlagend betrachtet werden. (Beifall links.) Dort ist einfach der Verkehr behindert worden.

In der Budgetkommission hat der Staatssekretär Beweise für die Unzweckmäßigkeit des reichsrechtlichen Privilegs der Postfreiheit gefordert. Ich kann ihm als solchen Beweis ein postales versandtes Reklamizirkular der sächsisch-lippischen Brunnensverwaltung in Vermont vorlegen. Die Aufrechterhaltung dieses Privilegs steht im strikten Widerspruch zu der Haltung der Reichspostverwaltung in der Frage der letzten Portoerhöhungen. Diese Haltung hat jedenfalls trotz der heutigen eigentümlichen Erklärung des Staatssekretärs das Vertrauen zu der Regierung und ihre Glaubwürdigkeit nicht erhöht. (Sehr richtig! links.) Die feinerzeitige Aufhebung der Privatposten haben wir übrigens mit der Partei des Hg. Singer zu danken. Hoffentlich wird das Ortsporto bald wieder herabgesetzt.

In der Frage der Ostmarkenzulagen ist unsere Haltung unabweislich ablehnend. Für die Postbeamten soll wie für die Privatbeamten der Arbeitstag um 8 Uhr abends zu Ende sein.

Staatssekretär Krause: Der Vordränger hat sich bezüglich der Vorgänge in Mannheim auf die Seite der Sozialdemokraten gestellt. Er ging von der Voraussetzung aus, daß ein Bedürfnis für eine derartige Postanstalt vorlag; das war aber nicht der Fall.

Vizepräsident Kaempf ruft nachträglich den Hg. Dr. v. Chlapowoi (Pole) zu Ordnung, weil er die Polenpolitik der preussischen Regierung als „unwürdige und gemeine Ausrottungspolitik“ (Sehr richtig! bei den Polen und Sozialdemokraten) bezeichnet habe. (Bravo! rechts.)

Hieraus verlag das Haus die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr. (Vorher: Etat des Reichsanwalts und des Auswärtigen Amts.) Schluß 7/8 Uhr.

## Soziales.

### Zur Dienstbotenklaverei.

Das 16jährige Dienstmädchen Marie Alma Strübel war am 14. Januar bei dem Postsekretär Reuber in Dresden in den Dienst getreten, hatte ihre Stellung verlassen schon 10 Tage später, am 24. Januar ohne Kündigung verlassen. Der Postsekretär hatte Anzeige erstattet und die Polizei war sogleich — ohne vorherige Untersuchung — mit einer Strafverfügung über 5 M. zur Hand. Der Vater des Mädchens beantragte gerichtliche Entscheidung und machte vor dem Schöffengericht geltend, seine Tochter sei zum Verlassen des Dienstes berechtigt gewesen, weil sie von der Frau geschlagen und mit dem Kopf in die Wanne gerammt worden sei. Ferner habe sie in einer unheimlichen Spinnkammer schlafen müssen, habe schlechte Nahrung bekommen und sei öfters geschimpft worden. Das Schöffengericht hielt die angeführten Gründe für die vorzeitige Lösung des Dienstverhältnisses nicht für stichhaltig. Das Schlagen und das „Mit-dem-Kopf-in-die-Wanne-Rammen“ sei keine „das Leben und die Gesundheit dauernd gefährdende Behandlung“, wie sie nach der Ge-

sindeordnung vorliegen müsse, wenn die vorzeitige Lösung des Dienstverhältnisses berechtigt sein soll. Mit Rücksicht auf das „dreifache und ungebührliche Verhalten des Dienstmädchens ihrer Herrschaft gegenüber“ erhöhte das Gericht die Strafe auf 15 M. oder 3 Tage Gefängnis. Der Vater des Mädchens legte Berufung ein und nun wurde die Sache endlich einmal untersucht. Der Kriminalsenator Helzig stellte fest, daß die Frau Postsekretär ihre Dienstmädchen schlecht behandelte, daß die Mädchen von ihr geschimpft, geschlagen und auf alle erdenkliche Art und Weise schikaniert wurden. Die Frau stand in einem sehr schlechten Renomme; sie nannte ihre Mädchen „Mistkübel“, „Miststüber“ und „Dreckknein“. Die Art und Weise, wie sie ihre Dienstmädchen behandelte, hatte schon allgemein Anstoß erregt. Seit wenigen Jahren hatte sie allein 33 Mädchen auf der Polizei angemeldet, die Mehrzahl ist aber schon früher wieder weggegangen. Die als Zeugen vernommene Herrschaft hatte in der Schöffengerichtsverhandlung angegeben, das Mädchen hätte dieselbe Bursche bekommen, wie die Herrschaft sie selbst esse. Das traf insoweit zu, als das Mädchen die Bursche nach 8 oder 14 Tagen in verdoerndem Zustande erhielt. Am dem Tage, wo das Dienstmädchen die Stelle verließ, hatte sie verbundene Bursche bekommen; Unwohlsein und Erbrechen war die Folge. Trotzdem versuchte sie ihre Arbeit zu machen. Da dies nach der Meinung ihrer Dienstherrin nicht schnell genug ging, wurde sie von ihr gefesselt und beim Wasser-ausgießen mit dem Kopf in die Wanne gerammt. Durch den Zeugen Helzig wurde ferner festgestellt, daß die Tür zu der Spinnkammer des Mädchens nicht verschließbar war, sondern nur ein sogenanntes Schnepfeschloß hatte. Alles das veranlaßte den Staatsanwalt, eine Art Verteidigungsrede für das Mädchen zu halten und die Entscheidung in das Ermessen des Gerichts zu stellen. Das Gericht erkannte auf Freisprechung.

Der Fall ist typisch; eine solche Behandlung steht nicht vereinzelt da. Diese Tatsache spricht aber eine eindringliche Sprache für die Notwendigkeit der Dienstbotenorganisation.

## Gerichts-Zeitung.

### Vom Kampf gegen das Kirchenaustrittsplatat.

Bekanntlich führt die Polizei einen unerheblichen Kampf gegen den öffentlichen Aushang des Platats, welches angeht: Hier sind Formulare für die Anmeldung des Austritts aus der Landeskirche unentgeltlich zu haben. Durch gerichtliche Entscheidungen, welche sich auf § 9 des alten preussischen Preßgesetzes stützen, ist der Aushang des Platats mit dem angeführten Wortlaut für unstatthaft erklärt worden. Um der Rechtslage, welche hierdurch geschaffen ist, gerecht zu werden, und die veraltete gesetzliche Bestimmung zu erfüllen, ist der Wortlaut des Platats dahin geändert worden, daß die betreffenden Formulare für 1 Pf. das Stück zu haben sind. Das so geänderte Platat stellt nun eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr dar und darf deshalb ungehindert öffentlich ausgestellt werden. Denn die Verbotbestimmung des alten preussischen Preßgesetzes nimmt Anzeigen über gesetzlich nicht verbotene Versammlungen sowie Nachrichten für den gewerblichen Verkehr ausdrücklich aus. Ein derartiges Platat, welches der gerichtlichen Auslegung des alten preussischen Preßgesetzes entspricht, hatte der Rechtskonsulent Fiedler am Fenster seiner Wohnung, nach der Strafe sichtbar, aufgehängt. Dem Verlangen der Polizei, das Platat zu entfernen, kam Fiedler, geführt auf sein gutes Recht, nicht nach. Die Polizei schritt dann, unter einem Aufgebot von mehreren Beamten, zur gewaltsamen Entfernung des Platats, wobei auch gegen Fiedler Gewalt angewandt wurde. Ein Verfahren wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt schwebt aus diesem Anlaß gegen Fiedler.

Am Montag beschäftigte sich die 8. Strafkammer am Landgericht I mit einem Teil dieser Episode aus dem Kampf gegen das Kirchenaustrittsplatat. Es war jedoch nur zu prüfen, ob der Inhalt des Platats den Anforderungen des alten preussischen Preßgesetzes genügt. Das Schöffengericht hielt den Aushang des Platats nicht für statthaft und hat Fiedler deshalb mit 30 M. bestraft. — In der Berufungsinstanz setzte Rechtsanwalt Wolfgang Heine als Verteidiger des Angeklagten auf, der erste Richter habe übersehen, daß das Platat den Verkauf der Formulare angeht, also eine Nachricht über den gewerblichen Verkehr darstelle und deshalb ohne weiteres ausgehängt werden dürfe. Es komme garnicht darauf an, ob der Angeklagte bei dem Verkauf von 1 Pf. pro Stück etwas verdiene oder nicht, ja selbst wenn er es dem einen oder anderen umsonst geben würde, so bleibe doch die Anzeige eine Nachricht über den gewerblichen Verkehr. Uebrigens sei auch in dem Platat angeführt, daß die Formulare auf Verlangen ausgestellt werden. Das Ausfüllen aber solle ohne Zweifel in den Gewerbetrieben des Angeklagten, der ja Rechtskonsulent sei. — Der Staatsanwalt beantragte die Verwerfung der Berufung, denn, meinte er, die Anzeige des Verkaufs sei ja nur eine Umgehung des Gesetzes. Rechtsanwalt Heine erwiderte darauf: Wenn der Durcheinander durch ein Haus verboten ist und man geht um das Haus herum, um auf die andere Seite zu kommen, so hat man durch diese Umgehung doch die Verbotbestimmung erfüllt. Das Platat sei ja so abgefaßt, daß die gesetzliche Bestimmung, die ja in diesem Falle nur eine Ordnungsvorschrift ist, erfüllt wird.

Das Gericht erachtete als festgestellt, daß der Angeklagte in allen unter Anklage stehenden Fällen nur solche Platate ausgehängt hat, welche den Verkauf der Formulare für 1 Pf. angehen. Es liege daher eine Nachricht für den gewerblichen Verkehr vor, der Aushang sei deshalb gestattet. Aus diesen Gründen wurde der Angeklagte freigesprochen.

Nach diesem Urteil der Berufungskammer war also die Polizei nicht berechtigt, die Entfernung des Platats zu verlangen und die gewaltsame Entfernung durch Beamte stellt sich hiernach als eine ungesetzliche Handlung dar.

§ 175.

Der Photograph Georg Kreisfchmar lodte durch Helfershelfer junge Männer als „Modelle“ in sein Atelier. Dort wurden mit ihnen Schneereinigen getrieben. Der Angeklagte gehört der „Gemeinschaft der Eigenen“ an. Western hatte Kreisfchmar sowie der 16jährige Rechtschüler Gerhard sich vor der Strafkammer aus § 175 des Strafgesetzbuchs (Verkehr von Mann zu Mann) zu verantworten. Der gleichfalls angeklagte 16jährige Apothekerlehrling Frits Siering aus Wilmersdorf hatte, als ihm in der vergangenen Woche die Terminvorladung zugestellt wurde, vor den Augen der übrigen Angestellten dadurch Selbstmord verübt, daß er eine große Dosis Morphium verschluckte und dann in den Keller hinunter ging, um in einer dunklen Ecke den todbringenden Schlaf zu erwarten. — In der Verhandlung, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, beantragte der Staatsanwalt gegen Kreisfchmar neun, gegen Gerhard sechs Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf nur drei Monate Gefängnis gegen Kreisfchmar, rechnete ihm auch zwei Monate der Untersuchungshaft an, gegen Gerhard auf drei Wochen Gefängnis.

### Betrugsanfrage gegen einen Doktor.

Gegen den in Groß-Lichterfelde ansässigen und dort sehr bekannten praktischen Arzt Dr. med. Hans Sigismund Jaspis war eine Anklage wegen Betruges erhoben worden, die seinerzeit vor dem Lichterfelder Schöffengericht mit der Verurteilung des Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis endete. Der Angeklagte, der ein sehr großes Vermögen seiner Ehefrau verwalte, hatte mit dem Hauseigentümer Reumann in Schöneberg, der zwei Aufnahmen einer Hypothek 45.000 M. suchte, ein Abkommen dahin getroffen, daß er ihm nebst anderen Werten auch 10.000 M. in Aktien der Niederschlesischen Portland-Zementfabrik Neulitz, die nicht börsennotiert waren, zum vollen Werte in Zahlung gab. Er soll die Aktien auf Verlangen als gut, ausfallslos und das Unternehmen selbst als gut fundierte Neugründung bezeichnet haben. Diese Angaben erachtete das Gericht für wesentlich falsch und verurteilte den Angeklagten zu der genannten

Strafe. Gegen das Urteil hatte Dr. Jaspis Berufung eingelegt, die gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts II zur Verhandlung kam. Auf Grund einer umfangreichen Beweisaufnahme erachtete das Gericht die Angaben des Angeklagten, daß das Unternehmen ein gut fundiertes und eine Neugründung sei, objektiv für nicht der Wahrheit entsprechend. Das Gericht war aber andererseits der Meinung, daß den Angeklagten subjektiv kein Verschulden trifft, da er sehr wohl optimistischer Auffassung über die Rentabilität und Zukunft des Unternehmens sein konnte. Aus diesen Gründen hielt das Berufungsgericht das erste Urteil für nicht haltbar und erkannte auf kostenlose Freisprechung des Angeklagten.

## Aus der Frauenbewegung.

### Mainnummer der „Gleichheit“.

Die „Gleichheit“, das Organ der sozialistischen Frauen Deutschlands, ist unbestritten eine unserer wertvollsten politischen Zeitungen. Sie ist geradezu ein Musterbeispiel dafür, was auf einem beschränkten Raum in theoretischer Aufklärung und praktischer Agitationsarbeit geleistet werden kann. Den weiter fortgeschrittenen gewähren die theoretischen Artikel der „Gleichheit“ mit ihrem tiefdurchdachten Inhalt, neben dankenswerten Anregungen, die das Wissen bereichern, die Erkenntnis ausdehnen lassen, wegen ihres glänzenden Stiles als Zugabe auch noch ästhetischen Genuß. Und kein Gebiet der Gesellschaftswissenschaft bleibt unberücksichtigt! Für die Agitation, in Versammlungen, in der Werkstatt, in der Familie ist das Organ eine Fundgrube wertvollen Materials. Eine regelmäßige Beilage dient der Unterhaltung, bietet den Lesenden gesunde Lektüre und den Müttern schätzenswerte Fingerzeige in Erziehungsfragen. Und ganz besondere Anerkennung verdient die diesmalige Mainnummer. In ihr kommen die Vorzüge der „Gleichheit“ in hervorragender Weise zur Geltung und sie ist auch ein Spiegel der Internationalität der Arbeiterbewegung. In großen Strichen gibt Rosa Luxemburg einen historischen Abriss über die kapitalistischen Gewaltmaßnahmen zur Unterdrückung der Waise. Besondere Verdienstigung erfährt die russische Revolution. Dann folgt ein warm empfundener Nachruf für unseren Ignaz Auer. Wie geben daraus nachfolgende Sätze wieder, die sich mit dem Verhältnis des Verstorbenen zur Frauenbewegung beschäftigen:

„Auer stand vielfach in dem Rufe, ein grundsätzlicher Gegner der proletarischen Frauenbewegung zu sein. Unseres Dafürhaltens zu Unrecht. Wohl hat er sich gelegentlich scharf gegen manche Lebensäußerung der proletarischen Frauenbewegung gewendet, in welcher der Kampf der Genossinnen um gleiches Recht der Mitarbeit und der Wertung ihrer Tätigkeit zum Ausdruck kam und zum Ausdruck kommen mußte. Er erachtete besorgt als Anlaß zu frauenrechtlicher Quereiberei, was geschichtlich bedingt war nicht bloß durch die unvermeidlichen Ähnlichkeiten der aufstrebenden jungen Bewegung, sondern auch durch die Tatsache, daß erst der Massenkampf dem deutschen Proletariat Stückweise den Billigerzopf des Vorurteils gegen die Frauen abzuweiden muß. Wohl hat Auer auch im Unmut über sachliche Gegnerschaft in Parteifragen Genossinnen als Frauen mit der Länge seines Spottes überschüttet. Aber dies weniger aus eingetragener Spießbürgerei, als weil er es stets mit dem Spruche hielt: „Die Regel, die den Feind schlägt, ist die höchste.“ Er wußte, daß er dank des oben hervorgehobenen Umstandes mit derartigen Witzchen die Feder und leicht den Erfolg auf seine Seite belam, und er trug es nicht nach, wenn ihm entsprechend geantwortet wurde. Wer hinter den Schein von Auers gelegentlichen Schärmen mit den Genossinnen blickte, der erfuhr, daß er durchaus kein Gegner der proletarischen Frauenbewegung als Teil des proletarischen Klassenkampfes war. Umgekehrt: er hat sie von ihren ersten Anfängen an praktisch gefördert. Wie Geiß, so unterstützte er durch Vorträge eine der ältesten sozialdemokratischen Frauenorganisationen: den Frauen- und Mädchenverein in Hamburg, der dort im Anfang der 70er Jahre entstand und an den allgemeinen deutschen Arbeitervereinen angeschlossen war. Und Auer's Verständnis für unsere Frauenbewegung ist in dem Maße gewachsen, als sie zu grundsätzlicher Arbeit gelangte und sich kraft innerer Notwendigkeit auch äußerlich immer mehr durchsetzte. Auf dem Parteitag zu Mainz 1900 ist er bei Beratung des neuen Organisationsstatuts in wärmster Weise für das Recht der Frauen eingetreten. Den führenden Genossinnen war er jederzeit aus dem Saal seiner weisen praktischen Erfahrung ein secundärer Berater. Als Mitglied des Parteivorstandes war er ein Befürworter aller Maßregeln, ein Bewilliger aller materiellen Mittel geworden, deren die proletarische Frauenbewegung zu ihrer Entwicklung bedurfte. Und er erwies sich ihr gegenüber auch darin als der kluge, erfahrene Praktiker, daß er — bei allem Festhalten an dem einheitlichen Charakter der gesamten modernen Arbeiterbewegung — die Notwendigkeit von Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit ihrerseits anerkannte. Nicht nur der große Vorkämpfer des einen revolutionären Proletariats, der aufrichtige Förderer der proletarischen Frauenbewegung hat den Kranz verdient, den Genossin Waader im Namen der deutschen Genossinnen an Auer's Grabe niederlegt.“

Ueber den internationalen Charakter der Waise schreibt in klaren, frischen Zügen S. Roland-Holst-Holland. In geschickter Weise schießt sie in die allgemeinen Erörterungen die über die sittliche und kulturelle Bedeutung der Verkürzung der Arbeitszeit hinein. Otilie Waader hat es unternommen, der „Arbeiterin als Gattin und Mutter“ die Bedeutung der Waise vor Augen zu führen. Ein weiterer Artikel, von Hilga Porssinen-Finnland, deutsch von Adelaide Burglem, verdient besondere Würdigung. Die Genossin schildert nicht nur das, was die Ueberschrift des Artikels: „Beteiligung der Frauen an den Wahlen“ verspricht, sie läßt auch in scharfen Konturen die politische Bedeutung der Frauenbewegung erkennen und erscheint uns so ungewohnt als Mahnerin; ihr Artikel ist eine Apologetik der Frauenbewegung. Sie schildert den Sieg der Sozialdemokratie durch die glänzende politische Haltung der finnischen Frau als Wählerin. Und indem sie nachweist, daß die Frauenbewegung die Quelle neuer Kraft für die parlamentarische Vertretung war, läßt sie uns ahnen, was geschehen konnte ohne die Frauenbewegung. Sie schreibt u. a.:

„Die Genossinnen haben redlich das Ihrige zu dem großen Siege der Sozialdemokratie beigetragen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Einführung des Frauenstimmrechts die Zahl der sozialdemokratischen Wähler zum Nachteil der bürgerlichen Parteien bedeutend answachsen ließ. Doch aber diese Wirkung trat ein, ist nicht zum wenigsten das Verdienst der sozialdemokratischen Frauenbewegung, die seit langen Jahren in geduldiger Arbeit durch mündliche und schriftliche Agitation die Frauen des Volkes aufgeklärt und für die sozialdemokratischen Ideen gewonnen hat.“

Es sei noch erwähnt, daß der Wert des Artikels erhöht wird durch die Beigabe einer guten Illustration, welche uns ein Wahllokal vorführt, in dem sich alte Wähler zur Wahlurne drängen. — Dora Duncker predigt in eindringlichen Worten den Schutz der Wähler als Born des Lebens, als Urquell der Volkskraft: Schutz der Mutter ist Schutz der Menschheit! — Adelaide Bopp in Wien löst in dankenswerter Weise die Aufgabe, die Bedeutung der Waise für den Kampf um das Wahlrecht in Oesterreich zu schildern. — In einem instruktiven Artikel untersucht Frida Wulff, wie die Verkürzung der Arbeitszeit auf die gewerkschaftlichen Arbeiterinnen-Organisationen wirkt. — Angelika Malabanoff feiert den Weltmarkt als Kämpferin der Befreiung der Frau von der Geschlechtsklaverei. — Ueber „Die Anforderungen der Dienstmädchen“ schreibt Frau Levin

Grandberg. — Dann folgt eine kritisch gehaltene politische Rundschau von G. W. und eine informierende gewerkschaftliche Rundschau, und Therese Schleginger berichtet in einem besonderen Artikel über den Sieg der Wiener Schneiderinnen. Der sonst sehr reichhaltige Notizenenteil, in dem man wertvolle agitatorische Beiträge aus ganz Deutschland findet, ist diesmal zugunsten der Maiartikel etwas mager ausgefallen. Eine Seite der Mainnummer gehört den Dichtern. Sie enthält stimmungsvolle, dem Reiztag entsprechende Verse aus Faust 2. Teil, dann folgen noch Beiträge von Franz Dietrich: „Hymnus“ und von Otto Krille: „Der Schönheitsjäger“. Die Beilage bringt ein Gedicht von Eichendorff: „Frühlingsmarch“, einen besprechenden Artikel über: „Die Gefahren des Wochenbeitrages“ von Hannah Dorisch-Jülich, ein Gedicht „Frühling“ aus den Tagebuchblättern von Arno Holz, eine Plauderei über „Die gute Stube“ von R. D., Notizen und Mitteilungen für Mütter und Hausfrauen und zum Beschluß ein kleiner poetischer Kämpfer „Der erste Mai“ von Jenny Harn-Hamburg. Die Reichhaltigkeit und Gebiegenheit der Nummer wird die hochgespannten Erwartungen sicher noch übertreffen, darum kann deren Beschaffung jeder Genossin und jedem Genossen nur dringend empfohlen werden.

**Die acht englischen Luete.**

London, 29. April. Im Hyde Park fand gestern ein Meeting der Frauenrechtlerinnen statt. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, in der wegen der politischen Rechtslosigkeit der Frauen das Parlament ersucht wird, einen Gesetzentwurf anzunehmen, der die Frauen logischerweise auch von der Steuerzahlung befreit. Nach dem Meeting gelang es den Frauenrechtlerinnen nur unter großen Schwierigkeiten, den Hyde Park zu verlassen, da mehrere tausend Männer und junge Burshen sich ihnen entgegenstellten und sie auspöfften. Polizei mußte einschreiten und den Frauen einen Weg bahnen.

**Versammlungen.**

**Eine Bauarbeiterversammlung aufgelöst.**

Der Verband der Bauarbeiter hielt am Sonntag eine Generalversammlung in Freyers Festsälen ab, die außerordentlich stark besucht war. Vötker erstattete den Kassenbericht vom 1. Quartal 1907: Zu dem Bestand von 81 821,09 M. vom Jahre 1906 kommt die Quartalsbeimahme von 86 021,88 M., das ergibt die Summe von 147 842,97 M. Die Ausgaben betragen 62 176,84 M. Es bleibt also ein Bestand von 85 666,11 M. Auf Antrag der Revisoren wurde der Kassierer entlastet. Eine Vermängelung des Berichts von Seiten einzelner Mitglieder, veranlaßte zwei Revisoren, ihre Remter niederzulegen. Vötker wies die Vermängelung seines Berichts als grundlos zurück. — Die Wahl des Ausschusses, die nach den Verhandlungen von der Generalversammlung vorzunehmen ist, ergab das folgende Resultat: den Ausschuh bilden Julius Gruppe, Ernst Heidemann, Emil Starf, Albert Schöndorf, Fritz Neumann. Unter lebhafter Zustimmung der Versammelten sprach ein Redner die Erwartung aus, daß die Gewählten auch politisch organisiert sind. — Die zwei Revisoren, die ihr Amt niedergelegt hatten, wurden von der Versammlung wieder gewählt. Die Ersatzwahl eines Revisors im Zweigvereinsvorstand war notwendig geworden und die Versammlung wählte Fritz Krüger.

In bezug auf die Maifeier wurde folgende Resolution angenommen: Die in Freyers Festsälen am Sonntag, den 28. April, tagende Versammlung der baugewerblichen Hilfsarbeiter be-

schließt: Um die Maifeier würdig, wirksam und demonstriert zu gestalten, ist es jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Die Arbeitsruhe ist als die würdigste Feier des Tages zu betrachten. Die Versammlung spricht die Erwartung aus, daß jedes Mitglied aus Idealismus die Arbeit ruhen läßt und prinzipiell sich dafür entscheiden wird. Ferner wird ermahnt und gehofft, daß sich kein Mitglied durch die Ausperrungsmanöver des Unternehmertums einschüchtern läßt, sondern daß Mann für Mann an der Feier teilnimmt.

Die Frage der Erhöhung der Beiträge, wie sie vom Verbands-tage beschlossen worden ist, entzweite eine stürmische Diskussion, so daß der Vorsitzende die Versammlung einmal auf einige Minuten vertagen mußte. Vötker unterbreitete der Versammlung den Vorschlag des Vorstandes, die Erhöhung des Sozialbeitrags von 5 Pf. fallen zu lassen und dafür die Erhöhung des Verbandsbeitrags um 10 Pf. anzunehmen. Dadurch würden nur 5 Pf. mehr gezahlt werden. Dieser Vorschlag fand ebenfalls auf heftigen Widerspruch. Einige Redner machten geltend, daß bei einem Stundenverdienst von 50 Pf. ein Wochenbeitrag von 60 Pf. zu hoch sei. Als ein Redner auf die Verhandlungen über diese Frage auf dem Verbands-tage näher eingehen wollte, bildete der Vorsitzende dies nicht. Dadurch entstand ziemlich viel Lärm und der überwachende Polizeileutnant löste die Versammlung auf.

Wie sehr der Beamte sich über die Stimmung in der Versammlung äuserte, ist daraus zu ersehen, daß er dem Vorsitzenden höflichst anbot, unter seinem Geleit den Saal zu verlassen, so bedrohlich sah er die Haltung der Versammlung gegen den Vorsitzenden an. Verwundert lehnte Kriebow das Anerbieten ab.

Der Zentralverband der Zimmerer hielt am Sonntag bei Dittin seine regelmäßige Delegiertenversammlung ab. Zu dem im Druck vorliegenden Abrechnung bemerkte der Kassierer Wellow, daß die Abrechnung die Zeit vom 18. Dezember 1906 bis zum 12. April umfaßt und daß, verursacht durch die beitragsfreien Wintermonate, die Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Der Bestand der Sozialkasse beträgt 105 738,20 M., gegen 114 173,75 M. am Jahresfchluß. Dann erstattete Howie hier Bericht von der 17. Generalversammlung des Verbandes. In längeren Ausführungen gibt er einen Überblick über den Verlauf und die Beschlüsse des Verbandstages. Die Diskussion über den Bericht wurde vertagt. Anschließend an den Bericht erfolgte die Wahl des Verbandsausschusses, da Berlin wiederum als Sitz desselben bestimmt ist. Gewählt sind Kube, Engelhardt, R. Schulz, Venada, Fr. Simon, Grise und Gesche. Zu der dies-jährigen Maifeier bringt der Vorstand in Vorschlag, es so zu handhaben wie im Vorjahre. Die im Stadtkreis Berlin wohnenden Kameraden versammeln sich im großen Saale der Brauerei Friedriehshain, während die Kameraden der Vororte sich den Versammlungen der Gewerkschaftskartelle anschließen und sich an den besonnenen Stellen treffen. Beschllossen wird, nur an Verbandsmitglideder, wenn diese sich durch ihr Mitgliedsbuch legitimieren, welches in Ordnung sein muß, Maimarken auszugeben, und daß die Kameraden, welche wegen der Maifeier ausgesperrt werden, sich sofort am anderen Tage in den Bezirken zur Kontrolle zu melden haben. Alles Nähere wird noch durch Handzettel bekannt gegeben. Von der vorigen Versammlung ist nachzutragen, daß gegen die Mitglieder Diedrich und Biesel, die in der Treppenfabrik von Geisler, Dieffenbachstraße, als Arbeitswillige fungierten, der Ausschuh beim Zentralvorstand beantragt ist.

Die freie Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter hielt am Montag ihre Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom 1. Quartal 1907 ergab eine Einnahme von 5737,90 M. und eine Ausgabe von 4331,75 M., mithin einen Ueberschuh von 1386,15 M. Unter den Ausgaben sind besonders zu erwähnen je 1000 M. zurückgezählte Darlehen an die Maurer und Zimmerer. Die ausgesperrten Tischler haben 1260 M. erhalten und im eigenen Beruf

sind 461 M. ausgegeben worden. Im vergangenen Quartal sind 142 Mitglieder aufgenommen worden. Nur gegen einen Kollegen erhoben sich Einwendungen und wird dieser Fall dem Vorstande zur weiteren Recherche überwiesen. Zur Maifeier wurde einstimmig die Arbeitsruhe beschlossen. Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß nach Schluß der Raiberfassung ein gemeinsamer Spaziergang in zwanglosen Gruppen nach Treptow stattfindet. — Zur Tischler-ausperrung beantragte der Vorstand, daß für die Monate April und Mai 4 Extramarken a 50 Pf. gelebt werden sollen. Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme dieses Antrages.

Kunnebe erhielt Genosse Dr. Alfred Bernste in das Wort zu seinem Vortrage über „Die soziale Frage, beleuchtet vom hygienischen Standpunkt“. An der Diskussion beteiligten sich Kleinlein, Blücher, Niediger und Wilmis. Unter Organisationsangelegenheiten gab Kamenz ein Schreiben des Parteivorstandes bekannt, in welchem derselbe anfragt, ob die Organisation geneigt ist, Grundsätze zu vereinbaren, nach denen ein Anschluß der freien Gewerkschaften an die Zentralverbände ausführbar erscheint. — Da die Versammlung schon 3 Stunden getagt hatte, wird der Vorstand beauftragt, in Wäde eine General-versammlung einzuberufen, in welcher diese Angelegenheit besprochen werden soll.

**Kupferindustrie.** In der am Donnerstag im Gewerkschaftshause abgehaltenen Versammlung der Filiale Berlin des Verbandes der Kupferindustrie erstatteten die Delegierten den Bericht von der Generalversammlung. Eine Resolution, welche sich mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden erklärte, wurde einstimmig angenommen. Zur Frage der Maifeier wurde ein Antrag gestellt und angenommen, welcher besagt, daß in den reinen Kupfer-schmiedebetrieben, wo 1/2 sich für die Feier erklären, die Arbeitsruhe stattfindet. Mitglieder in gemischten Betrieben, Maschinen-fabriken usw. haben sich nach den Werkbeschlüssen zu richten. Weiter wurde beschlossen, den Maibeitag der arbeitenden Kollegen von 1 M. auf 2 M. zu erhöhen und den sich ergebenden Betrag den ausgesperrten Holzarbeitern zu überweisen. Nach schon früher gefassten Beschlüssen erhielt die Holzarbeiter eine einmalige Rate von 100 M. und eine laufende Unterstützung von 50 M. pro Woche. Des weiteren wurde angeregt, recht zahlreich in die Wahlvereine einzutreten.

Die bei Innungsmeistern beschäftigten Schmiede hielten am letzten Donnerstag eine außerordentlich zahlreich besuchte Ver-sammlung ab, um in allererster Linie zum 1. Mai Stellung zu nehmen. Sämtliche Tische mußten aus dem Saale entfernt werden, und trotzdem konnte der Saal von Wille in der Brunnenstraße die Erschienenen kaum fassen. Nach einem Referat des Kollegen A. Schlinz wurde unter eingehender Würdigung der momen-tanen Verhältnisse nahezu einstimmig beschlossen, auch in diesem Jahre den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. Mitgeteilt wurde noch, das an denselben Tage auch die Arbeitgeber eine Versammlung einberufen hatten, um ihrerseits Stellung zu nehmen. Die Versammelten waren jedoch der Ansicht, daß die Beschlüsse der Arbeitgeber keinerlei Einfluß auf ihre Beschlussfassung ausüben können. — Ferner wurde in dieser Versammlung Stellung zu dem kürzlich erfolgten Wechsel des Herbergschmittes auf dem Rad-weis der Berliner Schmiedeinung genommen. Der frühere Herbergschmitt war aus den Reihen der Gesellen von der Innung eingesetzt worden, da derselbe jedoch den Wünschen der Meister nicht genügend nachkam, wurde er derzeitig gekündigt. Der neue Herbergschmitt war zu der Versammlung eingeladen und auch erschienen. Er versprach, seinen Kasten zur Zufriedenheit beider Teile gewissenhaft zu versehen. Die Versammelten liehen ihm jedoch keinen Zweifel darüber, daß sie verlangen, daß der Arbeits-nachweis sowie die Herberge nach modernen Grundsätzen geleitet werden soll. — Mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung wurde die imposante Versammlung geschlossen.

Mittwoch, den 1. Mai:

**Mai-Versammlungen 1907**

der im

**Gewerkschafts-Kartell für Berlin und Umgegend vereinigten Organisationen.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Die Bedeutung des 1. Mai.**

**Bauarbeiter.**

„Englischer Garten“, Alexanderstr. 27a, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Karl Wiefenthal.

**Fliesenleger u. Hilfsarbeiter sowie Glaser.**

„Neues Klubhaus“, Kommandantenstr. 73 — unterer Saal —, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Hermann Puttlich.

**Isolierer u. Steinholzleger.**

„Voetters Festsäle“, Weberstr. 17, nachmittags 3 Uhr. Referent: Genosse Gustav Jaglin.

**Kürschner.**

„Altes Schützenhaus“, Linienstr. 5, vormittags 10 Uhr. Referentin: Frau M. Jeehe.

**Tapezierer.**

Anschluß nach Friedrichshagen. Abfahrt früh 8 Uhr 52 Min. vom Schleifischen Bahnhof; von allen anderen Stationen der Stadt- und Ringbahn entsprechend früher oder später. Treffpunkt 10<sup>1/2</sup> Uhr in Friedrichshagen, „Gesellschaftshaus“, Kielow, Friedrichstr. 69. Für Nachzügler: nachmittags 3 Uhr im Restaurant „Teufelssee“. Gäste willkommen.

**Maler.**

Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Andreas Kleinlein.

**Maurer.**

Brauerei Königsbad, Schönhauser Allee 11/12, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Fritz Kater.

**Metallarbeiter.**

„Sophien-Säle“, Sophienstr. 17/18, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Julius Gehl.

**Musikinstrumenten-Arbeiter**

Graumann, Raumnstr. 27, vormittags 9 Uhr. Referent: Genosse Ernst Obft.

**Rohrer.**

Carl Patt, Dragonerstr. 15, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Karl Thieme.

**Schiff- und Bootsbauer.**

Galwah, Stralauer Allee 17a, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Karl Rüdychen.

**Tischler, Zinn-, Zink- und Bleigießer.**

(Lehtere treffen sich morgens 8 Uhr, Wäckerstr. 18 bei Grundmann.) Joels, Köpenickerstr. 187/188, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Ernst Rieger.

**Töpfer.**

„Königsbad“, Gr. Frankfurterstr. 117, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Fr. Herrmann.

**Zimmerer.**

Böhmisches Branhaus, Landsberger Allee 11—13, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Fritz Wille.

**Gruppenversammlung.**

Daran nehmen teil: Wästermacher, Konfektionsarbeiter, Verein der Frauen und Mädchen, Sandbienen, Packer usw., Marktschallarbeiter, Barbier und Stukkateure. „Volkshaus“, Uderstraße 123, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Ehrhard Schlenker.

**Vereinigte Gewerkschaften Rixdorfs.**

„Gröplers Bürgerhäle“, Vergstr. 147, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Paul Wehrle.

**Vereinigte Gewerkschaften Charlottenburgs.**

Schulz (oberer Saal), Kaiser Friedrichstr. 124, vormittags 10 Uhr. Referent: Genosse Gustav Alhelm.

Die Organisationsmitglieder treffen sich eine Stunde vor Beginn der Versammlung in in ihren Verkehrslokalen und begeben sich dann zu den Versammlungen.

**Die Versammlungen finden mit Frauen statt.**

Ueber den Verlauf der Versammlungen ist dem Bureau des Kartells Mitteilung zu machen. Jede Organisation hat ihre Versammlung selbst anzumelden.

Der Ausschuh.

# Holzarbeiter.

Nach dem Beschluß der Vertrauensmänner-Versammlung soll der 1. Mai durch Arbeitsruhe begangen werden. Die Ortsverwaltung erwartet von allen Mitgliedern die strikte Einhaltung dieses Beschlusses.

## Die Maierversammlung

findet statt:  
vormittags 10 Uhr, in der „Neuen Welt“,  
Hasenheide 108-114.

Referent: Reichstags-Abgeordneter **Paul Singer.**

Die Mitglieder der einzelnen Branchen treffen sich um 8 Uhr vormittags in folgenden Lokalen:

- Klavierarbeiter** bei Möhring, Admiralstr. 18c.
- Stockerarbeiter** bei Bareinz, Brandenburger Ufer 6.
- Jalousiearbeiter** im Gewerkschaftshause.
- Modellschler** bei Schmidt, Gartenstr. 6.
- Rahmenmacher** bei Stramm, Ritterstr. 123.
- Kammacher** bei Walter, Adalbertstr. 62.
- Perlmutterarbeiter** bei Perret, Köpenickerstr. 32.
- Bürstenmacher** bei Lindemann, Moritzstr. 9.
- Kistenmacher** bei Baudach, Breslauerstr. 28.
- Bodenleger** im Gewerkschaftshause.
- Sinsetzer** im Gewerkschaftshause.
- Stellmacher** bei Wohlfahrt, Rosenthalerstr. 57.
- Vergolder** bei Merkowski, Andreasstr. 26.
- Korbmacher** bei Krause, Muskauenerstr. 20.

Die **Tischler, Polierer, Maschinenarbeiter** und **Drechsler** treffen sich in den Lokalen, in denen sie ihre Werkstattitzungen abhalten und gehen von dort nach der „Neuen Welt“.

Die **Holzarbeiter** der östlichen Vororte treffen sich früh 8 Uhr in **Lichtenberg** bei Wildner, Friedrich Karlstr. 11b; in **Friedrichsfelde** bei Bartalein, Prinzen-Allee 59; in **Rummelsburg** Goethestr. 11.

Die Holzarbeiter **Moabits** treffen sich früh 8 Uhr an der Moabiter Brücke (Restaurant Hube). Abmarsch punkt 8 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Jeder feiernde Kollege erhält zur Kontrolle in der „Neuen Welt“ eine Maimarke.

### Achtung! Arbeitslose!

Die **Arbeitsnachweise** sind am 1. Mai geschlossen. Die **Arbeitslosenkarten** brauchen an diesem Tage nicht abgestempelt zu werden.

### Streikende und Ausgesperrte!

Die Kollegen versammeln sich um 8 Uhr in ihren Kontrolllokalen und gehen gemeinsam nach der „Neuen Welt“.

Eine **Abstempelung** der Streikkarten findet an diesem Tage nicht statt. Das **Bureau der Streikleitung** im Gewerkschaftshause ist geschlossen.

### Das Verbandsbureau

ist am 1. Mai den ganzen Tag geschlossen.

### Achtung! Mai-Ausgesperrte!

Die wegen der Maiseier ausgesperrten Kollegen melden sich am 2. Mai vormittags von 9 bis 12 Uhr im Gewerkschaftshause, Quergebäude, Saal I.

Wird die ganze Werkstatt ausgesperrt, so meldet nur der Werkstatt-Vertrauensmann wie sonst beim Streik die in seinem Betriebe ausgesperrten Kollegen.

85/12\* Die Ortsverwaltung.

**Achtung!**

**Achtung!**

## Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Den Verbandskollegen zur Nachricht, daß der Zweigvereinsvorstand und mit ihm die am 26. d. M. stattgefundene Vertreteritzung nach wie vor auf dem Standpunkte stehen, **den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern.**

Die Versammlungslokale werden durch den Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission im „Vorwärts“ bekannt gegeben.

Jeder Kollege, welcher den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiert, erhält in der Maierversammlung oder in den von den vereinigten Gewerkschaften der Vororte am Vormittag des 1. Mai abgehaltenen Versammlungen einen Stempel im Verbandsbuch.

**Ausgesperrte** haben sich vom 2. Mai ab im Verbandsbureau zur Kontrolle zu melden. 139/4\*

Es empfiehlt sich, daß sich die Kollegen am 1. Mai früh in ihren Verkehrslokalen treffen, um gemeinsam zur Maierversammlung zu gehen.

Der Zweigvereinsvorstand.

## Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

## Caramel-Malzbier

Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu.  
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährenden Mütter etc.

Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

3466L\*

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

### Achtung! Rohrleger und Helfer!

Die Kollegen treffen sich am 1. Mai früh 9 $\frac{1}{2}$  Uhr bei Franke, Sebastianstr. 39, und gehen dann nach der Versammlung im Palais-Theater.

Die Sitzung der erweiterten Verwaltung findet am **Donnerstag, den 2. Mai, abends 8 Uhr,** im Gewerkschaftshause, Saal 1 statt. 117/15

Besondere Einladungen ergehen nicht. Die Ortsverwaltung.

### Werder a. d. H.

### Achtung! Maiseier. Achtung!

Die diesjährige Maiseier für Werder a. d. H. und Umgegend findet am Mittwoch, den 1. Mai statt. Morgens 9 Uhr: Versammlung im Kochschen Lokale, Fischerstraße 98. Nach der Versammlung: Ausgabe der Maimarke. Am Tage Konzert. Abends Ball. 289/15\* Die Genossen, welche an diesem Tage zur Blüte nach Werder kommen, machen wir besonders aufmerksam. Das Gewerkschaftskartell.

## Tanzlehrer-Verband „Solidarität“.

Berlin u. Umgegend.

Den Kollegen zur Nachricht, daß die Monats-Versammlung am Freitag, den 3. Mai 07, 1/2 10 Uhr, bei Pirnan, Frankfurter Allee Nr. 106, stattfindet.

Erscheinen aller Kollegen erwartet 8775

Der Vorstand.

## Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-Reste! Moquette. Plüsch. Sattelstaschen. Mustar b. näh. Angabe franko. Emil Lefevre, Berlin, 158. Oranienstr.

## Verband der haugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschl.

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Wir machen hierdurch unseren Mitgliedern bekannt, daß ebenso wie in den früheren Jahren am 1. Mai die Maimarken in sämtlichen Bezirkslokalen in der Zeit von 7-9 Uhr vormittags zur Ausgabe gelangen. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in der angegebenen Zeit in das ihm am nächsten liegende Verkehrslokal zu gehen und sich durch Vorlegen seines Mitgliedsbuches eine Maimarke abzuholen. Ohne Mitgliedsbuch keine Marke.

Ganz besonders machen wir darauf aufmerksam, daß laut Verbandsstagsbeschlusses zu Hamburg der Beitrag für Berlin und Umgegend vom 1. Mai ab 65 Pf. pro Woche beträgt. Die Kassierer bzw. Hauskassierer mögen hiervon Kenntnis nehmen. 33/19\*

Der Zweigvereinsvorstand.

### Achtung!

### Achtung!

## Arbeiter, Parteigenossen Berlins u. Umg.!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als stichhaltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, gegen diese Geschäfte das Mittel des Boykotts in Anwendung zu bringen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Wir appellieren deshalb mit Gegenwärtigem an die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgegend, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nachstehende Geschäfte meiden zu wollen:

### Osten:

Bohne, Landsbergerstr. 79.  
Lucian, Landsbergerstr. 56.

### Süden:

Eders u. Dyckhoff, Dranienstr. 48.  
Karl Stier, Dranienstr. 166.  
Konfektionshaus Böhm, Stalitzerstr. 39.  
Schulmeister, Dresdenerstr. 4.

### Zentrum:

Weltmann Nachf. Stephan Eders, Kaiser Wilhelmstr. 41.

Die Firma **Veineweber**, Kölnischer Fischmarkt und Dranienstraße, lehnt es ab, die von ihr ausgesperrten Kollegen wieder einzustellen. Die Werkstatt ist mit Streikbrechern besetzt.

Die Firma **Peet u. Kloppenburg** lehnt die Entlassung der Streikbrecher ab. Wir bitten dies in gebührender Weise zur Kenntnis zu nehmen.

Alle übrigen Geschäfte sind als frei zu betrachten.

Unsere Forderungen anerkannt bzw. Verträge mit uns abgeschlossen haben folgende Firmen:

„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.  
Baer Sohn, Chausseestr. 24, Brückenstr. 12 und Große Frankfurterstraße.  
Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 141 und Franzstr. 15.  
Haake, Landsbergerstr. 91.  
Zach, Gr. Frankfurterstr. 132.  
„Witz“, Gr. Frankfurterstr. 137, Chausseestr. 80, Rosenthalerstr. 9 und Kommandantenstr. 43.  
Max Monheim, Frankfurter Allee 112.  
Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.  
Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.  
Bernh. Baer, Rosenthalerstr. 5.  
Nietzmüller, Rollenmarkt.  
Th. Juras, Chausseestr. 79.

### Westen:

Kaplan, Friedrichstr. 1.  
S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.  
Karl Stier, Potsdamerstr. 113a.  
Landsberger, Friedrichstr. 108.  
Thiery u. Sigrand, Friedrichstr. 179.  
Wandsb. Burger, Friedrichstr. 7.  
Wandsb. Burger, Turmstr. 30.  
Eders u. Dyckhoff, am Dönhofsplatz.

Amerikan. Verkaufshallen, Weinmeisterstr. 1.  
F. Wand, Chausseestr. 80a.  
Feste u. Lehrer, Kotluiser Damm 78.  
Ad. Worman, Kotluiser Damm 77.  
Gebr. Schweriner, Chausseestr. 113.  
Verkaufshalle Vulkan, Große Frankfurterstraße 5 und Frankfurter Allee 134.  
Behrendt, Grüner Weg 84.  
Ringel, Chausseestr. 31 und Brunnenstr. 47.  
Levy u. Co., Brunnenstr. 50 und Wilmersdorferstr. 47.  
Wendit, Brunnenstr. 68.  
Vornstein, Brunnenstr. 181.  
Pittmann, Dranienstr. 2.  
Kommandithaus Schendel, Dranienstr. 88.  
Schendel, Rosenthalerstr. 8.

### Verband der

Schneider, Schneiderinnen u. verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Filiale Berlin, Michaelkirchplatz 1, parterre. 120/26\*

Partei-Angelegenheiten.

Schöneberg. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet die Versammlung des Wahlvereins bei G. Obst, Reiningersstr. 8, statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Vortrag: „Die alte und die neue Internationale“. Referent: Redakteur G. Bernuth. 2. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Die Genossen werden ersucht, zeitig zu erscheinen. Der Vorstand. Reinickendorf. Die Reise findet im Osten statt beim Genossen Kamlow in Schönholz 14, im Westen beim Genossen Franke, Eichhornstraße. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Karlshorst. Den Genossen zur Nachricht, daß die zwangslösende Zusammenkunft am 1. Mai nachmittags im Verkehrslokal von Karl Grun, Prinz Adalbertstraße, stattfindet. Das Lokal von Königs, am Bahnhof Karlshorst, ist, da es nicht zur Verfügung steht, zu meiden. Der Vorstand.

Kallberge-Rüdersdorf. Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 8 Uhr, findet im Lokale von Hermann Grewe, Feinbstr. 19, eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Die Bedeutung des 1. Mai“. Von nachmittags 2 Uhr ab Konzert, um 6 Uhr Tanz. Die vereinigten Gewerkschaften von Kallberge-Rüdersdorf werden ersucht, sich zahlreich an der Feier zu beteiligen. Das Festkomitee.

Wilmerdorf. Die Genossen werden nochmals auf die heut abend 8 1/2 Uhr stattfindende Generalversammlung des Wahlvereins hingewiesen. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Treptow. Die Waierversammlung findet nachmittags 2 Uhr im Schulgebäude Gesellschaftshaus statt. Referent ist Genosse Dittmer-Berlin.

Spandau (Ronnenkamm). Am 1. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal von Schulz (Ronnenkamm) eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Jäck über den 1. Mai referieren wird. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer.

Berliner Nachrichten.

Die Beerdigung Robert Schweichels.

Auf dem Schöneberger Gemeindefriedhof trug man Robert Schweichel am Sonntag zu Grabe. Ein zahlreiches Trauergefolge hatte sich eingefunden. Männer und Frauen des Proletariats waren es, die dem Freiheitskämpfer und Volkskämpfer das letzte Geleit gaben. — Den Sarg, der in der Friedhofshalle aufgebahrt war, umstanden neben den Familienangehörigen des Verstorbenen eine Reihe Genossen, die uns allen als alte, im Dienste der Partei ergraute Führer bekannt sind. Durch seine beruflichen Vertreter brachte die Arbeiterklasse ihre letzten Ehrenbezeugungen dem Toten dar, der während seiner ganzen Lebenszeit für die Ideale des Proletariats kämpfte und arbeitete, der dem Freiheitssehnen des Volkes die dichterische Ausdruck zu geben verstand und sich in allem was er schuf als echter und rechter Volksmann bewährte. Schlicht und einfach wie die Lebensführung des Verstorbenen, war auch die Beerdigung.

Ein Sängerkorps stimmte das Lied an: „Wenn sich zwei Herzen scheiden.“ — Als der Schluffkord verlungen war, trat Genosse Weber an den Sarg. Er sagte: Als vor wenig Tagen die Nachricht durch das Land ging, Robert Schweichel ist gestorben, da war diese Kunde für uns, die den Verstorbenen kannten, eine schmerzliche Ueberraschung. Wenn das Glück beschiedene ist, das sechsundachtzigste Lebensjahr zu erreichen, der hat eine Altersstufe erlangt, die nur wenigen zu erreichen vergönnt ist. Wenn auch bei einem Manne in so hohem Alter der Tod nichts Unerwartetes ist, so stehen wir doch von tiefer Trauer erfüllt an diesem Sarge. Ein edler Geist hat aufgehört zu sein. Ein Herz, das allezeit von Begeisterung für die Sache des Volkes erfüllt war, hat aufgehört zu schlagen. Wir verehren in Robert Schweichel einen Mann im besten Sinne des Wortes, einen Mann, der nicht um Haarebreite abwich von dem, was er als Recht erkannte, einen Mann, der stolzerhobenen Hauptes durchs Leben ging und sich vor den Götzen des Tages nicht beugte. Er war ein Freund der Arbeiter, ein Freund des Volkes. Von Jugend auf trat er für die Hebung der Bildung des Volkes ein, von Jugend auf arbeitete er mit an der Verwirklichung der Ideale des Volkes. Wir sahen Robert Schweichel in seiner Jugend an der Seite Johann Jacobys kämpfen, wir sahen, wie er in Königsberg in Wort und Schrift als Kämpfer für die Rechte des Volkes auftrat. Dort gründete er den Arbeiterbildungsbereich und war auch in der Leitung des Vereins tätig. Aber der Sieg war nicht an seine Fahne geheftet. Die Reaktion setzte ein. Das bedeutete für Schweichel Verfolgung und Drangsalierung. Nirgends fand er eine Stellung, nirgends eine Stätte, wo er arbeiten konnte. So blieb ihm nichts übrig, als nach der Schweiz zu wandern, wo schon mancher, den die Reaktion verfolgte, ein Asyl gefunden hat. Auch Schweichel fand in der Schweiz eine neue Heimat. Dort schloß er den Bund mit seiner Lebensgefährtin, einen Bund, so glücklich, wie er nur immer sein kann. Jetzt sieht die treue Gefährtin am Sarge dessen, mit dem sie ein langes Leben hindurch in gleichem Fühlen und Streben verbunden war. Mit ihr trauern wir um den Verstorbenen. Als in Deutschland das politische Leben wieder erwachte, kam Robert Schweichel nach Berlin. Hier traf er mit Liebknecht zusammen. Beide arbeiteten nun gemeinsam für die Sache des Volkes, bis sie durch die Verhältnisse wieder getrennt wurden. Später trafen die beiden Männer in Leipzig wieder zusammen. Sie haben dort mit Mut und Entschlossenheit für die Arbeiterklasse gekämpft. Das war auch die Ursache, daß ihn die Leitung des Arbeitervereins beauftragte, auf dem Verbandstage 1888 die Berichterstattung über das soziale Programm zu übernehmen. Schweichels Beredsamkeit ist es mit zu verdanken, daß das Programm Annahme fand und der Verband deutscher Arbeitervereine sich der Internationalen Assoziation anschloß. Später kam Schweichel wieder nach Berlin. Er arbeitete nun in erster Linie als Schriftsteller und hat in zahlreichen Romanen und Romanen seine freiheitlichen Ideen in künstlerischer Form zu verarbeiteten gesucht. Die Partei und die Parteipresse ist ihm für das, was er auf diesem Gebiet leistete, zu Dank verpflichtet. Nun ist für Schweichel die Stunde gekommen, wo ihm der Tod das Werkzeug, mit dem er für die Ideale des Volkes arbeitete, aus der Hand geschlagen hat. Während eines langen Lebens hat er den Samen in die Herzen des Volkes gestreut, der aufsteigt und reiche Frucht tragen wird. In Hunderttausenden von Proletariats-herzen hat sich Robert Schweichel ein Denkmal errichtet. Hunderttausende von Proletariaten gedenken des Verstorbenen, sie werden in seinem Sinne und Geiste wirken bis an ihr Ende. So ruhe denn in Frieden, teurer Freund, wir werden in deinem Geiste weiterarbeiten.

Wieder tönte Gesang durch den Raum. Dann nahm ein Refe Schweichels, Sängers Du mas, das Wort. Seine Stimme gitterte von innerer Bewegung. Als Verwandter des Verstorbenen — sagte er — möchte ich des Dichters und Künstlers gedenken, der es br-

stand, die Idee, die ihn bewegte, in vollendeter künstlerischer Form zum Ausdruck zu bringen. Der Ruf, auf den er als ein Meister unter den Dichtern Anspruch hatte, ist ihm entgangen. Sein stolzer Geist durfte auch die ästhetischen Ehren verschmähen. Wir aber schulden ihm Dank für die Dichtwerke, in denen sein Geist auf uns wirkte. Im Namen der Familie rufe ich dem lieben Verstorbenen ein letztes Schloß wohl! nach.

Nun trug man den Sarg hinaus an die Gruft. Unter den feierlichen Klängen des Liedes: „Da unten ist Frieden“ senkte man ihn hinab. — Chefredakteur Volkrath von der „Berliner Volkszeitung“ trat als erster an die offene Gruft und widmete dem langjährigen Mitgliede und Leiter des Vereins Berliner Presse im Namen des Vereins einen Nachruf. Was der Verstorbene — sagte er — als Sohn und Freund des Volkes war, das ist soeben aus berufenem Munde gewürdigt worden. Was Schweichel für seine näheren Berufsgenossen getan hat in unentwandler Hingabe an ihre gemeinsame Sache, das soll ihm in unseren Kreisen unvergessen bleiben.

Hierauf traten auch die Vertreter unserer Parteiorganisationen an die Gruft und legten Kränze nieder, die sie mit kurzen Worten dem alten treuen Genossen, dem Freiheitsdichter widmeten. Durch Kränze und Deputationen waren vertreten: Der Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin, der Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow und der Wahlverein für Schöneberg, die sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, die Parteschule, die freie Volkshöhe, die Redaktionen der „Neuen Welt“, des „Hamburger Echo“ und des „Vorwärts“.

Langsam entfernte sich die Schar der Leidtragenden, einen letzten stummen Gruß nach der Stätte sendend, wo in kühler Gruft einer der Ihren, einer der Besten des Volkes in ewigem Schloß ruht, unversehrt von allen, denen er durch seine Werke ein lieber Freund geworden ist.

Betriebsstörung auf der Wannesebahn. Als Sonntag abend gegen 7 Uhr ein Vorortzug von der Station Groß Lichterfelde-West in der Richtung nach Berlin abfahren wollte, brach beim Anlassen der Lokomotive die Karbelsäure. Der Zug mußte daher liegen bleiben. Erst nach fast einstündigem Aufenthalt war eine Reservemaschine zur Stelle, die den Zug nach Berlin beförderte.

Ein Zusammenstoß zweier Automobile, der entsetzliche Folgen hätte haben können, fand am Sonntag abend gegen 8 Uhr am Lützowplatz statt. In der Nähe der Corneliusbrücke, da, wo vor kurzem die Autobrosche in den Landwehrkanal sauste, stieß das Privatautomobil des Fabrikbesizers Reinhardt mit der elektrischen Kraftdroschke 1032 zusammen. Durch den heftigen Anprall wurde der Chauffeur des letzteren Gefährtes auf das Straßenpflaster geschleudert, erlitt glücklicherweise jedoch nur leichte Verletzungen. Der führerlose Wagen rollte nun den Lützowplatz entlang, bis er gegen den Straßenbahnmast IV Nr. 61 stieß und diesen zertrümmerte. Kurz bevor dieser Zusammenstoß erfolgte, war die Insassin der Droschke, eine junge Dame, aus dem Gefährt herausgesprungen, und auch sie war, trotzdem sie auf das Straßenpflaster stürzte, ohne ernsthafte Verletzungen davongekommen. Beide Automobile erlitten durch den Zusammenstoß Beschädigungen am Vorderende.

Ein eigenartiger Straßeneinfall trug sich am Sonnabend abend gegen 1/2 7 Uhr vor dem Hause Müllerstraße 125 nahe der Kamerunstraße zu. Der Turmwagen Nr. 11 der Großen Berliner Straßenbahn fuhr in langsamer Bewegung die Müllerstraße in der Richtung nach dem Weddingplatz entlang, als sich ihm ein Zug der Straßenbahnlinie 28, dessen Anhänger ein Deckwagen war, in entgegengesetzter Richtung näherte. Kurz vor der Haltestelle Kamerunstraße wollte der Kaufmann Karl Jander, Lüderstraße 4 wohnhaft, der auf dem Deck sah, den Wagen verlassen. Er stand auf und stieß so heftig mit dem Kopf gegen den Arbeitstisch des vorbeifahrenden Turmwagens, daß er eine laffende Wunde am Kopf erlitt und in brennendlosem Zustande nach dem Paul Gerhardtstr. gebracht werden mußte.

Unfall oder Selbstmord? Auf den Geleisen der Wannesebahn wurde an der Berlinerstraße in Zehlendorf ein schwerverletzter Mann in brennendlosem Zustande aufgefunden. Man brachte den Verwundeten nach dem Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde, wo er an den Folgen der erlittenen Verletzungen — Schädelbruch und Gehirnerschütterung — bald nach der Einlieferung starb. In dem Toten ist nun der 70jährige Rentier Theodor Göpke aus Stahnsdorf ermittelt worden. Ob ein Unglücksfall oder Selbstmord vorliegt, werden die polizeilichen Feststellungen ergeben.

Das Opfer eines Polizeischusses

Ist in der Nacht zum Sonntag der 25jährige Omnibusfahrer Richard Janus aus der Rigauerstr. 77 geworden. Er wurde von dem Kriminalbeamten Kater bei einem Auslauf in der Frankfurter Allee angeschossen und war sofort tot.

Ueber den Vorfall werden die widersprechendsten Nachrichten verbreitet, je nach der Quelle, aus der sie kommen. Eine Darstellung aus polizeilicher Quelle besagt folgendes:

Als in der vergangenen Nacht gegen 12 Uhr die in Lichtenberg stationierten Kriminalschutzmänner Schönfeld (Nr. 988) und Kater (Nr. 8098) das Schanklokal von Rabomski, Frankfurter Allee 155, auf einem Patronengang betraten, wurden sie von den anwesenden Gästen, etwa 30 meist halbwüchsigen Burschen, belästigt. Es fielen verschiedene Redensarten, wie: „Det sind die, die wollen uns verhaufen!“ Da sich die Situation immer mehr zuspitzte, gebot der Vertreter des Wirtes Feierabend. Nun verließen die Gäste das Lokal, denen bald darauf die beiden Kriminalbeamten folgten. Auf der Straße wurden Schönfeld und Kater von den sie erwartenden Burschen umringt und gefragt, was sie wollten. Ehe noch die beiden Schutzmänner antworten konnten, fiel man über sie her, drängte Schönfeld von seinem Kameraden ab und warf ihn zu Boden. Infolge des Sturzes erlitt er eine Verletzung des rechten Armes und Hofe und Weste wurden ihm bei dem Ringen vollständig zerrissen. In seiner Not gab er aus seinem Dienstrevolver einen Schredschuß ab, wodurch es ihm gelang frei zu kommen. Inzwischen drangen die Rotwüchse auf den zurückgelassenen Kater ein, dem in seiner Bedrängnis uniformierte Beamte des 66. Polizeireviere, die das Rotzignal und auch den Schuß gehört hatten, zu Hilfe kamen. Nachdem sie zunächst Kater befreit hatten, verlegten sie den inzwischen auf 300 Personen angewachsenen Auslauf zu zerstreuen. Diesen Augenblick benutzten einige Burschen, um Kater aufs neue anzugreifen. Dieser zog nun seinen Revolver und forderte die ihn bedrängenden Leute auf, zurückzugehen, widrigenfalls er schießen würde. In diesem Moment erhielt er von hinten einen Stoß gegen den rechten Ellenbogen, die Waffe entlief sich, und eine Kugel drang dem an dem Auslauf beteiligten Omnibusfahrer Richard Janus, geb. 28. März 1889 zu Kreuzburg, Rigauerstr. 77 bei Scholz wohnhaft, ins Herz, so daß der Tod auf der Stelle eintret. Man brachte den Erschossenen nach der Infallstation 16 in der Warschauerstraße und dann nach dem Schauhaufe.

Ganz anders klingt eine Darstellung, die uns von Augenzeugen des schredlichen Vorfalles gegeben wird. Danach hat der Beamte Schönfeld mit seinem Stoß auf die vor dem betreffenden Lokale stehenden Personen eingehauen, wobei Schönfeld zu Falle kam. Die Leute rannten darauf nach der Proskauerstraße zu. Die beiden

Beamten Kater und Schönfeld liefen dem Haufen nach bis auf die Promenade, worauf Kater den ersten Schuß — den sog. Schredschuß — nach der Proskauerstraße zu gab. Auf das Rotzignal hin kamen mehrere Schutzleute herbei, die das an der Ecke der Niederbarnimstraße angefallene Publikum auseinanderbrachten. Inzwischen aber sammelte sich neues Publikum um die beiden Beamten an, um festzustellen, wer geschossen habe. Darauf soll Kater, ohne daß ihn jemand angefaßt habe, wieder geschossen haben. Der ahnungslos daherkommende Janus fiel tödlich getroffen nach vorn zu Boden.

Ein weiterer polizeilicher Bericht von gestern besagt: „Außer den beiden Kriminalbeamten Kater und Schönfeld wurden noch Zeugen aus dem Publikum vernommen. Alle Aussagen, auch die der Stammgäste der Destillation von Rantsch und des Cafés des Ostens deckten sich mit der Darstellung der beiden Beamten. Die Angriffe der Menge sollten wahrscheinlich dem Lichtenberger Polizeiergeanten Heidrich gelten, den die zweifelhaften Elemente jener Gegend wegen seiner Strenge haßten. Schönfeld wurde für den Polizeiergeanten gehalten. Erst als Schönfeld zur Wache geeilt war, wandte sich die Rote gegen Kater. Dieser schlug zunächst mit seinem Stoß um sich. Dann spannte er seine Browningpistole und hielt sie vor sich hin. Daß sich die Waffe dann infolge eines Stoßes, den der Beamte von einem jungen Mann von hinten erhielt, entlud, wird durch weitere Zeugen bestätigt. Nach ihren Aussagen mußte der Stoß gegen den Ellenbogen die Pistole nach links ablenken, in die Richtung, in der Janus stand. Hätte Janus nicht die schwere Aufschlüsselung getragen, so würde der Schuß wahrscheinlich noch ein zweites Opfer gefordert haben. Die Kleider aber schwächten die Durchschlagskraft des Geschosses wesentlich ab.“

Wir haben von beiden Darstellungen Notiz genommen und es wird sich im weiteren Verlaufe der Untersuchung zeigen müssen, welche von beiden die richtige ist.

Seit die Beamten der Außenbezirke mit der Browningpistole ausgerüstet sind, ist die Wirkung dieser Schußwaffe zum erstenmal an Menschen zur Anwendung gekommen und ein Unschuldiger ihr zum Opfer gefallen. Anlässlich ihrer Einführung hatten wir gleich darauf hingewiesen, daß diese polizeiliche Anordnung eine ganz überflüssige ist, da gar nichts dorgekommen war, was ihre Einführung rechtfertigte.

Wir sagten damals schon, daß, wenn man Beamten diese Schußwaffe in die Hand gibt, auch Mißbrauch nicht ausgeschlossen ist. Die Unsicherheit für Leben und Gesundheit der Bürger ist dadurch nur noch größer geworden. Aber bei uns ist die Polizei allmächtig. Ohne irgend welche gesetzliche Bestimmungen verfügt sie und trifft Maßnahmen, die über die Stadt den Belagerungszustand verhängen, denn nichts mehr und nichts weniger bedeutet die Bewaffnung der Polizei mit dem Revolver.

Der Londoner Schwindelprofessor G. Keith-Sarvey, vor dem wir schon wiederholt gewarnt haben, setzt sein Handwerk unverbessert denn je fort. Wenigstens injiziert er seit einiger Zeit wieder Narkosen größten Stils und preist in wohnlicher noch bombastischeren Redensarten wie früher seine „patentierete elektrische Gehörbatterie“ für dreißig Mark an. Leute, die soviel Geld auf einmal nicht zahlen können, schickt er liebenswürdigweise den Apparat auch gegen Anzahlung von 10 M. und gestattet ihnen auttigt, ihn bei Erfolglosigkeit der Kur zurückzusenden, wobei aber die angezahlten 10 M. nicht wiedergestellt werden. Da der Apparat und die ganze Behandlungsmethode des Chrenprofessors völlig wert- und zwecklos sind, so ist das immer noch ein glänzendes Geschäft. Um sich nach Möglichkeit das Vertrauen des Publikums zu sichern, schickt er jetzt den Leuten einen ganzen Stoß autographierter Dankschreiben aus allen Teilen Deutschlands und Oesterreichs, deren Wert natürlich ebenso groß wie der seiner Ohrenbrille ist. Es kann nur immer wieder auf das dringendste vor irgendwelcher Verbindung mit dem „Professor“ gewarnt werden, dessen Name nichts als eine Deckadresse ist, und hinter dem ganz andere Leute stehen. Jeder Ohrenleidende möge es sich gesagt sein lassen: eine Behandlung von Gehörstörungen und dergleichen Uebeln ist ohne persönliche Untersuchung überhaupt nicht möglich, und wer sich in der Hoffnung auf Heilung oder Besserung mit dem Londoner Ohrendoktor einläßt, wirft unsehbar sein Geld zum Fenster hinaus.

Todessturz aus dem Fenster. In einem Anfälle geistiger Störung hat sich am Sonntag die Frau des in Oranienburg wohnhaften und auch in Berlin bekannten Rechnungsrats Mackh aus dem Fenster ihrer in der zweiten Etage des Hauses Bernauerstraße belegenen Wohnung auf die Straße gestürzt. Frau M. erlitt so schwere Verletzungen, daß ihr Tod alsbald eintret. Sie war seit Jahren nervenleidend und hatte häufig derauf schwere Anfälle ihres Lebens, daß infolge hoher Schmerzen geistige Unmachtung eintret. In einem solchen Anfall hat die Bedauernswerte am Sonntag Selbstmord verübt, nachdem sie schon vorher den Versuch gemacht hatte, sich den unglücklichen Leiden durch den Tod zu entziehen.

Die Bedagogengesellschaft ersucht uns mitzuteilen, daß der Wagen, der den Steinseher Emil Groth totgefahren hat, kein Bedagogewagen war.

Auf frischer Lat erlapp wurden gestern zwei Spitzbuben, namens Schulz und Weber, die im Keller des Hauses Köpenickerstraße 71 Messingplatten stehlen wollten. Der hinzukommende Portier des Hauses erfaßte die Situation und schloß die Haustür ab, so daß die Spitzbuben in der Falle sahen und herbeigerufenen Schutzleuten übergeben werden konnten. Bei den Einbrechern fand man verschiedenes Werkzeug, das sie zu ihrem „Handwerk“ gebrauchten.

Sportpark Treptow. Sonntag, 28. April 1907. Die Hauptnummer des heutigen Programms, ein fünfzig Kilometer Rennen, blühte stark an Interesse ein durch das Verlegen des Motors, hinter dem der Amerikaner Mac Farland startete. Dem Ralfsvorur, der zum erstenmal in Deutschland fährt, geht ein guter Ruf voraus, er konnte sich aber nur als schlechter Dritter platzieren. Zum Beginn die Spitze nehmend, kommt der Zehlendorfer Schulze bald nach vorn und passiert auch Stellbrink, der anfänglich nicht recht in Schwung kommt. Allmähig wird jedoch sein Zug schneller und in der 17. Runde geht Stellbrink vor Schulze und Farland. Des letzteren Motor verliert und damit ist seine Rolle angespielt, denn trotz öfteren Wechsels mit der Führung wird sein Abstand immer größer. Der ganze weitere Verlauf ist nun ein sich oft wiederholender Angriff Schulzes auf Stellbrink, ohne daß es jedoch dem Zehlendorfer gelingt, an seinem Gegner vorbeizukommen. Stellbrink beendet das Rennen in der guten Zeit von 40 Minuten 20 1/2 Sekunden; Schulze 150 Meter, Farland 10 500 Meter zurück. — Die beiden anderen Dauertrennen über 10 und 30 Kilometer werden von Heinh gewonnen. Im ersten Lauf wird gleich zu Beginn Hoffmann durch Wettenbruch geschickungsfähig; West und Steffen enden 2280 bzw. 2520 Meter zurück. Im zweiten Lauf hat Hoffmann bis zum 10. Kilometer die Spitze, wird dann von Heinh geholt und alle drei Gegner werden ohne Widerstand überundet. Ihr Abstand am Schluß ist: Hoffmann 2380, West 4370, Steffen 6850 Meter. — Im Erstfahren siegt von Kaymer gegen Hamann, Saager und Ernsthagen. — Der Besuch war ein ziemlich guter; alle Rennen verliefen ohne Unfälle.

Radrennen in Zehlendorf, 28. April. Die Eröffnungsrennen dieses Jahres brachten zum Teil spannende Kämpfe; andererseits wieder übten die Dauertrennen durch Verlegen der Motoren an

Interesse ein. Rabe steige in den Fiegerrennen und der Brandenburger Schadehrot gewinn die drei Läufe des Dauerrennens vor Wagner, Raimann und Käppler konnten sich der Motordefekte wegen nicht zur Geltung bringen. Ergebnisse:

Eröffnungsfahren. 2000 Meter. 20, 15, 10 Marz. 1. Rabe; 2. Ergleben, weit zurück; 3. Moretti. In den Vorläufen 30 Fahrer.

Walfahren. 2000 Meter. 25, 20, 10 Marz. 1. Rabe; 2. Kubel; 3. Moretti. In den Vorläufen 28 Fahrer.

Dauerrennen mit Motorführung. 400, 300, 200 M. 8 Läufe über 10, 20 und 30 Kilometer. Wertung: 1. Schadehrot-Brandenburg; 2. Wagner-Planen i. B.; 3. Raimann-Dresden; 4. Käppler-Gannover. Die Reihenfolge ist in allen drei Läufen die gleiche.

Dauerrennen hinter kleinen Motoren. 25 Kilometer. Für Herrenfahrer: 3 Ehrenpreise im Werte von 60, 40, 20 M. 1. G. Schwarz; 2. J. Zehendorf; 3. R. Göge, 140 Meter; 4. G. Lindner; 5. E. Wp.; 6. G. Janke.

Feuerwehrbericht. Ein großer Dachstuhlbrand beschäftigte am Sonntag die Feuerwehr in der Straße am Grünweg 102. Der Brand war auf dem Boden ausgebrochen, hatte an dem Inhalt der Bodenverschläge reiche Nahrung gefunden und bei Ankunft der ersten Löschzüge schon eine große Ausdehnung erlangt. Mit vier Schlauchleitungen mußte tüchtig Wasser gegeben werden, um den Brand auf dem Dachstuhl zu beschränken. Gestern früh um 4 Uhr stand im Ouergebäude des Hauses Adalbertstraße 74 eine Kellerwohnung in Flammen. Betten, Möbel Kleider u. a. brannten dort, so daß mehrere Rohre vorgebracht werden mußten. Wegen eines Kurzschlusses in einer Informatormaschine wurde der 5. Zug nach der Mariannenstraße 9, einer Station der Berliner Elektrizitätswerke gerufen. Es gelang, die Gefahr bald zu beseitigen. Grober Unfug lag einer Feuermeldung nach der Walsplaustraße zugrunde. Der Täter, ein 16jähriger Junge, wurde ermittelt und der Polizei übergeben. Ein Küchenbrand mußte in der Neuen Hochstraße 42 gelöscht werden. Pech brannte in der Landsbergerstraße 18, eine alte Pappel auf dem Exerzierplatz an der Schwedterstraße, eine Lodge in der Markgrafenstraße 91, ein Keller in der Friedrichstraße 182, Gardinen u. a. in der Weberstraße 3, ein Schornstein in der Oststraße 8. Ferner wurde die Wehr noch nach der Ratiborstraße 4, Wullenweberstraße 6 u. a. Stellen alarmiert.

## Vorort-Nachrichten.

### Dichtenberg.

Die letzte Gemeindevertretung beschäftigte sich zunächst mit der Ausführung eines früheren Beschlusses die Übernahme der bisherigen höheren Mädchenschule (Krausche Privatschule) in die Verwaltung der Gemeinde per 1. Oktober 1907. Das Schulgesetz wurde folgendermaßen festgesetzt: für die drei Unterklassen, einheimische Kinder 100 M., auswärtige 120 M., für die Mittel- und Oberklassen: einheimische 120 M., auswärtige 140 M. Die Entscheidung darüber, ob beim Besuch mehrerer Kinder derselben Familie eine Ermäßigung eintreten kann, soll die Schulordnung beratende Kommission treffen. Dort sind die Interessenten unter sich. Das Budgetrecht der Gemeindevertretung bietet kein Hindernis. An Lehrkräften wurden verlangt und bewilligt: ein akademisch gebildeter (Neuphilologe) Direktor, ein akademisch gebildeter Oberlehrer, ein Oberlehrerin, neun Lehrerinnen, zwei Mittelschullehrer und zwei technische Lehrerinnen. Die Gehälter sind wie folgt festgesetzt: Direktor 5100 bis 7200 M., Oberlehrer 2700 bis 5400 M., Pflanzenschädigung 1200 bzw. 900 M., Mittelschullehrer: Grundgehalt 1800 M., 9 Alterszulagen a 250 M., an Pflanzenschädigung 600 M., Oberlehrerin: Grundgehalt 1800 M., 6 Alterszulagen a 225 M., und Pflanzenschädigung 500 M., Lehrkräften: 1800 M., 9 Alterszulagen a 150 M., und Pflanzenschädigung 400 M., Technische Lehrerinnen: Grundgehalt 1050 M., 9 Alterszulagen a 100 M., und Pflanzenschädigung 400 M. Ein Antrag unserer Genossen, Gleichstellung der Oberlehrerin mit den Mittelschullehrern, wurde abgelehnt. Einem jetzt verstorbenen Gemeindevorstandesmitglied sind die Jahre seiner Privatnütigkeit mit angerechnet worden. Die Differenz bei der Restschuldenübernahme der Gemeindevertretung auf die Gemeindekasse. Die Vertretung bewilligte 20 000 M. zur Erbauung dreier neuer Tiefbrunnen auf dem Gelände des Gemeinde-Wasserwerks. Der frühere Dezernent der Wasserwerke erlucht um „strenge Kontrolle“ beim Bau! Mit recht „gemischten“ Gefühlen wurde eine Vorlage des Bauamtes aufgenommen. Drei Millionen wurden verlangt für die Ausführung der Entwässerungsanlagen. Die Vorlage wurde an den Gemeindevorstand zurückverwiesen, dieser soll in Gemeinschaft mit einer viergliedrigen Kommission, der auch unser Genosse Spiermann angehört, das Projekt noch einmal nachberaten. Änderungen des Bewässerungsplanes fanden nach Vorschlägen des Gemeindevorstandes Annahme. Der Vertrag mit der Eisenbahndirektion wegen der Bauausführung der Brücke im Zuge der Gürtelstraße wird angenommen und 200 000 M. zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt. In geheimer Sitzung wurde der Vertrag mit der Hoch- und Untergrundbahn über die Fortführung der Linie von der Walschauerbrücke bis zur Gürtelstraße Ecke Frankfurter Chaussee ein Bloc unter Protest unserer Genossen, die demonstrativ den Sitzungssaal verließen, angenommen.

Eine ganz interessante, wenn auch nicht neue Mitteilung veröffentlicht das Ortsblatt in einem Bericht über die Tagung des „Mädchervereins“. Ein Schreiben des Vereins der „Militär-anwärter“ gelangte zur Verlesung, wonach der Verein wünscht, in Gemeinschaft mit dem Lehrerverein und dem Bürgerverein Hand in Hand die — Abwehr der Sozialdemokraten bei der kommenden Stadtverordnetenwahl zu betreiben! Der Berliner Magistratsbeamte Herr Kott, der Lehrer Herr Stahler gaben zunächst einigen Besorgnissen Raum über die eventuellen Gegenleistungen, worauf sich der Vertreter der Militär-anwärter Herr J. Lech beiläufig zu versichern, daß seine Herren Kameraden gar nicht so feien und sich befriedigt erklären, wenn nur ein Kandidat der — dritten Wählerklasse mit einem Militäranwärter besetzt wird! Die drei „unpolitischen Vereine“, zu denen nun noch die diversen ebenso unpolitischen Grundbesitzervereine hinzutreten, werden trübsallich mit der proportionalen Verteilung der Mandate der dritten Wählerklasse große Mühe und Sorge haben, fernerhin noch gar nicht abzusehen ist, welche Interessengruppen oder Vereine sich an der — Abwehr der Sozialdemokratie beteiligen wollen. Inzwischen verläutet, daß die Wähler der dritten Wählerklasse petitionierend sich an die zuständigen Instanzen gewendet haben, mit dem ergebenden Ersuchen, gest. die Mandate der dritten Klasse zur Hälfte mit Zivil- und Militäranwärtern von Amis wegen zu besetzen. Die zweite Klasse soll den Subaltern vorbehalten und die „Stellen“ der ersten Klasse den Herren Offizieren reserviert bleiben. Alle noch geplanten Gehaltserhöhungen oder Schaffung neuer Stellen für Beamte und Lehrer soll die Gemeindevertretung vor ihrer Auflösung erledigen, um so die Sozialdemokraten zu einer letzten Schandtat zu zwingen!

### Nixdorf.

Am 2. Mai eröffnet die Stadt Nixdorf eine Omnibuslinie nach Treptow in eigener Regie. Dieselbe geht vom Hermannsplatz durch die Berliner, Schönstedt-, Ebe-, Wildenbruch-, Garzer- und Eisenstraße bis Bahnhof Treptow, neben dem Braunkohlen Lokal. Der erste Wagen fährt ab Nixdorf früh 6 Uhr 10 Minuten, der letzte abends 10 Uhr 20 Minuten. Ab Treptow früh 6 Uhr 20 Minuten, der letzte abends 10 Uhr 35 Minuten. Die ganze Tour kostet 10 Pf., jedoch sind drei Teilstrecken zu 5 Pf. eingestuft. Fernmanngasse — Wildenbruchplatz, Mathaus — Heidebergerstraße, Wildenbruchplatz — Treptow und umgekehrt. Leider muß bis zum 19. Mai ein fünfzehn Minutenverkehr stattfinden. Von da ab fahren die Wagen in Pausen von 12 Minuten. In den Morgen-, Mittag- und Abendstunden findet ein 10 Minutenverkehr statt. Die Wagen tragen die Aufschrift: Omnibusverehr der Stadt Nixdorf. Öffentlich werden die Einwohner Nixdorfs das neue Unternehmen kräftig unterstützen,

damit sich die Stadtverwaltung veranlaßt sieht, weitere Linien in eigener Regie zu betreiben.

### Schöneberg.

Zu ihren Eltern zurückgekehrt ist das junge Mädchen, das feinerzeit von dem Hochstapler Wegner entführt wurde. Der dreiste Patron hatte sich, nachdem er bereits nennenswerte Summen erschwindelt hatte, mit dem Mädchen nach London begeben. Hier hat die Entführte den Schwindler verlassen und ist nun zurückgekehrt.

Gegen die von der Schöneberger Schlächtermeister-Zunng geplante Gründung einer Innungskasse nahm eine von Schlächtergehilfen stark besuchte Versammlung Stellung. Der Verwaltungsdirektor der Schöneberger Ortskrankenkasse, Herr Dannefeld, führte an der Hand eines reichen Beweismaterials den Anwesenden vor Augen, welche Vorteile eine Ortskrankenkasse gegenüber einer Innungskassentasse den Mitgliedern bietet. Der Vorstand, die Beiträge seien zu hoch, sei nicht stichhaltig, denn man müsse auch die Leistungen in Betracht ziehen. Der Innung sei es nur um die unbeschränkte Herrschaft über ihre Gesellen zu tun; Pflicht des einzelnen sei es daher, das Zustandekommen einer Innungskasse zu verhindern. In der Diskussion versuchten einige „meistergetreue“ Gesellen die Innung herauszuheulen, fanden aber keinen Anknüpfungspunkt bei den Anwesenden. Die übrigen Redner waren alle der Meinung, daß eine Innungskasse zum Schaden der Gesellen sei. Folgende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen: „Die Schlächtergehilfen-Versammlung von Schöneberg protestiert ganz entschieden gegen den Plan der Innung, für das hiesige Schlächtergewerbe eine Innungskassentasse zu gründen. Die Wirtschaft im Krankenkassenwesen können nicht durch Zersplitterung, sondern nur durch die Zentralisation befähigt werden. Ferner erklären die Anwesenden, daß sie mit den Verhältnissen der hiesigen Ortskrankenkasse voll und ganz zufrieden sind und keine Neigung haben, die Zersplitterung zu fördern, da dieselbe nur zum Schaden der Kassemitglieder ist. Vielmehr erklären sie alles aufzubieten, um den dunklen Plan der Innung zu zerschlagen.“

Hierauf unterzog der Verbandsvorsitzende Genosse Bergmann das Verhalten der Schlächtermeister einer scharfen Kritik. Es sei bedauerlich, daß heute keiner dieser Herren den Mut gehabt habe, hier zu erscheinen, um sich die Meinung der Gesellen anzuhören. Jedoch sei es nun Pflicht aller, sich zu organisieren, um den Arbeitgebern stets erfolgreich gegenüberzutreten zu können. Trotzdem noch einige „Meistergetreue“ die alten Pfaffen vom Meisterwerden und gutem Einvernehmen aufzufächeln suchten, traten eine Anzahl Kollegen der Organisation bei.

### Steglitz.

Das Gewerbegericht Steglitz ist auch im vergangenen Jahre, wie aus dem soeben erschienenen Bericht ersichtlich ist, dem Bedürfnis nach schneller Rechtspflege in gewerblichen Streitigkeiten in vollem Maße gerecht geworden, indem über 70 Proz. aller Klagen in weniger als zwei Wochen erledigt wurden. Von den insgesamt anhängig gemachten 94 Klagen, deren Streitgegenstände zwischen 65 Pf. und 347,14 M. variierten, entfiel der größte Teil abermals auf das Baugewerbe mit 46 Klagen, während das Fabrikgewerbe mit 10 und alle übrigen Gewerbe zusammen mit 38 Klagen vertreten waren. Durch Vergleich wurden rund 50 Proz. der Klagen erledigt. Gegen ein Einbaurteil wurde Verurteilung eingeleitet, die jedoch vom Landgericht II Berlin zurückgewiesen wurde. Das Spruchgericht trat 13 mal in Tätigkeit, vor dem Vorsitzenden allein wurden außerdem noch 35 Terminsitzungen abgehalten. Unter den 107 Klägern befanden sich nur 2 weibliche. Als Einigungsamt ist das Gewerbegericht im Berichtsjahre nicht in Anspruch gekommen.

### Rummelsburg.

Eine reichhaltige Tagesordnung hatte die letzte Gemeindevertretung zu erledigen. Vorerst wurden in ihre Kenter der in der zweiten Klasse neu gewählte Eigentümer Samper und der zum Gemeindevorstand wiedergewählte Herr Lange eingeführt. Auf fallend war die kurze und steife Einführung des wiedergewählten Herrn Lange. Man merkte es dem Herrn Bürgermeister sehr wohl an, daß ihm die Aufnahmefähigkeit des Herrn Lange, der seinerzeit wegen Differenzen mit dem Bürgermeister seine sämtlichen Kenter niedergelegt hatte, dann aber trotz der Gegenagitation des Bürgermeisters wiedergewählt wurde, alles andere, nur nicht angenehm war. Hierauf fanden die Wahlen von Mitgliedern zu den einzelnen Kommissionen und Deputationen für 1907 statt. Unsere Vertreter sind mit Ausnahme der Schuldeputation in sämtlichen Kommissionen und Deputationen vertreten. — Die bereits einmal vertagte Versammlung über Einführung eines kollektiven Gemeindevorstandes führte nach einer längeren Debatte zur Annahme eines dementsprechenden Ortsstatuts. Dagegen stimmten ein Schöffe und ein Vertreter. — Auf Grund der §§ 2 und 54 des Kranken- und Versicherungsgesetzes wird für den Gemeindebezirk Vohagen-Rummelsburg durch Annahme eines Ortsstatuts die Ausdehnung der Krankensicherungspflicht auf alle selbständigen Hausgewerbetreibenden einstimmig beschlossen. — Die Errichtung einer Gemeindeparkasse und Erlass eines diesbezüglichen Ortsstatuts wird ebenfalls einstimmig genehmigt. Das Statut sieht eine Verzinsung der Einlagen von 3 Proz. bis 5 Proz. vor. Auf ein Buch können bis 3000 M. eingezahlt werden. — Auf Ersuchen der Gemeinde Friedrichsfelde wird beschlossen, zur Herstellung und Verlängerung der Auguste-Viktoriastraße in Karlsruh bis zum Blochdammsfelde das benötigte Terrain kosten- und lastenfrei an die Gemeinde Friedrichsfelde abzutreten, und auch die erforderlichen Pflasterkosten zu tragen. Auf Wunsch der Gemeinde Stralau erklärt sich die Gemeindevertretung mit der Eingemeindung der verlassenen Terrains, welche sich durch eine Verringerung der vom Wasser bedeckten Flächen des Rummelsburger Sees im Laufe der Jahre auf der Stralauer Seite gebildet haben, in den Gemeindebezirk Stralau einverstanden, — wenn andererseits die Gemeinde Stralau sich bereit erklärt, als Entschädigung hierfür die Einverleibung nachbezeichneten Stralauer Gebietsteile, nämlich: das Restaurant Neu-Soeland, die Liebesinsel, die Kohninsel, das Vullenbruch, das Spreeschloßchen und das in der Wulfsheide gelegene Stralauer Gelände in den Gemeindebezirk Rummelsburg zuzustimmen. — Die beantragte lebenslängliche Anstellung der Polizeibeamten, Polizeifergeanten und Gemeindevierner wurde auf eine spätere Sitzung vertagt, da ein Vertreter hierzu den Antrag stellte, auch die technischen Beamten mit einzubeziehen. Am Schlusse der Sitzung machte der Gemeindevorsteher noch die Mitteilung, daß die Eingabe des Vohagen-Rummelsburger Grundbesitzervereins um Eingemeindung des innerhalb der Ringbahn gelegenen Gemeindebezirks nach Berlin vom Minister dahin beantwortet sei, daß in absehbarer Zeit einer solchen Teileingemeindung nicht näher getreten werden kann.

### Neuenhagen (Ostbahn).

Ein Beitrag zum unverdienten Wertzuwachs. 113 Morgen Land und 9000 M. Gewinn sind der Lohn für sechs Jahre „Umsicht, Fleiß und Intelligenz“ des Besitzers! Anfang der 90er Jahre kaufte der Landwirt Voigt in Neuenhagen an der Ostbahn eine Hofstelle, zu der etwa 150 Morgen Ackerland gehörten. Voigt hat in diesen Tagen den Rest des Geländes, 37 Morgen, an einen Berliner Baupfandanten verkauft. Während B. vor etwa sechs Jahren Zahlen insgesamt 42 000 M. bezahlte, brachten die restlichen 37 Morgen einen Erlös von rund 51 000 M.

### Weißensee.

Achtung! Gewerkschaften. Um den Barbiergehilfen die Teilnahme an der Kaiserfeier zu ermöglichen, hat das Gewerkschaftsamt Weißensees folgende Resolution gefaßt: In Erwägung, daß die selbständigen Barbier vorgeben, am 1. Mai lasse sich die Mehrheit ihrer Kunden bedienen, weshalb der 1. Mai für die Gehilfen nicht feiergebend werden könne, werden die Genossen ersucht, am 1. Mai die Barbiergehilfen zu meiden.

### Reinickendorf-Ost.

In der Mitgliederversammlung des Wahlvereins vom 23. cr. hielt Genosse Grempe einen interessanten Vortrag über „Modernes Verlehrsweisen“. Auf Antrag des Vorstandes wird beschlossen,

gegen das Mitglied Hugo Ritsch, Sommerstr. 18, wegen Streifbruch den Ausschluß aus der Partei zu beantragen. Der Bericht über die Generalversammlung von Groß-Berlin löste eine lebhafte Debatte über die Punkte „Kaiserfeier“ und „Vorwärts-Abonnement“ aus. Genosse Jęglin kritisierte u. a. den „Vorwärts“-Bericht, der seine Ausführungen nicht richtig wiedergabe. Die Versammlung schloß sich seiner Ansicht an, daß der Kaisertrauf unter den obwaltenden Umständen besser unterblieben wäre. Des weiteren bedauerte die Versammlung, daß die Verbilligung des „Vorwärts“ und die Abgabe im Wochenabonnement wieder hinausgeschoben worden ist, obwohl die Notwendigkeit, diese Neuerung zu schaffen, nicht bestritten werden konnte.

### Nieder-Schönhausen.

Die Gemeindevertretung am Freitag, deren Entscheidung erst in der noch anzubereitenden Stichwahl fallen wird, gab erneut den Beweis für die Unhaltbarkeit des Dreiklassenwahlsystems. Unter den insgesamt abgegebenen 817 Stimmen befanden sich nicht weniger als 231 Forenstimmten, d. h. Papiervollmachten von Leuten, die garnicht in der Gemeinde wohnen, sondern als Baustellenbesitzer usw. nur eine bestimmte Minimal-Grund- und Bodensteuer zahlen. Trotz dieser Papierdollanten marschierte der sozialdemokratische Kandidat, Genosse Karl Out, mit 314 Stimmen, die er auf sich vereinigte, an der Spitze. Die beiden bürgerlichen Kandidaten erhielten 208 und 147 Stimmen; 148 Stimmen wurden für ungültig erklärt.

Von den 500 bürgerlichen Stimmen waren allein 230 Forensten. Die Hauptwahl hat also keinen Entscheid gebracht. Nun heißt es, noch einmal, und zwar mit äußerster Anspannung aller Kräfte, an die Arbeit gehen! Befehdeten sich die beiden bürgerlichen Cliquen im Hauptwahlkampf mit den allerunglaublichsten Mitteln, bei der Stichwahl werden sich die feindlichen Brüder sicher wieder versöhnen. Es heißt deshalb für uns, keine Minute zu rasten und in eine intensive, unausgesetzte Agitation einzutreten. Nur so können wir Ruhen aus dem Stimmenvorsprung ziehen, mit dem wir dem Gegner voraus sind. Parteigenossen, seid aller dieser Sachen eingedenkt! Sorgt dafür, daß und die Stichwahl den Sieg bringt!

### Zehlendorf (Kreis Nieder-Barnim).

Die Früchte einer jahrelangen unermüdbaren Kleinarbeit haben die Reinickendorfer Genossen in dem ihnen zur Bearbeitung überwiesenen Agitationsbezirk Zehlendorf und Umgebung nun endlich unter Dach und Fach gebracht. Nachdem es gelungen war, das Offensivlokal „Gasthof zur Eisenbahn“ mit seinem geräumigen Saal für Versammlungszwecke frei zu erhalten, sind sie am vergangenen Sonntag nun zur Gründung eines neuen Wahlvereins geschritten. In der von etwa 200 Personen besuchten Versammlung referierte Genosse Jęglin über die Ziele der Sozialdemokratie und legte in kernigen, flammenden Worten den Anwesenden dar, daß mit der platonischen Begeisterung für unsere Ziele nicht genug getan sei, sondern nur die Vereinigung aller Gleichgesinnten in der Parteiorganisation bringe uns vorwärts. Während der lebhaftesten Diskussion richtete die weibliche Vertrauensperson von Reinickendorf anfeuernde Worte an die anwesenden Frauen, die ihre Wirkung nicht verfehlt haben dürften. Der Erfolg des Ganzen war, daß sich sofort 38 Personen als Mitglieder aufnehmen ließen, welche in ihren Wohnorten Zehlendorf, Wensickendorf, Schmachtenhagen, Stolzenhagen und Liebenwalde durch persönliche Agitation schon dafür sorgen werden, daß das neugeborene Kind sich in kurzer Zeit zum kräftigen lebensfähigen Jüngling entwickelt. Den provisorischen Vorstand bilden bis zur endgültigen Regelung die Genossen Schulze und Otto aus Zehlendorf und Lorenz und Kieper aus Wensickendorf. Mit dieser Gründung ist wohl nun endgültig Dresche gelegt in die dunkelste Ecke des Kreises Nieder-Barnim und es wird Sache der Bezirks- und Kreisleitung sein, durch ganz besondere Maßnahmen dafür zu sorgen, daß das günstig gelegene Zehlendorf rasch ein neuer, kräftiger Stützpunkt der Agitation im Kreise wird. Bemerkenswert ist, daß gleich im Anschluß an diese Versammlung von den zahlreich versammelten Nachfahrern die Gründung eines Arbeiter-Nachfahrervereins mit Zweigstellen in den in Betracht kommenden Orten vorgenommen wurde. Es geht also vorwärts, trotz des vorübergehenden Mißerfolges, der sich gerade in diesem Winkel zur Reichstagswahl bemerkbar machte.

### Spandau.

Von nicht geringer Wirkung scheint der Boykott zu sein, denn die Spandauer Arbeitererschaft über das Seifische Lokal verhängt hat. Die bürgerlichen Blätter Spandaus stimmen bereits Klageleder darüber an, daß der Wirt des boykottierten Lokals von seinen braven Mitbürgern so schamhüch im Stich gelassen wird. Im „Spand. Anz.“ befindet sich ein Eingekandt, worin mitgeteilt wird, daß der verhängte Boykott mit einer Niederlage des betreffenden Wirtes zu enden droht; es wird deshalb von den Behörden und den bürgerlichen Vereinen erwartet, daß sie den Ruin eines Mitbürgers oder aber seine Unterwerfung unter die Umsturzpartei abmenden sollten. In ähnlichem Sinne äußert sich das „Spandauer Tageblatt“, der Kostgänger des Reichsverbandes. Dieses Blatt kann sich nicht genug darüber wundern, daß außer den 600 Wahlvereinsmitgliedern und über 1200 „Vorwärts“-Lesern auch noch andere Arbeiter die Beschlässe der Partei respektieren. Es denkt weniger an die 4000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, als fortwährend an die Arbeiter der königlichen Institute, die, um im Jargon des „Schleifsteins“ zu reden, „nur im Trüben fischen und es nicht wagen, sich offen zur Partei zu bekennen“. Daß die Genossen in den Staatsverhältnissen nicht dumm genug sind, die demagogischen Gelüste des „Sp. Tgbl.“ zu befrichtigen, mag recht unangenehm sein.

Ueberdies dürfen die Spandauer Genossen mit dem vorläufigen Erfolg, der ihnen von der bürgerlichen Presse zuerkannt wird, zufrieden sein. Ihr Bestreben, ein Lokal zu erobern, in dem sie Versammlungen abhalten und Beratungen pflegen können, ist zu gerechtfertigt, als daß sie einen Mißerfolg ihres Vorhabens zu gewärtigen hätten. Was den fimpelsten Vereinen zuerkannt wird, darf sich auch die organisierte Arbeitererschaft nicht voranthalten lassen. Und in diesem Kampfe — im Kampfe um die Gleichberechtigung — kann die Arbeitererschaft der Sympathie aller Rechtsdenkenden sicher sein.

## Polologlow - Zigaretten

sind in Geschmack und Qualität unerreicht!

**Das Stück 3 bis 10 Pfennige**

Überall käuflich!      Fabrik „Epirus“, Dresden

## Bruch - Pollmann

empfehlen ein Lager in Bruchhändagen, Leihbinden, Geradschaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankheitspflege. Eigene Werkstatt. Liefer. i. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.

Berlin O., 44082\*

**30. Finien-Strasse 30.**

Alle Bruchbänder mit elastischen Bellen, angenehm u. weich am Körper.

Der Stoff hat fert. Herren-Anzug 20 M., ohne Konfekt. 2 Anz., beste Qualität. Für guten Sitz gold. Reibstoffe. Ludw. Engel, Pronzauer Str. 23, II. Alexanderpl. Reg. 1892.

**Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer, nur Marionnen-Strasse 2.**

Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

### Theater.

**Dienstag, den 30. April**  
Anfang 7 1/2 Uhr.

**Egl. Opernhaus.** Salome. (Anfang 8 Uhr.)

**Egl. Schauspielhaus.** Die Kabinenheilerin.

**Neues Egl. Opernhaus.** Der Sigurdebaron.

**Deutsches.** Der Gott der Rache.

**Kammerspiele:** Frühling's Erwachen.

**Befling.** Die Stützen der Gesellschaft.

**Neues Schauspielhaus.** Alt-Heidelberg.

**Zentral.** Thetse Eggers Brautnacht.

Anfang 8 Uhr.

**Forsting.** Jar und Zimmermann.

**Berliner.** Der Hund von Baskerville.

**Schiller O.** (Wallner-Theater.) Traummulus.

**Schiller-Theater Charlottenburg.** Heimat.

**Schiller N.** (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Am grünen Weg.

**Romische Oper.** Alceste.

**Wesken.** Die lustige Witwe.

**Kleines.** Das Kuckucksei.

**Neues.** Der Dieb.

**Residenz.** Haben Sie nichts zu verzollen?

**Lustspielhaus.** Quarenfieber.

**Deutsch-Amerikanisches.** Kammermusik.

**Thalia.** So die Liebe hinläßt.

**Balken.** Freie Liebe.

**Trianon.** Die Hofsette — meine Frau.

**Bernhard Rose.** Die Geier-Wally.

**Metropol.** Der Teufel lacht dazu.

**Gebr. Herrnfeld.** Ein verrücktes Hotel.

**Wintergarten.** Cleo de Mérode.

**Apollo.** Der Triumph des Weibes.

**Kaffee.** Die lustige Witwe.

**Walhalla.** Spezialitäten.

**Intimes.** Eine vom Ballett. — Papstentwurf.

**Folies Caprice.** Eine Nacht in der Apotheke.

**Palast.** Spezialitäten.

**Vassage.** Was was Anderes. Spezialitäten.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger.

**Urania.** Landstraße 18/19.

Durch Dänemark und Südschweden.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Dienstag, Mittwoch:  
Der Hund von Baskerville.  
Anfang 8 Uhr.  
Donnerstag bis Sonnabend:  
**Sherlock Holmes**  
**Neues Schauspielhaus**  
Dienstag, den 30. April 1907:  
**Alt-Heidelberg.**  
Mittwoch:  
**Alt-Heidelberg.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Dieb.**  
Morgen und folgende Tage:  
**Der Dieb.**

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Das Kuckucksei.**  
Mittwoch: Heimkehr.  
Donnerstag: Das Kuckucksei.  
Freitag: Heimkehr.  
Sonnabend: Das Kuckucksei.

**Lovzing-Theater.**  
Bellevuestr. 7/8.  
Dienstag, den 30. April 1907:  
**Zar und Zimmermann.**  
Anfang 8 Uhr.  
Abendmusik günstig!  
Mittwoch: Die Regimentswaise.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Quarenfieber.**

**Zentral-Theater.**  
Gesamtspiel des Hamburger Ernst Brucher-Theaters. Abends 7 1/2 Uhr:  
Thetse Eggers Brautnacht.  
Vollbesetzung mit Gesang in 3 Akten und 7 Bildern von Ernst Brucher.  
Täglich 8 Uhr: Thetse Eggers Brautnacht.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
**Am grünen Weg.**

**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Anfang 8 Uhr.  
**Haben Sie nichts zu verzollen?**  
Schwan in 3 Akten v. R. Denniquin  
u. S. Weber.  
Robert de Arvelin: Mich. Alexander.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Durch Dänemark und Südschweden.  
**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Teufel lacht dazu.**  
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.  
**Masaryk, Wolf, Bender, Giampietro, Josephi.**  
Rauchen überall gestattet.  
Sonntag, 5. Mai, nachm. 3 Uhr:  
**Auf in's Metropol.**

## Apollo Theater

8 Uhr: Die bedeut. Spezialitäten.  
9 1/2: Merians Original-Bauern-Gunde-Theater:  
**Ein treuloses Weib.**  
9 1/2: Der Triumph des Weibes.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurterstr. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Geier-Wally.**  
Die Klöße von Rosen.  
Morgen Gastspiel Käthe Wille Bach, zum erstenmal: Busch-Liesel.  
Billetvorverkauf v. 10-11 Uhr täglich.

## WINTER GARTEN

Letzte Vorstellung  
**Cleo de Mérode**  
und das  
interessante Programm.

**Gebr. Herrnfeld-Theater**  
Anfang 8 Uhr. 11-2 Uhr  
57 Kommandantenstraße 57.  
**Ein verrücktes Hotel.**  
Hauptrollen: Anton u. Donat Herrnfeld.  
In Vorbereitung:  
**Es lebe das Nachtleben!**  
Eine Separat-Offizier von Anton u. Donat Herrnfeld.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Will. Brunnenstr. 16.  
Zum letztenmal:  
**Der Schuster als Millionär.**  
Vollständ. mit Gesang v. F. Schubert.  
Anfang 8 Uhr. Anfang 8 Uhr.  
Von Mittwoch b. Freitag: Geschlossen.  
Sonnabend: Gr. Extra-Vorstellung.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Das großartige  
**April-Programm!**  
**Ki-ta-fuku**  
die beste Japaner-Truppe der Welt.  
**Paul Corradini**  
Berlin's beliebtester Komiker und die erfolgreichsten  
**14 Attraktionen II.**

**Gustav Behrens-Theater.**  
Schönberg-Berlin W., Goltzstraße 9.  
Der Clou der Saison:  
Der urkom. Chauffeur mit seinem mußl. Auto.  
Die Gold-ameln  
Solole die neuen Spezialitäten.  
3. Schluß die großart. Ausst.-Opereette:  
Menschuckmann im Sündenpfl. Berlin.  
Anfang 8 Uhr, Sonntag 9 1/2 Uhr.

## Schiller-Theater.

**Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).**  
Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Traumulus.**  
Schauspiel in 5 Akten von Arno Holz und Oster Jerfske.  
Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Minna von Barnhelm.**  
Donnerstag abends 8 Uhr:  
**Heimat.**

**Luisen-Theater**  
Reichenbergerstr. 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Freie Liebe.**  
Mittwoch: Geschlossen.

**Folies Caprice**  
Lindenstr. 132, an der Friedländerstr.  
Heute Premiere.  
**Eine Katastrophe.**  
Hieraus:  
**Eine Nacht in der Apotheke.**  
Anfang 8 Uhr.  
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Wertheim.

**Walhalla-Variété-Theater**  
Weidenböden 19/20, Hofentw. 20.  
Heute abends 8 Uhr:  
Zum letztenmal:  
**Geni Family** 10 Pers.  
**Grete Gallus** 10 Pers.  
Circensische Spiele zu Pferde.  
Charakter-Comedie.  
12 erstklassige Nummern 12.

**Palast-Theater.**  
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs.  
Heute 8 Uhr:  
**Abschieds-Auftreten aller Spezialitäten.**  
**Schluß der Saison!**  
Familienkarten und Ehrenkarten verlieren mit heute ihre Gültigkeit.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 143.  
Gastspiel Bernh. Rose-Theater.  
**Maria Theresia und ihr Hof.**  
Stückisches Lustspiel in 5 Akten.  
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
Billetvorverkauf:  
Kond. Handwerker, Schönh. Allee 153.  
Krüger & Oberbeck, Kastanienallee 1.

**Kasino-Theater**  
Lothringersstr. 37. Täglich 8 Uhr.  
Nur noch bis 30. April:  
**Nick Carter.**  
1. Mal auf allgemeinem Wunsch:  
Heirat auf Probe.  
Sonntag 4 Uhr: Lebige Leute.

**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**  
Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)  
Theater lebender Photographien.  
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.  
163 Tote, 12 Gerettete.  
Den ganzen Tag Vorstellung.

**Buggenhagen**  
Moritzplatz.  
Jeden Dienstag:  
**Gustav Gottschalks**  
Gesellschafts-Konzert (Solisten-Abend).

# Katz Gebrüder

Große frankfurterstraße 121

Enorm billige Preise.

## Spitzen Ausnahme-Woche

Vom 29. April bis 6. Mai

Eigene Rabatt-Spar-Marken.

# Katz Gebrüder

Große frankfurterstraße 121.

## Belehrend! Interessant! Unterhaltend!

ist das Wert

# Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit  
von Hugo Schulz

Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit.

Sie beziehen in 50 Lieferungen à 20 Pf.; der erste Band liegt bereits gebunden vor und kostet in Leinenband RM. 7.—, in Halbfranzband RM. 8.—. 234/1\*

Sie beziehen durch:  
**Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68.**  
Lindenstraße 69, Laden.

**Moabiter Bürger-Säle.**  
Beusselstr. 9 an der Turmstraße.  
Empfehle den geehrten Gewerkschaften und Vereinen meine Säle, 350 und 100 Personen fassend, zu Versammlungen und Vergnügungen. Jeden Sonntag: **Großer Ball.** 2455\*

Abt. des **J. Kirschkowski.**

Zum 1. Mai bringe allen wahren Freunden, Partei- und Bundesgenossen meine Lokalitäten in freundliche Erinnerung. Zwei Vereinszimmer 30 u. 50 Personen.

# Leo Ostrowski

genannt  
**Der Radikale,**  
Schillingstraße No. 35a.

**Jede Dame lese!**  
Direkt aus der Fabrik jetzt nach beendetem Engros-Saison wieder Einzelverkauf zu den bekannt billigsten Preisen.  
4401L\* Jacketts, große Auswahl, 3.75 bis 25 M.  
Engl. Paletots mit und ohne Futter 6.50 bis 22 M.  
Capes in allen Längen 6.25 bis 30 M.  
Mantel in neuest. Frb. 5.50 bis 23 M.  
Sport-Röcke in engl. Stoff 2.50 b. 15 M.  
Boleros u. Havelocks, 5.50 M. an.  
**Fabrik Pelz, 50 Kurstr. 50.**  
Sonn. geöffnet.  
Vorzeiger dieser Annonce 5 Proz. Rabatt. — Feste billigste Preise

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung leichter als die hergebrachte 10000

**Herren-Garderoben**  
Größt für Maß.  
Anfertigung nach Maass.  
Zweifache Ausführung.

**Julius Fabian,**  
Schneidmeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, 11  
Eingang Straußberger Platz.

**A. B. Koch**  
Kohlen-Groß-Handlung  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 15.  
Preise für nur 14 Marken ab Montag von 10 Jtr. an: 141572\*

**Prima in Halbsteine** (bekannte Marken) pr. Jtr. 92 Pf.  
in Diamant (110 bis 120 Stk.) 97 Pf.  
in Nisse u. Nisse 1.00 Pf.  
in Anthrazit-Gadep Jtr. 2.25 Pf.

Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Jtr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Waggonen und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Offerte.

Heute letzter Tag!  
Inventur-Verkauf  
**Steppdecken**  
Spezialhaus  
**Emil Lefèvre,**  
Berlin Süd. Seit 1882  
nur Oranienstr. 158  
Unter nirgends Filialen!

**Sonderangebote**

Similiseide	in den Farben rot, blau, oliv	5 25 7 50
Wollatlas		6 75 8 50
Bunte Normal-Schlafdecken		1 50 2 50 3 50
Wolldecken	ganz dick	3 00 4 00
Reisedecken	(engl.) getigert	6, 8, 10 M.
Inventur-Extralistie		gratis
u. Katalog	mit ca. 600 Illustrat.	franko

**Ein Mark**  
wöchentliche Teilzahlung leichter als die hergebrachte 10000

**Herren-Moden**  
Erst für Mass.  
Wass-Anfertigung.  
Letzte Verarbeitung.  
Garantie in jeder Hinsicht.

**J. Karzberg**  
An der Jannowstr. 1, 1.  
Direkt am Bahnhof.

**In unseren Kolonien**  
Friedrichs-Petershag. 3.75 M. an  
Seegefeld 8  
Finkenkrug 9  
Hoh-Neuend. Dörmalshof 10  
Giesdorf, Balmhof 25  
Günstigste Zahlungsbedingungen.

**Nieschalke & Nische,**  
Berlin, Landsbergerstraße 66.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Vater  
**August Sommer**  
 am 23. d. M. gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am  
 Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags  
 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des  
 Sankt-Nikolaus-Kirchhofes in Berlin  
 (Fürstendammweg) aus statt.  
 Regte Beteiligung erwartet  
 117/16 Die Ortsverwaltung.

**Zentral-Kranken- u. Sierbekasse  
 der deutschen Wagenbauer.**  
**Berlin Bezirk 17.**  
**Nachruf.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht,  
 daß unser Mitglied  
**Friedrich Hundertmark**  
 am 23. April verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 253/10 Die Ortsverwaltung.

**Invaliden-Unterstützungskasse  
 d. Steindruckers u. Lithographen.**  
 Die Beerdigung des am  
 26. April verstorbenen Lithographen  
**Johann Lettkow**  
 findet heute Dienstag, den  
 30. April, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
 von der Leichenhalle des neuen  
 Sankt-Nikolaus-Kirchhofes, Hermannstraße,  
 aus statt.  
 3615 Das Komitee.

**Todes-Anzeige.**  
 Am 24. d. M. verstarb nach  
 kurzem schweren Leiden durch  
 Ueberfahren unser lieber Vater,  
 der Maurer **47412**  
**Hermann Weidauer**  
 im 67. Lebensjahre.  
 Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Die trauernden Kinder.**  
 Die Beerdigung findet am Mitt-  
 woch, den 1. Mai, nachmittags  
 4 Uhr, von der Leichenhalle des  
 Sankt-Nikolaus-Kirchhofes in Kordens  
 aus statt.

**Dankfagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme und  
 Kranzspenden bei der Beerdigung  
 unseres geliebten Sohnes und Bruders  
**Paul Hertwig** sagen wir dem  
 Wahlverein des zweiten Kreises, dem  
 228. Bezirk, der freien Vereinigung  
 der Maler sowie den Kollegen der  
 Firma Klein u. Salomons un-  
 cren innigsten Dank.  
**Wwe. Auguste Hertwig**  
 3746 und Tochter.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme sowie zahlreichen Kranz-  
 spenden bei der Beerdigung meines  
 lieben Mannes **Richard Mura**  
 sage ich allen Verwandten, Freunden  
 und Bekannten, insbesondere den  
 Herren Giesl und seinen Kollegen,  
 dem Wahlverein, den Mitgliedern  
 des Deutschen Metallarbeiter-Ver-  
 bandes und dem Gesangsverein meinen  
 tiefgefühltesten Dank.  
 3645  
**Wwe. Valeska Mura.**

**Dankfagung.**  
 Für die herzliche Teilnahme und  
 Kranzspenden bei der Beerdigung  
 meines lieben Mannes  
**Hermann Ramm**  
 sage ich allen Bekannten, sowie dem  
 Zentralverband der Maschinen- und  
 Holz- und dem Gesangsverein „Frei  
 und fest“ meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. W. Ramm**  
 nebst Kindern.

**Besondere Vorteile für Damen**  
 bietet als unzweifelhaft billigste reelle Bezugsquelle

in hocheleganter schicker Damenkonfekt.  
 in kolossal großer reichhaltiger Auswahl  
 Erstklassige Stoffe, Zutaten u. Verarbeitung  
 mit Tailor made Abteilung  
 ebenso billig wie leistungsfähig

**Engroshaus Westmann** Hauptgesch.: W. Mohrenstr. 37a  
 an den Kolonnaden. Filiale: O. Gr. Frankfurterstr. 115  
 an der Andreasstr.

Fortwährender Eingang herrlicher Placen und reizender Neuheiten  
**Original-Modelle, Kopien und Reismuster**  
 in aparten Kostümen, Kleider, Röcken, Lift-  
 boys, Jacketts, Blusen, Jupons, Paletots,  
 Seiden-, Reise-, Staub- und Gummimänteln,  
 Tüll-, Spitzenkragen, Umhängen usw.

Besonders lohnende Gelegenheit für die Reise- u. Badesaison.  
**Serien-Verkauf** weit unter der Hälfte des Wertes Extra-Rabatt 10 Proz. auf diese Preise

Serie	1.	2.	3.	4.	5.
früh bis	M. 36,-	M. 68,-	M. 85,-	M. 115	M. 182
jetzt	M. 13,50	M. 26,50	M. 35,-	M. 48,50	M. 68,75

Extra-Trauerabteilung. Sonntags geöffnet.

**Berichtigung.**  
 In dem Inserat  
**Achtung! Gewerkschaften!**  
**Öffentl. Mai-Versammlungen**  
 muß es heißen:  
**Städtische Arbeiter:** Vormittags 10 1/2 Uhr Selters Fest-  
 sale, Koppenstr. 29, kleiner Saal.  
 Referent: Dr. Silberstein.  
**Zimmerer:** Vormittags 10 Uhr Brauerei Friedrichshain,  
 großer Saal.  
 Referent: Adolf Hoffmann.

**Achtung! Tabakarbeiter! Achtung!**  
 Die Mai-Fest-Versammlung für Tabak-Arbeiter und Arbeit-  
 rinnen findet am Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 10 Uhr, in  
 Boekers Festsälen, Webersir. 17, statt.  
 Um rege Beteiligung ersuchen  
 Die Vertrauensleute: W. Baurner, C. Butry, M. Müller.  
 197/8

**Verein polnischer Sozialisten.**  
**Mai-Feier**  
 in Treptow, Köpnick Landstr. 27, Restaurant „Kogler-Schlöschchen“.  
 Anfang 2 Uhr nachm. — NB. Die deutschen Genossen werden ersucht, ihre  
 poln. Kollegen hierauf aufmerksam zu machen. Die Agitationskommission.

**Zentralverband der Maurer.**  
**Zweigverein Erkner.**  
 Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 8 Uhr:  
**Außerordentliche Mitgliederversammlung**  
 bei Degebrodt, Erkner.  
 Tages-Ordnung:  
 Endgültige Beschlußfassung über unsere Lohnforderung.  
 A. A.: Der Zweigvereinsvorstand.

**Achtung! Sozialisten! Anarchisten! Achtung!**  
 Mittwoch, den 1. Mai, nachmittags 1 Uhr:  
**Große Volks-Versammlung**  
 in Breuers Festsälen „Königsbau“, Gr. Frankfurterstr. 117.  
 Tages-Ordnung:  
**Der 1. Mai.**  
 Referent: Genosse Werner Daya.  
 Darauf Diskussion.  
**Arbeiter und Genossen erscheint in Massen!**  
 Der Einberufer.

**Arbeiter! Mainnummer der „Tribüne“**  
 Preis 10 Pf.  
 Bei allen Händl. zu haben.

**Dankfagung.**  
 Für die vielen Beweise herzlicher  
 Teilnahme sowie zahlreichen Kranz-  
 spenden bei der Beerdigung unseres  
 lieben Sohnes und Bruders  
**Paul Müller**  
 sagen wir allen Verwandten, Freun-  
 den und Bekannten, insbesondere den  
 Pflegetöchtern und Hülfarbeitern der  
 Firma Selchow, Köpenick, dem Mau-  
 rervermeister, Polster, den Malern und  
 Bauarbeitern der Firma Sasse u.  
 Jakob unseren herzlichsten Dank.  
 Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dr. Simmel**  
 Spezial-Arzt  
 für Haut- und Harnleiden.  
 Prinzenstr. 41, dicht am  
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Dr. Schünemann**  
 Spezial-Arzt für 44112  
 Haut- und Harnleiden,  
 Frauenkrankheiten.  
 Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

**Am 1. Mai**  
 bleibt auch in diesem Jahre mein  
 Geschäft geschlossen.  
 Arbeitsanjäger **Wih. Fahr**,  
 Brunnstr. 116.

**300 volle 8 Pf.-Zigarren für 11.80 M.**  
 300 großart. 10 Pf.-Zig. 14.40 M., 300 feinste 7 Pf.-Zig. 10.50 M.,  
 300 ff. 5 Pf.-Zig. 9 M. Berndt & Co., Zig.-Engros, SW., Hagsbergstr. 48.

Selbst wenn sie mehr  
 Kosten sollten, würde ihre  
 Beliebtheit nicht darunter  
 leiden, weil

**JOSETTI  
 VERA**

CIGARETTEN  
 stets von jedem wirklichen  
 Kenner allen anderen-Fabrikaten  
 gegenüber bevorzugt werden.  
 10 St. 30 Pfenning.

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

**Kein Aprilscherz!**  
 sind die unglaublich billigen Verkaufspreise unserer allbekanntesten Konfektionshäuser

**Blitz.**

Wir empfehlen unserer geehrten Kundschaft sich unsere ungeheuren Läger  
 vor Einkauf zu besichtigen. Unsere Läger betragen zurzeit ungefähr

**3/4 Millionen Mark**

Hiermit geben wir von einzelnen Artikeln die Preise bekannt:

Herren-Anzug, grau, gestreift und kariert, in hell und dunkel Stück	785 M.
Herren-Anzug, blau Cheviot u. gemusterte Buckskin, sehr haltbar	1150 M.
Herren-Anzug, zweireihig, neueste Fassung, in allen Farben	1450 M.
Herren-Anzug, prima Kammgarn, in allen erdenklichen Mustern	1775 M.
Herren-Anzug, das Wunder Berlins, Maß-Ersatz	2250 M.
Herren-Paletot, hell und dunkel kariert	725 M.
Herren-Paletot, in allen Mustern, mit Sattel	975 M.
Herren-Paletot, prima Ware, seltene Gelegenheit, das Neueste, mit und ohne Seide	1350 M.
Herren-Paletot, prima Kammgarn, Modell 1907, auf Seide	1800 M.
Herren-Paletot, das Wunder Berlins, Maß-Ersatz	2250 M.

Burschen-, Knaben- und Kinder-Anzüge und Paletots sowie  
 Herren-, Burschen- und Knaben-Hosen zu jedem nur  
 annehmbaren Preise.

Ein Posten zurückgesetzter Herren-Anzüge und  
 Paletots unglaublich billig.

Neue Nummer 85 Chausseestr. 85 Neue Nummer 137 Gr. Frankfurterstr. 137  
 alte Nummer 80 alte Nummer 80

**9 Rosenthalerstraße 9, 29-30 Kottbuser Damm 29-30**  
 Ecke Auguststraße

Nur kein Neid. | **Schöneberg, Hauptstraße 10** | Wer kann, kann.  
 Ecke Vorbergstraße.

**Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz Blitz**

Zur Vernichtung des Vereinsrechts der Arbeiter.

Die Fälle einer Erdrückung des Vereinsrechts für Arbeiter durch die trockene Guillotine der Gesetzesauslegung mehren sich von Tag zu Tage. Am Freitag gelangte folgender Fall vor dem Kammergericht zur Aburteilung. Der Weisiger des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung zu Hildesheim, Friedrich, hatte zum 3. Oktober 1906 schriftlich die übrigen Arbeitnehmerweisiger dieses Schiedsgerichts zu einer Zusammenkunft geladen. Den Anlaß bot die bevorstehende, von den Schiedsgerichtsweisigern vorzunehmende Wahl der nichtständigen Weisiger im Reichsversicherungsamt. Der Arbeitersekretär Karl Weiß aus Hildesheim erhielt den Auftrag, einen Vortrag über die Wahlvorgänge zu halten. Das geschah dem auch. Friedrich wurde zunächst wegen Nichtanmeldung der Zusammenkunft bei der Polizei auf Grund der §§ 1 und 12 des preussischen Vereinsgesetzes angeklagt. Es wurde geltend gemacht, es handle sich hier um eine Versammlung, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollten und auch erörtert worden seien, also um eine nach § 1 des Gesetzes anmeldspflichtige Versammlung. — Der Angeklagte bestritt dies und betonte, der Zweck der Sitzung sei nur gewesen, die wahlberechtigten Schiedsgerichtsweisiger über das komplizierte Verfahren aufzuklären, damit ein ordnungsmäßiger Verlauf der Wahl gesichert werde. — Das Landesgericht Hildesheim als

Verfugungsinstanz verurteilte jedoch den Angeklagten. Es nahm zunächst das Vorliegen einer „Versammlung“ an und führte weiter aus, daß es sich auch um eine Erörterung öffentlicher Angelegenheiten gehandelt hätte. Diese Wahlen der Weisiger am Reichsversicherungsamt seien für die gesamte Arbeiterschaft von so erheblicher und einschneidender Bedeutung, daß sie an sich schon öffentliche Angelegenheiten seien. Diese Bedeutung würde ihnen auch nicht dadurch genommen sein, wenn der Arbeitersekretär sich in seinen Ausführungen beschränkt hätte, das Wahlverfahren klar zu machen.

Die Revision des Angeklagten, die Rechtsanwält Dr. Behrend rechtfertigte, wurde vom Kammergericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Lindenberg mit folgender eigenartigen Begründung verworfen: Wenn, wie feststehe, ein reisender Arbeitersekretär eine Rede hielt, dann könne von einer „Sitzung“ nicht die Rede sein, sondern von einer „Versammlung“. Und wenn über die Bedeutung der Wahlen gesprochen sei, dann sei das eine öffentliche Angelegenheit.

Diese kammergerichtliche Judikatur zeigt, wie notwendig eine Klarstellung des Begriffs „Versammlung“ und „öffentliche Angelegenheit“ ist. Wäre die kammergerichtliche Praxis so richtig, wie sie falsch ist, so würde z. B. der Senatspräsident Lindenberg gegen sich Strafanzeige zu erstatten haben, wenn er mit den Herausgebern der „Juristenzeitung“ über die von ihm für diese Zeitung zu bearbeitenden Thematika spricht. Schließlich gäbe es dieser Rechtsprechung gegenüber kaum noch eine Besprechung über erste Dinge, die, wenn sie von mehreren Deutschen gemeinsam aus-

geführt wird, nicht polizeilich meldepflichtig wäre. Das sind vereinsrechtslose Zustände, die weit über russische Zustände hinausgehen. Der vom Kammergericht mit ebenso viel Beharrlichkeit wie Unrecht gegen Arbeiter nach den von uns mitgeteilten Erkenntnissen betätigte Rechtslag lautet: ohne polizeiliche Anmeldung dürfen Arbeiter über ernste Dinge sich nicht unterhalten. Trotz alledem wird auch die kammergerichtliche Rechtsprechung nicht bewirken, daß die preussischen Arbeiter, um diesem Zerrbild eines Rechtsstaates gerecht nachzukommen, nur über Boten sich unterhalten, wie es so viele Richter ohne oder auf Anregung „reisender Richter“ tun.

Witterungsüberblick vom 29. April 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 12 columns: Stationen, Barometer, Wind, Wolkendeckung, Wetter, Temp., Stations, Barometer, Wind, Wolkendeckung, Wetter, Temp. Includes data for Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Caparanda, Petersburg, Sibirien, Übersee, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 30. April 1907.

Reißt trübes Wetter mit leichten Regenschauern bei frischen westlichen Winden; nachts etwas wärmer, tagsüber kühl. Berliner Wetterbureau.

Turm-Str. 76.

Lachmann & Scholz

Otto-Str. 1.



Doppelte Rabatt=Marken



Dienstag, Mittwoch, Donnerstag.



Eingetragene Schutzmarke.

Fr. Hahn. Alexanderplatz, BERLIN C. GEGRÜNDET 1825.

Landsbergerstrasse 62-63

Von Dienstag, 30. April, bis Mittwoch, 8. Mai, ein enorm billiges

Sonderangebot in meiner Konfektionsabteilung

Ein grosser Posten weisse seidenglänzende Indisch-Mull-Blusen mit reicher Spitzen oder Stickerei-Passe. 2.30 3.20 4.50

Ein grosser Posten farbige Musseline-Blusen guter Elsasser Stoff, reich garniert. 1.95 2.80 3.60

Ein grosser Posten reinwollene Batist- u. Musseline-Blusen moderne Peking-Streifen oder Karo-Muster, elegante Verarbeitung. 4.50 5.90 6.80

Ein grosser Posten gewebte Zephir-Blusen aus guten, gestreiften, waschbaren Stoffen, Säumchen- und Falten-Fassons, regulärer Preis 3.00 bis 3.50. jetzt M. 1.15

Ein grosser Posten reinseidene Blusen auf Futter, schwere Qualitäten, in Peking-Streifen, Karos und einfarbig Messaline, im Werte von 15.00 bis 22.50. jetzt M. 7.80

Ein grosser Posten fussfreie Kostüm Röcke englische, me-lierte Stoffe in hell u. mittelgrau. 3.40 4.90 6.30 aus hellgestreiften Alpaka-7.20 9.50 od. sportfarbig M. oder Kammgarnstoffen M.

Ein grosser Posten Jacken- und Bolero-Kostüme aus englischen, melierten Streifen oder ein-farbigem Tuch- und Cheviot-Stoffen. 11.20 13.80 16.50

Ein grosser Posten Staubpaletots aus guten Covercoat-Stoffen, moderne Verarbeitung, m. farbiger Seide besetzt, M. 6.20 7.50 10.80

Ein grosser Posten garnierte Waschkleider aus der vorigen Saison Serie I Serie II Serie III im Preise bis 45 M. jetzt 3.50 6.— 10.—

Ein grosser Posten Sonnenschirme, darunter elegante, reinseidene und reichgarnierte Exemplare früherer Wert bis 15 M. jetzt Serie I Serie II Serie III 90 Pf. 2.— M. 3.— M.

Hochelegante Modell-Schirme im Preise von 12 bis 25 M., jetzt 5 M.

Jung und Alt beachten CACAOL

als nahrhaftes, wohlschmeckendes Frühstücksgetränk.

Paket 1/4 Pfund 50 Pf. 1/2 Pfund 1.— M.

General-Vertreter:

Max Henneking BERLIN W. 50

31 Pragerstr. 31.

Ampt-Wilhelmsstr. No. 2788.

— Überall zu haben. —

